



## Eröffnung der Stadtratssitzung

**Stadtratspräsident Christoph Kuert** eröffnet die 5. Sitzung des Langenthaler Stadtrates 2010 und begrüsst die Anwesenden, insbesondere die geschätzten Gäste und Pressevertreter. Eine besondere Begrüssung komme der Präsidentin der Geschäftsprüfungskommission, Frau Stadträtin Helena Morgenthaler zu, der es gesundheitlich wieder bedeutend besser gehe und die bereits vor einer Woche die Leitung der Geschäftsprüfungskommissionssitzung wieder habe übernehmen können. Ein herzlicher Willkommensgruss gehe auch an die neuen Mitglieder des Stadtrates: Stadträtin Barbara Graf Baumgartner (SP), Pflegefachfrau am Inselspital, welche das Amt für die per 30. Juni 2010 ausgetretene Aysel Güler-Kaya übernehme und Stadtrat Ralph Burillon (SVP) Banker bei der Postfinance und Offizier der Feuerwehr, der den per 30. Juni 2010 zurückgetretenen Erich Burri ersetze.

Mit dem Wuhrplatzfest habe die Stadt ein traditionsreiches Wochenende hinter sich. Dieses Fest habe zum letzten Mal am angestammten Ort und vielleicht in seinem bisherigen Kleid stattgefunden. Er hoffe, dass in absehbarer Zeit und zur Freude von Gross und Klein das Wuhrplatzfest auch am neuen Platz auferstehen werde.

Als Höhepunkt sei die Verleihung des Langenthaler Kulturpreises am gestrigen Abend zu bezeichnen. Dem Gemeinderat sowie der Kulturkommission sei hoch anzurechnen, mit der Auszeichnung von Werner Aeschbacher und der Gruppe Pflanzplätz, die Volksmusik als wichtiges Kulturerbe gewürdigt zu haben. Die geehrten Musiker würden zeigen, dass sie nicht nur in schweizerischen Traditionen verwurzelt seien, sondern dass sie mit der Volksmusik auch neue Horizonte eröffnen.

Bevor nun zur lokalen Politik übergeleitet werde, schweife er kurz auf die nationale Politik ab. Seit kurzem habe ein Langenthaler das nationale Interesse geweckt. Er möchte es nicht versäumen, dem Langenthaler Bundesratskandidaten Herrn Johann Niklaus Schneider-Ammann bei den momentan stattfindenden Ausmarchungen viel Stehvermögen und bei der Wahl am 22. September 2010 ein voller Erfolg zu wünschen. Es würde ihn und vermutlich alle ausserordentlich freuen, wenn in einem Monat zwei Bundesratssitze von Bernern besetzt würden.

Er erteilt der Protokollführerin das Wort zur Vornahme des Appells:

- **36** Stadträtinnen und Stadträte sind anwesend.<sup>1</sup>
- **6** Mitglieder des Gemeinderats sind anwesend. Frau Gemeinderätin Christine Bobst Schaub ist entschuldigt abwesend.

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
- 

---

<sup>1</sup> Anmerkung der Protokollführung: Zum Traktanden Nr. 1 sind **36**, zum Traktandum Nr. 2 sind **37** und ab Traktandum Nr. 3 sind **39** Stadträtinnen und Stadträte anwesend



## 1. **Gemeinderechnung 2011; Vergabe des Auftrages für die Prüfung der Rechnungsablage der Stadt für das Rechnungsjahr 2011 an eine verwaltungsunabhängige, externe Revisionsstelle**

### I **Eintretensfrage:**

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

### II **Detailberatung:**

**Helena Morgenthaler, GPK-Präsidentin:** Sie gestatte sich vorab ein paar Worte in eigener Sache. An der Stadtratssitzung vom 28. Juni habe sie krankheitshalber nicht teilnehmen können. Sie habe sich sehr über die Karte, unterzeichnet von allen Sitzungsteilnehmenden, mit den besten Wünschen zur Genesung gefreut. Ein Zitat von Albert Schweizer laute: "Das Glück ist das einzige, das sich verdoppelt, wenn man es teilt!". In diesem Sinne danke sie allen recht herzlich.

Seit dem Jahr 2005 prüfe die BDO Visura, Burgdorf die Rechnung, die Vormundschaftsdepots und die Pensionskasse der Stadt Langenthal. Damals sei das Revisionsmandat für 4 Jahr (2005 - 2008) unter der Verantwortung und der Organisation des Stadtratsbüros im Einladungsverfahren vergeben worden.

Seit dem Jahr 2009 sei die Geschäftsprüfungskommission gemäss Art. 10 und 62 der Stadtverfassung jährlich für die Evaluation verantwortlich. Seit dem Jahr 2009 und nach jeweils durchgeführtem Einzelvorschlagsverfahren, empfehle die Geschäftsprüfungskommission dem Stadtrat den Auftrag für die Rechnungsablage an die BDO Visura, Burgdorf zu vergeben. Die Firma BDO Visura, Burgdorf habe sich sehr bewährt und sei preislich immer etwa im gleichen Rahmen geblieben. Sowohl die Geschäftsprüfungskommission wie auch das Finanzamt arbeite sehr gut mit der BDO Visura, Burgdorf zusammen.

Die Geschäftsprüfungskommission bestätige die formelle Richtigkeit der Vorlage und beantrage dem Stadtrat auch dieses Jahr, den Auftrag für die Prüfung der Rechnungsablage für das Rechnungsjahr 2011 der BDO Visura, Burgdorf zu erteilen.

**Stadtratspräsident Christoph Kuert** stellt fest, dass das Wort weder von Fraktions- noch von Einzelsprechenden verlangt wird.

### III **Abstimmung:**

**Der Stadtrat beschliesst mit 35 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung):**

**beschliesst:**

**1. Die BDO Visura Burgdorf erhält den Zuschlag für das Mandat als verwaltungsunabhängige externe Revisionsstelle für die Prüfung der Gemeinderechnung 2011 (Rechnung der Stadt sowie der Vormundschaftsdepots) und der Rechnung der städtischen Pensionskasse des Jahres 2011 zum offerierten pauschalen Preis von Fr. 43'000.00 (inklusive Spesen und Mehrwertsteuer).**

**2. Die Geschäftsprüfungskommission wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
- Geschäftsprüfungskommission



## 2. Finanz- und Investitionsplan 2011 - 2015; Kenntnisnahme

### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

### II Detailberatung:

**Stadtratspräsident Christoph Kuert** informiert, dass Gemeinderat Jürg Häusler in seinem Referat nebst dem Finanz- und Investitionsplan gleichzeitig auch den Voranschlag 2011 vorstellen werde. Damit habe die folgende Präsentation auch für das Traktandum Nr. 3 Gültigkeit, was im Protokoll entsprechend festgehalten werde. Die Stadträtinnen und Stadträte seien gebeten in der nun folgenden Beratungsrunde zum Traktandum Nr. 2 noch keine Stellungnahmen und Anträge zum Voranschlag 2011 (Traktandum Nr. 3) abzugeben.

**Gemeinderat Jürg Häusler:**<sup>1</sup> Über Langenthal sei in den letzten Wochen und Tage sehr viel Positives berichtet worden. Der Stadtratspräsident habe es bereits erwähnt, dass man mit Johann Niklaus Schneider-Ammann, Langenthal sehr gute Voraussetzungen habe, den ersten Bundesrat in Bern stellen zu können. Langenthal dürfe aber auch, was die finanziellen Voraussetzungen betreffe, positiv in die Zukunft schauen. Viele der Anwesenden hätten seine Ausführungen zum Finanz- und Investitionsplan sowie zum Voranschlag 2011 bereits einmal - in den Kommissionen, an der Medienorientierung oder in der Fraktion - gehört, weshalb er sich bewusst sei, dass die Meinungen grösstenteils bereits gefasst seien. Trotzdem freue er sich, die Zahlen heute präsentieren zu können. In der Hoffnung den einen oder anderen Unentschlossenen doch noch umstimmen zu können, werde er den Antrag des Gemeinderates am Schluss erläutern.

Wie Stadtratspräsident Christoph Kuert erwähnt habe, habe er die Themen Finanz- und Investitionsplanung und Gemeindevoranschlag 2011 in einer gemeinsamen Präsentation zusammengefasst. In seiner Präsentation erläutere er vorweg den Finanzplan, welcher schliesslich als Grundlage für den Voranschlag diene und gleich anschliessend den Gemeindevoranschlag 2011, womit die Gesamtpräsentation für das vorliegende Traktandum Nr. 2 sowie für das folgende Traktandum Nr. 3 für das Protokoll verwendet werde.



<sup>1</sup> Anmerkung der Protokollführung: Die Berichterstattung/Präsentation von Gemeinderat Jürg Häusler, ist mit der im Traktandum Nr. 3 "Gemeindevoranschlag 2011" protokollierten identisch.



## Richtlinien der Regierungstätigkeit

- **Ausgeglichene Rechnung:** bei Investitionen von Fr. 4 Mio./Jahr und bisherigen ordentlichen Konsumausgaben
- **Eingetretene Vermehrung des Eigenkapitals 2007, 2008 und 2009 wird zur Senkung der Steueranlage eingesetzt**
- **Eigenkapital aus Verkauf onyx-Aktien wird ausschliesslich für Abschreibungen der zusätzlichen Investitionen verwendet**
- **Die übrigen Abschreibungen werden auf maximal Fr. 3,6 Mio. begrenzt.**

Präsentation Stadtrat vom 23. August 2010

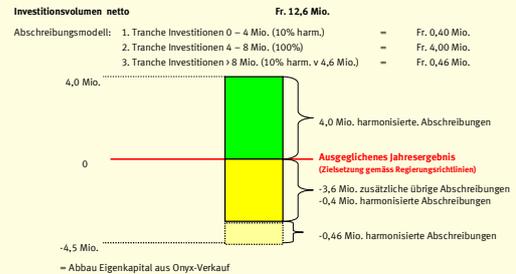
Die Regierungsrichtlinien - quasi ein heiliges Buch -- würden das Wesentliche enthalten, auch was die Finanzen betreffe.

Bisher seien alle Investitionen über Fr. 4 Mio. direkt dem Eigenkapital belastet worden. Mit einem neuen Abschreibemechanismus sei diese Grenze neu auf Fr. 3,6 Mio. in den Regierungsrichtlinien festgehalten bzw. enthalten.

Bis zur roten Linie seien die Abschreibungen harmonisiert, was zum ausgeglichenen Ergebnis führe. Alles darüber hinaus Gehende gehe zulasten des Eigenkapitals.

Dieses neue Abschreibungsmeccano sei zusammen mit der Finanzkommission erarbeitet worden.

## Neuer Abschreibungsmechanismus



Präsentation Stadtrat vom 23. August 2010

## Finanzplan

### Ergebnisse

Beträge in Fr. 1'000.--	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Steueranlage	1,48	1,42	1,38	1,38	1,38	1,38	1,38
<b>Laufende Rechnung</b>							
Total Aufwand	88'073	97'222	93'260	94'699	95'442	97'038	99'023
Total Ertrag	92'459	87'508	87'000	87'786	88'862	90'048	91'253
<b>Ertragsüberschuss</b>	<b>4'386</b>						
<b>Aufwandüberschuss</b>							
Inklusive steuerfinanzierte übrige Abschreibungen		9'714	6'260	6'913	6'580	6'990	7'770
<b>Aufwandüberschuss ohne steuerfinanzierte übrige Abschreibungen (332)</b>		1'168	2'660	3'313	2'980	3'390	4'170

Präsentation Stadtrat vom 23. August 2010

## Finanzplan

### Prognosen – Entwicklung jährliche Zuwachsraten

	2012	2013	2014	2015
Einkommenssteuern NP	2,50 %	2,50 %	2,50 %	2,50 %
Vermögenssteuern NP	3,00 %	3,00 %	3,00 %	3,00 %
Gewinnsteuern JP	2,00 %	2,00 %	2,00 %	2,00 %
Kapitalsteuern JP	1,50 %	1,50 %	1,50 %	1,50 %

Präsentation Stadtrat vom 23. August 2010



# Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 23. August 2010

stadtlangenthal

## Finanzplan

### Zusammenzug Prognosewerte jährliche Zuwachsraten

	2012	2013	2014	2015
Mittlere Wohnbevölkerung	15'100	15'150	15'200	15'250
Teuerungsrate	1.00 %	1.00 %	1.00 %	1.00 %
Aktivzinsen	1.00 %	1.00 %	1.00 %	1.00 %
Passivzinsen	3.00 %	3.00 %	3.00 %	3.00 %
Personalaufwand	1.00 %	1.00 %	1.00 %	1.00 %
Sachaufwand	0.50 %	0.50 %	0.50 %	0.50 %

Präsentation Stadtrat vom 23. August 2010

stadtlangenthal

## Finanzplan

### Steuererträge

Beträge in Tfr.	Rechnung	Voranschlag	Voranschlag	Flpa	Flpa	Flpa	Flpa
	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Ertrags- und Vermögenssteuern	26'875	25'622	25'479	26'181	26'858	27'569	28'297
Gewinn- + Kapitalsteuern	5'643	3'802	4'729	4'821	4'914	5'010	5'108
Übrige Steuern	3'530	3'564	3'800	3'850	3'900	3'950	4'000
<b>Total Steuern</b>	<b>36'048</b>	<b>32'988</b>	<b>34'008</b>	<b>34'852</b>	<b>35'672</b>	<b>36'529</b>	<b>37'405</b>
Steueranlage	1.48	1.43	1.38	1.39	1.38	1.38	1.38

Präsentation Stadtrat vom 23. August 2010

Aktueller Bevölkerungsstand Ende Juli 2010: 15'151

stadtlangenthal

## Investitionsplan

- (in erster Linie) Investitionen, welche der Werterhaltung der vorhandenen Infrastrukturdiensten
- (in zweiter Linie) Investitionen mit Potenzial für die zukünftige Weiterentwicklung der Stadt
- Finanzierung zu Lasten Eigenkapital aus Verkauf onyx-Aktien

Präsentation Stadtrat vom 23. August 2010

stadtlangenthal

## Investitionsplan 2011 - 2015

Projekt / Anlagen	Revidierter Voranschlag	Planperiode					Subtotal 2011-2015
		2011	2012	2013	2014	2015	
<b>Gesamtsummenwert</b>							
1. <b>Verkehrsmittel, Gesamtwert</b>	3'227	2'940	1'950	600	1'500	900	7'310
- Investitionsbudget	0	0	0	0	0	0	0
- Subventionen	3'227	2'940	1'950	600	1'500	900	7'310
2. <b>Bauwerke, Gesamtwert</b>	200	400	30	100	340	0	1'170
- Investitionsbudget	0	400	30	100	340	0	1'170
- Subventionen	200	0	0	0	0	0	200
3. <b>Mittel, Gesamtwert</b>	3'188	4'786	1'950	2'900	2'000	1'800	16'524
- Investitionsbudget	0	0	0	0	0	0	0
- Subventionen	3'188	4'786	1'950	2'900	2'000	1'800	16'524
4. <b>Hochbau, Gesamtwert</b>	1'804	4'386	8'800	4'500	1'800	3'000	15'790
- Investitionsbudget	0	4'386	8'800	4'500	1'800	3'000	15'790
- Subventionen	1'804	0	0	0	0	0	1'804
5. <b>Umweltschutz, Gesamtwert</b>	55	100	1'800	0	0	0	2'055
- Investitionsbudget	0	100	1'800	0	0	0	2'055
- Subventionen	55	0	0	0	0	0	55
<b>Subtotal Gesamtwert</b>	<b>5'774</b>	<b>12'706</b>	<b>10'650</b>	<b>10'000</b>	<b>5'300</b>	<b>5'700</b>	<b>32'830</b>
<b>Investitionsbudget</b>	<b>0</b>	<b>4'800</b>	<b>2'830</b>	<b>1'100</b>	<b>3'640</b>	<b>3'000</b>	<b>18'370</b>
<b>Subventionen</b>	<b>5'774</b>	<b>7'906</b>	<b>7'820</b>	<b>8'900</b>	<b>1'660</b>	<b>2'700</b>	<b>14'460</b>
<b>Total Investitionsbudget zu Lasten Steuererträge</b>	<b>0</b>	<b>4'800</b>	<b>2'830</b>	<b>1'100</b>	<b>3'640</b>	<b>3'000</b>	<b>18'370</b>
<b>Total Subventionen zu Lasten Steuererträge</b>	<b>5'774</b>	<b>7'906</b>	<b>7'820</b>	<b>8'900</b>	<b>1'660</b>	<b>2'700</b>	<b>14'460</b>

Präsentation Stadtrat vom 23. August 2010

Der Investitionsplan sei an mehreren Gemeinderats-sitzungen thematisiert worden. Über die einzelnen Investitionen sei intensiv diskutiert worden.

Der Gemeinderat verfüge über ein neues Bewertungstool, mit welchem die Eintretenswahrscheinlichkeit jeder einzelnen Investition (mit 50%, 75% oder 100%) bewertet worden sei.<sup>1</sup>

Im Voranschlag 2011 seien nur Investitionen mit einer 100%-igen Einschätzung enthalten.

Die Investitionen seien bewusst erhöht worden und entsprechen den in den Regierungsrichtlinien erwähnten Fr. 4,0 Mio.. Eine Zeit lang werde aufgrund des vorhandenen Eigenkapitals erhöht in die Werterhaltung investiert. Bei Betrachtung des Finanzplans lasse sich feststellen, dass am Ende der Investitionsperiode im Jahre 2015 - wenn die Stadt alles realisiere - immer noch ein Eigenkapital von rund Fr. 78 Mio. vorhanden sei.

<sup>1</sup> Erklärung dazu: Stadtratsprotokoll vom 10. Mai 2010, Traktandum Nr. 9, "9.1 Methodische Anpassungen an die Investitionsplanung"

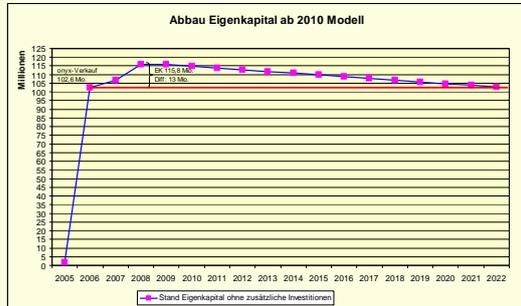


# Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 23. August 2010

stadtlangenthal

## Finanz- und Investitionsplan



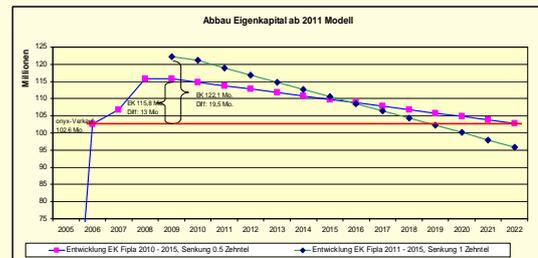
Präsentation Stadtrat vom 23. August 2010

Geplanter Abbau von Fr. 13 Mio. (Vermehrung des Eigenkapitals aus den Rechnungsabschlüssen der Jahre 2007 und 2008) bis ins Jahr 2022 mittels Steueranlage 1.43.

Dieses Modell sei im Jahre 2009 am "runden Tisch" entwickelt worden.

stadtlangenthal

## Finanz- und Investitionsplan



Präsentation Stadtrat vom 23. August 2010

Geplanter Abbau von mittlerweile Fr. 19,5 Mio. (Vermehrung des Eigenkapitals aus den Rechnungsabschlüssen der Jahre 2007, 2008 und 2009 [inkl. Eigenkapital Untersteckholz]) bis ins Jahr 2022 mittels einer weiteren Steuersenkung um einen halben Steuerzehntel (Steueranlage 1.38).

stadtlangenthal

## Voranschlag 2011

### Grundsätze der Budgetierung

- Basis Voranschlag/Rechnung Vorjahr
- Vorgaben des Gemeinderates
- Festlegung Investitionsquote und Abschreibungsmethodik

Präsentation Stadtrat vom 23. August 2010

stadtlangenthal

## Voranschlag 2011

### Ergebnis Laufende Rechnung in TFr.

	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Voranschlag 2011
Aufwand ohne Abschr. VV	81'492	84'591	83'967	84'330
+ harmonisierte Abschr. 10%	3'336	3'482	4'709	5'330
+ übrige Abschreibungen	0	0	8'546	3'600
<b>Aufwand</b>	<b>84'828</b>	<b>88'073</b>	<b>97'222</b>	<b>93'260</b>
Ertrag	93'888	92'459	87'508	87'000
Ertragsüberschuss	9'060	4'386		
Aufwandüberschuss			9'714	6'260

Präsentation Stadtrat vom 23. August 2010



## Schlussbemerkungen

- **Wirtschaftliche Entwicklung**
- **Entlastung der Steuerpflichtigen**
- **Aufgabenerfüllung**
- **Investitionen**

Präsentation Stadtrat vom 23. August 2010

Der Gemeinderat und die Finanzkommission haben sehr gut zusammengearbeitet. An zwei Sitzungen sei über das Budget bzw. den Budgetprozess gesprochen worden.

In Anbetracht der Investitionen, die im Bau und im Gewerbe in Langenthal künftig investiert werden und die sinkenden Arbeitslosenzahlen, erlaube die wirtschaftliche Entwicklung einen positiven Blick in die Zukunft.

Langenthal dürfe sich mit der Steueranlage 1.38 im Kanton zeigen. Die Aufgaben würden sich nach wie vor gut erfüllen lassen.

## Antrag

- **Aufwendungen Fr. 93,260 Mio.**  
**Erträge Fr. 87,000 Mio.**  
**= Aufwandüberschuss Fr. 6,259 Mio.**
- **Steueranlage 1,38 (bisher 1.43)**
- **Liegenschaftssteuer 1,0 ‰ (unverändert)**
- **Hundetaxe Fr. 100.00 (unverändert)**

Präsentation Stadtrat vom 23. August 2010

**Helena Morgenthaler, GPK-Präsidentin:**<sup>1</sup> Die Geschäftsprüfungskommission würdige und bestätige die formelle Richtigkeit der Vorlage "**Finanz- und Investitionsplan 2011 - 2015**" (vorliegendes Traktandum Nr. 2) und der Vorlage "Gemeindevoranschlag 2011" (Traktandum Nr. 3).

Die Geschäftsprüfungskommission danke allen - vor allem dem Finanzvorsteher René Hubacher, der Finanzkommission und allen Gemeinderäten - die während gut sechs Monaten an der Erarbeitung des Finanz- und Investitionsplans 2011 - 2015 und des Voranschlages 2011 beteiligt gewesen seien.

Gemeinderat Jürg Häusler habe die markantesten Punkte des Voranschlages und dessen Philosophie bereits erwähnt. Obwohl die Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission unterschiedlich Stellung nehmen werden, erscheine es der Geschäftsprüfungskommission wichtig zu erwähnen, dass gewisse Fehleinschätzungen der letzten Jahre mit dem neuen Abschreibungsmechanismus nun korrigiert werden, und dass die ganze Vorlage aus der Warte der Mitbürgerinnen und Mitbürger zu deren Wohl und mit Aussicht auf Nachhaltigkeit geplant worden sei.

<sup>1</sup> Anmerkung der Protokollführung: Die Stellungnahme der GPK-Präsidentin, Helena Morgenthaler, ist mit der im Traktandum Nr. 3 "Gemeindevoranschlag 2011" protokollierten identisch.



**Daniel Rüeegg, EVP/glp-Fraktion:** Die EVP/glp-Fraktion danke dem Gemeinderat für die zur Kenntnis gebrachten Zahlen des Finanz- und Investitionsplanes 2011 - 2015. Die EVP/glp-Fraktion werte die neu eingeführten Ergänzungen im Investitionsplan bezüglich der Prioritätensetzung bzw. den Angaben zu den Verpflichtungskrediten als positiv. Gemäss Investitionsplan werde für die kommenden 5 Jahre mit Nettoinvestitionen von total Fr. 72,4 Mio. gerechnet, was einer durchschnittlichen, jährlichen Investitionsquote von Fr. 14,54 Mio. entspreche. Ernüchternd müsse an dieser Stelle festgehalten werden, dass die prognostizierten Investitionen der letzten Jahre stets einem Wunschdenken entsprochen haben. Beim Vergleich der Zahlen des Jahres 2008 mit den tatsächlich realisierten Investitionen ergebe dies eine Umsetzung von 48%. Im Jahr 2009 seien 41% umgesetzt worden. Informationen zu Folge, werden auch die für das Jahr 2010 geplanten Investitionen nicht realisiert werden können.

Der EVP/glp-Fraktion sei bewusst, dass unterschiedliche Gründe zu dieser absolut unerfreulichen Situation geführt haben. Nach Meinung der EVP/glp-Fraktion müsse inskünftig zur Umsetzbarkeit geplanter Investitionen - trotz möglicher vorhandener Hürden - ein klares Zeichen gesetzt werden. Es könne nicht sein, dass vier Jahre nach Eingang der onyx-Millionen nur ein Teil oder nur ein kleiner Teil der vorgesehenen Sanierungsinvestitionen realisiert seien. Die EVP/glp-Fraktion stelle sich die Frage, ob dazu im Stadtbauamt der Personalbestand erhöht werden müsste, oder, ob das Stadtbauamt zusätzlich externe Unterstützung erhalten sollte, um das Vorgesehene auch entsprechend umsetzen zu können.

Dass aufgrund dieser Diskrepanz (Investitionsplanung zu den tatsächlichen Investitionen) die Forderung entstanden sei, die übrigen Abschreibungen - entgegen der bisherigen Praxis - neu auf jährlich Fr. 3,6 Mio. zu plafonieren, sei grundsätzlich nachvollziehbar, auch wenn dieses Vorgehen der ursprünglichen Absicht der EVP/glp-Fraktion nicht unbedingt entspreche. Die EVP/glp-Fraktion gehe davon aus, dass bei der Prioritätensetzung der einzelnen Investitionsvorhaben - aufgrund der baulichen Dringlichkeit und aufgrund des politischen Werdegangs eines Geschäftes - Verschiebungen noch möglich sein werden und möglich werden.

Zwei Einzelpositionen seien der EVP/glp-Fraktion im Investitionsplan 2011 - 2015 (gelb) speziell aufgefallen:

- Punkt "4.18 Zeughaus Bleienbachstrasse: Erwerb bauliche Anpassungen": Obwohl diese Position mit der Priorität 1 eingesetzt sei, enthalte der Investitionsplan keine definierten Frankenbeträge.
- Punkt "5. Umweltschutz, Energie": Ab dem Jahr 2013 seien keine Beträge mehr enthalten.

**Rudolf Lanz, FDP/jll-Fraktion:** Der FDP/jll-Fraktion gehe es gleich wie der EVP/glp-Fraktion. Auch die FDP/jll-Fraktion danke dem Gemeinderat für den vorliegenden Finanz- und Investitionsplan, welcher übersichtlich und transparent ausgestaltet sei und den Anliegen der Finanzkommission Rechnung trage. Die Abschreibungen seien der Realität angepasst worden. Es bestehe keine grosse Diskrepanz mehr zwischen dem Ist-Zustand und der Planung, womit einiges an Aussagekraft habe gewonnen werden können. Die FDP/jll-Fraktion sei mit der Bewertung der Investitionen voll einverstanden.

Als einer der Einreichenden des "*Postulats Zurlinden Urs und Lanz Rudolf (beide FDP) und Mitunterzeichnende vom 10. Mai 2010: Alterszentrum Haslibrunnen (Prüfung geeigneter Rechtsformen und Trägerschaften, inklusive Darstellung der Vor- und Nachteile von öffentlichrechtlichen, privatrechtlichen und gemischtwirtschaftlichen Trägerschaften [Immobilien und/oder Betrieb]*") habe er den vorliegenden Finanzplan 2011 - 2015 sowie den Investitionsplan 2011 - 2015 mit dem Finanzplan 2010 - 2014 bzw. dem Investitionsplan 2010 - 2014 verglichen. Im Investitionsplan 2010 - 2014 seien unter der Position "11. Weitere Investitionen (AZH)" Fr. 18,8 Mio. ausgewiesen. Diese Position fehle im Investitionsplan 2011 - 2015. Er vermute, dass diese Streichung mit der Abgrenzung von Kosten zu tun habe, die vom Kanton und von der Stadt getragen werden müssen. Seiner Meinung nach hätte die Beibehaltung dieser Position aber zur höheren Transparenz beigetragen. Er möchte deshalb vom zuständigen Ressortvorsteher, Herrn Gemeinderat Jürg Häusler, gerne wissen:

- wie es sich mit diesen Investitionen verhalte?
- wie hoch diese seien?
- wer sie schlussendlich zu tragen habe?



**Willi Lanz, SVP-Fraktion:** Die SVP-Fraktion habe im positiven Sinn vom Finanz- und vom Investitionsplan 2011 - 2015 Kenntnis genommen. Die SVP-Fraktion werde auch den Voranschlag 2011 einstimmig unterstützen.

Folgende Gründe hätten zu diesem Entscheid geführt:

- Im Vorfeld der Finanz-, Investitions- und der Budgetplanung sei hart gearbeitet worden. Die Ergebnisse des "runden Tisches" aus dem Vorjahr aber auch die Eingaben und die Diskussionen aus der Finanzkommission und aus der SVP seien beim Gemeinderat nicht ungehört geblieben und hätten Eingang in die vorliegende Planung gefunden.
- Die SVP-Fraktion stelle fest, dass die Rechnungsüberschüsse der letzten Jahre effektiv für Steuersenkungen verwendet werden. Dem Vorsichtsprinzip folgend, habe die SVP-Fraktion bereits im Vorjahr für eine schrittweise Reduktion plädiert. Nach einem halben Steuerzehntel im Vorjahr und aufgrund weiterer Zunahmen des Eigenkapitals, unterstütze die SVP-Fraktion auch die Reduktion um einen weiteren halben Steuerzehntel. Dies einerseits für das Budget, als Folge aus der Finanzplanung, aber auch, dass dem Planwert entsprechend weitergefahren werde, so dass auch die Überschüsse - wie dies stipuliert worden sei - kontinuierlich abgebaut werden können.
- Für Zusatzinvestitionen werde Eigenkapital eingesetzt. Richtigerweise werde damit dem Werterhalt von Anlagen erste Priorität eingeräumt. Auch dass das Abschreibungsmodell geändert worden sei, werde von der SVP-Fraktion aus nachhaltiger Optik als äusserst wichtig erachtet.
- Die Finanzplanung basiere unter Anderem auf Prognosen von führenden Konjunkturforschungsinstitutionen. Sie gehe von einem wirtschaftlichen Wachstum aber auch von einem Zuwachs der Langenthaler Bevölkerung aus. Der SVP-Fraktion erscheine diese Berechnungsbasis absolut plausibel. Zum Einen weil sich die Steuereinnahmen in der schwierigen Wirtschaftssituation der letzten Jahre doch relativ krisenresistent gezeigt haben und zum Anderen, weil aus der Wirtschaft doch positive Signale kommen. Letzthin habe auch Medienberichten entnommen werden können, dass selbst Gewerkschaften jetzt Lohnerhöhungen bis zu 3% fordern.

Die SVP-Fraktion danke dem Gemeinderat für die gut verständlichen, schriftlichen Ausführungen, und dass sich der Gemeinderat zur Neugestaltung der Planung, wie sie nun vorliege, durchgerungen habe. Die SVP-Fraktion sei davon überzeugt, dass damit der richtige Weg eingeschlagen worden sei.

Die Finanz- und Investitionsplanung sei im Budget 2011 wiederzuerkennen. Im Namen der SVP-Fraktion halte er deshalb bereits an dieser Stelle fest, dem Voranschlag 2011 geschlossen zuzustimmen und auf die Wortergreifung zum Voranschlag 2011 (Traktandum Nr. 3) zu verzichten.

**Stefan Ryser, SP/GL-Fraktion:** Im Namen der SP/GL-Fraktion danke er dem Gemeinderat, der Finanzkommission sowie dem Finanzamt für die erarbeiteten Unterlagen. Im Gegensatz zu seinen Vorrednern sei er nicht mit allem einverstanden. Die SP/GL-Fraktion habe die Vorlage im Detail geprüft und sei dabei auf gewisse kritische Punkte gestossen:

- Investitionsplan:
  - Stadtpräsident Thomas Rufener habe die neue Bewertungsart bereits im Frühjahr 2010 angetönt. Diese Bewertung führe dazu, dass weniger Investitionen zu den Abschreibungen gelangen.



- Projekte seien hinausgeschoben worden. Seit drei oder vier Jahren werde im Stadtrat aber davon gesprochen, sanieren zu wollen, um Nachholinvestitionen endlich vorzunehmen. Passieren tue diesbezüglich aber nichts. Auch kleine Projekte seien wieder hinausgeschoben worden. Der Grund dafür sei unklar. Als Beispiel dafür weise er einmal mehr auf den geforderten Lift beim Bahnhof<sup>1</sup> hin, welcher in der Investitionsplanung wieder um zwei weitere Jahre hinausgeschoben worden sei.
- Finanzplan:
  - Wie Gemeinderat Jürg Häusler gesagt habe, enthalte der Finanzplan sehr positive, sportliche Vorgaben. Allen sei bekannt, dass das Jahr 2011 recht gut bewertet werden könne. Eine Bewertung für das Jahr 2012 gestalte sich dagegen schon schwieriger und das Jahr 2013 komme schon langsam einem Blindflug gleich. Niemand wisse, ob sich die Wirtschaft wirklich entsprechend den Annahmen entwickle. Auch die Wirtschaftsexperten seien sich nicht einig, ob die nächste Krise schon anstehe oder nicht.
  - Mit der erneuten Steuersenkung sollen Steuererträge schneller an die Bürger retour gegeben werden, als noch vor einem Jahr geplant worden sei. Unter nachhaltigem Arbeiten verstehe er etwas anderes, als den Modus zu ändern und damit schon in sechs, sieben oder maximum acht Jahren alles zurückzugeben, anstatt auf dreizehn oder vierzehn Jahre hinaus zu planen, um die Belastung nächster Generationen einzudämmen, wenn dann plötzlich wieder Anträge zur Steuererhöhung zur Diskussion stehen.
  - Anlässlich der letzten Finanzplanung sei über Fr. 4,0 Mio. direkte Abschreibungen geredet worden und, dass Nachholinvestitionen, oder Investitionen die über die Betrag hinausgehen, im gleichen Jahr abzuschreiben seien. Die Praxis sehe nun aber so aus, dass Fr. 4,0 Mio. harmonisiert abgeschrieben - was aufgrund der letzten Jahre richtig sei - aber nur noch Fr. 3,6 Mio. direkt abgeschrieben werden. Nach seiner Berechnung heisse dies nichts anderes, als dass Abschreibungen in der Höhe von Fr. 29,0 Mio. auf das Jahr 2016 und die folgenden Jahre hinausgeschoben werden, womit die Nachhaltigkeit seiner Meinung nach in Frage gestellt sei.

Dass der Gemeinderat zu diesen Schlüssen gekommen sei, sei aus einem einfachen Grund eigentlich verständlich: Investitionen werden geplant aber nicht erreicht, womit natürlich das Ist-Ergebnis gegenüber der Planung komplett anders aussehe. Der Ansatz sei seiner Ansicht nach aber anderswo zu suchen als dort, wo dies nun geschehen sei. Seit Jahren sei bekannt und Stadtrat Daniel Rügger habe es vorhin auch erwähnt, dass Investitionen bis knapp 50% wirklich ausgeführt werden. An dieser Stelle sollte zur Lösung angesetzt werden, indem die Investitionen genauer geplant werden, was nicht auf drei oder vier Jahre, aber wenigstens auf ein, zwei Jahre hinaus geschehen müsste. Dieser Weg wäre seines Erachtens schlauer, als Abschreibungen von Fr. 29,0 Mio. in die kommenden Jahre hinauszuzögern.

**Beat Sterchi:** Denjenigen, die jetzt jammern, dass Investitionen nicht ausgelöst worden seien, halte er den Spiegel vor's Gesicht und weise sie darauf hin, dass die Hauptverantwortung für die nicht ausgelösten Investitionen beim Stadtrat liege. Der Stadtrat habe beim Theater einen anderen Beschluss gefasst, als ursprünglich vorgesehen gewesen sei, und auch bei den Schulen sei die Sanierung letztlich ganz anders beschlossen worden, als ursprünglich geplant. Deswegen seien auch die sportlichen Vorgaben des Gemeinderates in den letzten zwei, drei Jahren nicht erreicht worden, und sie werden auch im Jahr 2010 nicht erreicht werden. Trotz allem sei dies aber keine Katastrophe, weil jede Investitionsplanung unter dem Vorbehalt des politischen Prozesses durchgezogen werden könne oder nicht. Seiner Meinung nach müsse dieser politische Prozess bei jeder Investition durchgeführt werden, da es die Aufgabe des Stadtrates sei, jede Investition kritisch zu hinterfragen, was sich aber natürlich auf die Realisation von Investitionen auswirken könne.

---

<sup>1</sup> Motion Ryser Stefan (SP) und Mitunterzeichnende vom 18. August 2008 betreffend die Anschaffung eines Aufzuges an der Nordseite der Hauptfussgängerunterführung am Bahnhof (Geiserareal - Bahnhof); erheblich erklärt am 15. Dezember 2008



# Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 23. August 2010

**Gemeinderat Jürg Häusler:** Der Grund für das von Stadtrat Rudolf Lanz erwähnte Fehlen der Position "11. Weitere Investitionen (AZH)" im Investitionsplan 2011 - 2015 gegenüber dem Investitionsplan 2010 - 2014 sei der, dass die ganze Pflegefinanzierung dieses Jahr neu geregelt worden sei. Die Finanzierung stelle keine Investition mehr dar, sondern sei neu eine Finanzanlage, da jede und jeder Heimbewohnende eine Pauschale Fr. 35.00 pro Tag als Abgabe für die ganze Hotellerie bezahle. Der Mittelbedarf des Altersheims müsse via dieser Frankenbeträge oder in Form von rückzahlbaren und verzinslichen Darlehen finanziert werden. Da es sich für die Stadt nicht mehr um eine Investition sondern um eine Kapitalanlage handle, werde die Position auch nicht mehr in der Investitionsplanung berücksichtigt.

### III Abstimmung:

Keine Abstimmung

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



### 3. **Gemeindevoranschlag 2011; Festsetzung der Steueranlage und des Steuersatzes für die Liegenschaftsteuer sowie die Hundetaxe; Verabschiedung der Botschaft zu Händen der Volksabstimmung vom 27./28. November 2010**

#### **I Eintretensfrage:**

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

**Stadtratspräsident Christoph Kuert** legt den Gang der Beratung fest:

- Detailberatung:
- A Berichterstattung von Gemeinderat Jürg Häusler, Ressortvorsteher Finanz- und Rechnungswesen; Stellungnahme der Geschäftsprüfungskommission und der Finanzkommission
  - B Allgemeine Beratung/Stellungnahmen (Fraktionen, Einzelsprechende)
  - C Beratung der Steueranlage
  - D Detailberatung des Voranschlags 2011 (seitenweise Durchsicht des Zahlenmaterials/einzelne Budgetpositionen)
- Schlussabstimmung:
- E Abstimmung über den grau markierten Teil des Beschlussesentwurfs
  - F Beratung und Abstimmung über den Inhalt der Abstimmungsbotschaft an die Stimmberechtigten

#### **II Detailberatung:**

##### **A Berichterstattung von Gemeinderat Jürg Häusler, Ressortvorsteher Finanz- und Rechnungswesen; Stellungnahme der Geschäftsprüfungskommission und der Finanzkommission<sup>1</sup>**

**Stadtratspräsident Christoph Kuert** stellt zu Händen des Protokolls fest, dass weder Gemeinderat Jürg Häusler seine, noch die GPK-Präsidentin Helena Morgenthaler, ihre - bereits im Traktandum Nr. 2 vorgetragene Berichterstattung/Präsentation bzw. Stellungnahme - ergänzen will.

**Gemeinderat Jürg Häusler:** *Über Langenthal sei in den letzten Wochen und Tage sehr viel Positives berichtet worden. Der Stadtratspräsident habe es bereits erwähnt, dass man mit Johann Niklaus Schneider-Ammann Langenthal sehr gute Voraussetzungen habe, den ersten Bundesrat in Bern stellen zu können. Langenthal dürfe aber auch, was die finanziellen Voraussetzungen betreffe, positiv in die Zukunft schauen. Viele der Anwesenden hätten seine Ausführungen zum Finanz- und Investitionsplan sowie zum Voranschlag 2011 bereits einmal - in den Kommissionen, an der Medienorientierung oder in der Fraktion - gehört, weshalb er sich bewusst sei, dass die Meinungen grösstenteils bereits gefasst seien. Trotzdem freue er sich, die Zahlen heute präsentieren zu können. In der Hoffnung den einen oder anderen Unentschlossenen doch noch umstimmen zu können, werde er den Antrag des Gemeinderates am Schluss erläutern.*

<sup>1</sup> Anmerkung der Protokollführung: Die Berichterstattung/Präsentation von Gemeinderat Jürg Häusler und die daran anschliessende Stellungnahme der GPK-Präsidentin, Helena Morgenthaler, sind mit den im Traktandum Nr. 2 "Finanz- und Investitionsplanung 2011 - 2015" protokollierten Ausführungen identisch. Auf eine Wiederholung der Ausführungen wurde verzichtet. Im Sinne der Protokollvollständigkeit des vorliegenden Traktandums sind sie an dieser Stelle im Protokoll aber abgedruckt (*kursiv dargestellt*).



Wie Stadtratspräsident Christoph Kuert bereits zum Traktandum Nr. 2 einleitend erwähnt habe, habe er die Themen Finanz- und Investitionsplanung und Gemeindevoranschlag 2011 in einer gemeinsamen Präsentation zusammengefasst. In seiner Präsentation erläutere er vorweg den Finanzplan, welcher schliesslich als Grundlage für den Voranschlag diene und gleich anschliessend den Gemeindevoranschlag 2011, womit die Gesamtpäsentation für das vorliegende Traktandum Nr. 3 sowie für das Traktandum Nr. 2 für das Protokoll verwendet werde.

stadtlangenthal

## Präsentation Stadtrat vom 23. August 2010

### Finanzplanung 2011 - 2015 Voranschlag 2011

Präsentation Stadtrat vom 23. August 2010

stadtlangenthal

## Inhaltsverzeichnis

- Richtlinien der Regierungstätigkeit
- Finanzplan
- Investitionsplan
- Voranschlag 2011
- Schlussbemerkungen

Präsentation Stadtrat vom 23. August 2010

stadtlangenthal

## Richtlinien der Regierungstätigkeit

- **Ausgeglichene Rechnung:** bei Investitionen von Fr. 4 Mio./Jahr und bisherigen ordentlichen Konsumausgaben
- **Eingetretene Vermehrung des Eigenkapitals 2007, 2008 und 2009 wird zur Senkung der Steueranlage eingesetzt**
- **Eigenkapital aus Verkauf onyx-Aktien wird ausschliesslich für Abschreibungen der zusätzlichen Investitionen verwendet**
- **Die übrigen Abschreibungen werden auf maximal Fr. 3,6 Mio. begrenzt.**

Präsentation Stadtrat vom 23. August 2010

Die Regierungsrichtlinien - quasi ein heiliges Buch - würden das Wesentliche enthalten, auch was die Finanzen betreffe.

Bisher seien alle Investitionen über Fr. 4 Mio. direkt dem Eigenkapital belastet worden. Mit einem neuen Abschreibemechanismus sei diese Grenze neu auf Fr. 3,6 Mio. in den Regierungsrichtlinien festgehalten bzw. enthalten.

Bis zur roten Linie seien die Abschreibungen harmonisiert, was zum ausgeglichenen Ergebnis führe. Alles darüber hinaus Gehende gehe zulasten des Eigenkapitals.

Dieses neue Abschreibungsmeccano sei zusammen mit der Finanzkommission erarbeitet worden.

stadtlangenthal

## Neuer Abschreibungsmechanismus

Investitionsvolumen netto	Fr. 12,6 Mio.
Abschreibungsmodell: 1. Tranche Investitionen 0 – 4 Mio. (10% harm.)	= Fr. 0,40 Mio.
2. Tranche Investitionen 4 – 8 Mio. (100%)	= Fr. 4,00 Mio.
3. Tranche Investitionen > 8 Mio. (10% harm. v 4,6 Mio.)	= Fr. 0,46 Mio.

Präsentation Stadtrat vom 23. August 2010



# Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 23. August 2010

stadtlangenthal

## Finanzplan

### Ergebnisse

Beträge in Fr. 1'000.--	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
	Rechnung	Voranschlag	Voranschlag	Prognose	Prognose	Prognose	Prognose
Steuereinnahme	1.48	1.43	1.38	1.38	1.38	1.38	1.38
<b>Laufende Rechnung</b>							
Total Aufwand	88'073	97'222	93'260	94'699	95'442	97'038	99'023
Total Ertrag	92'459	87'508	87'000	87'786	88'862	90'048	91'253
<b>Ertragsüberschuss</b>	<b>4'386</b>						
<b>Aufwandüberschuss</b>							
inklusive steuerfinanzierte übrige Abschreibungen		9'714	6'260	6'913	6'580	6'990	7'770
<b>Aufwandüberschuss ohne steuerfinanzierte übrige Abschreibungen (332)</b>		1'168	2'660	3'313	2'980	3'390	4'170

Präsentation Stadtrat vom 23. August 2010

stadtlangenthal

## Finanzplan

### Prognosen – Entwicklung jährliche Zuwachsraten

	2012	2013	2014	2015
Einkommenssteuern NP	2.50 %	2.50 %	2.50 %	2.50 %
Vermögenssteuern NP	3.00 %	3.00 %	3.00 %	3.00 %
Gewinnsteuern JP	2.00 %	2.00 %	2.00 %	2.00 %
Kapitalsteuern JP	1.50 %	1.50 %	1.50 %	1.50 %

Präsentation Stadtrat vom 23. August 2010

stadtlangenthal

## Finanzplan

### Zusammenzug Prognosewerte jährliche Zuwachsraten

	2012	2013	2014	2015
Mittlere Wohnbevölkerung	15'100	15'150	15'200	15'250
Teuerungsrate	1.00 %	1.00 %	1.00 %	1.00 %
Aktivzinsen	1.00 %	1.00 %	1.00 %	1.00 %
Passivzinsen	3.00 %	3.00 %	3.00 %	3.00 %
Personalaufwand	1.00 %	1.00 %	1.00 %	1.00 %
Sachaufwand	0.50 %	0.50 %	0.50 %	0.50 %

Präsentation Stadtrat vom 23. August 2010

stadtlangenthal

## Finanzplan

### Steuererträge

Beträge in Tfr.	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Voranschlag 2011	Flpa 2012	Flpa 2013	Flpa 2014	Flpa 2015
<b>Beträge in Tfr.</b>							
Einkommens- und Vermögenssteuern	26'875	25'622	25'479	26'181	26'858	27'569	28'297
Gewinn- + Kapitalsteuern	5'643	3'802	4'729	4'821	4'924	5'010	5'108
übrige Steuern	3'530	3'564	3'800	3'850	3'900	3'950	4'000
<b>Total Steuern</b>	<b>36'048</b>	<b>32'988</b>	<b>34'008</b>	<b>34'852</b>	<b>35'672</b>	<b>36'529</b>	<b>37'405</b>
Steuereinnahme	1.48	1.43	1.38	1.38	1.38	1.38	1.38

Präsentation Stadtrat vom 23. August 2010

Aktueller Bevölkerungsstand Ende Juli 2010: 15'151

stadtlangenthal

## Investitionsplan

- (in erster Linie) Investitionen, welche der Werterhaltung der vorhandenen Infrastruktur dienen
- (in zweiter Linie) Investitionen mit Potenzial für die zukünftige Weiterentwicklung der Stadt
- Finanzierung zu Lasten Eigenkapital aus Verkauf onyx-Aktien

Präsentation Stadtrat vom 23. August 2010

stadtlangenthal

## Investitionsplan 2011 - 2015

Projekt / Anlagen	Rechnung Voranschlag	Planjahr					Saldo 2011-2015
		2011	2012	2013	2014	2015	
<b>Gesamtzusammenzug</b>							
1. Verkehrs- Grundst. Projekte	3'207	2'940	1'760	0	1'760	90	7'360
Sonderbeiträge	0	0	0	0	0	0	0
Nettoausgaben	3'207	2'940	1'760	0	1'760	90	7'360
2. Bildung, Gesundheit Projekte	260	430	35	30	340	0	1'065
Sonderbeiträge	0	0	0	0	0	0	0
Nettoausgaben	260	430	35	30	340	0	1'065
3. Kultur, Volkshochschule Grundst. Projekte	3'388	4'716	1'970	2'300	2'000	380	10'044
Sonderbeiträge	0	0	0	0	0	0	0
Nettoausgaben	3'388	4'716	1'970	2'300	2'000	380	10'044
4. Hochbau, Grundst. Projekte	1'04	4'38	810	4'16	1'015	2'600	1'015
Sonderbeiträge	95	0	0	0	0	0	0
Nettoausgaben	1'04	4'38	810	4'16	1'015	2'600	1'015
5. Umweltschutz, Grundst. Projekte	95	0	1'800	0	0	0	2'595
Sonderbeiträge	0	0	0	0	0	0	0
Nettoausgaben	95	0	1'800	0	0	0	2'595
<b>Total Grundst. Projekte</b>	<b>8'734</b>	<b>12'730</b>	<b>5'640</b>	<b>6'976</b>	<b>5'765</b>	<b>3'980</b>	<b>20'069</b>
<b>Sonderbeiträge</b>	<b>95</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Total Nettoausgaben/Nettoausgaben</b>	<b>8'829</b>	<b>12'730</b>	<b>5'640</b>	<b>6'976</b>	<b>5'765</b>	<b>3'980</b>	<b>20'069</b>
<b>Total Nettoausgaben/Nettoausgaben</b>	<b>12'005</b>	<b>12'005</b>	<b>7'395</b>	<b>12'776</b>	<b>12'776</b>	<b>6'966</b>	<b>66'766</b>

Präsentation Stadtrat vom 23. August 2010

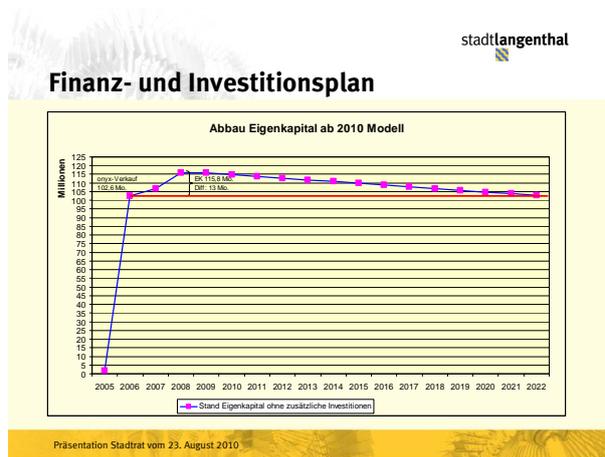


Der Investitionsplan sei an mehreren Gemeinderats-sitzungen thematisiert worden. Über die einzelnen Investitionen sei intensiv diskutiert worden.

Der Gemeinderat verfüge über ein neues Bewertungstool, mit welchem die Eintretenswahrscheinlichkeit jeder einzelnen Investition (mit 50%, 75% oder 100%) bewertet worden sei.<sup>1</sup>

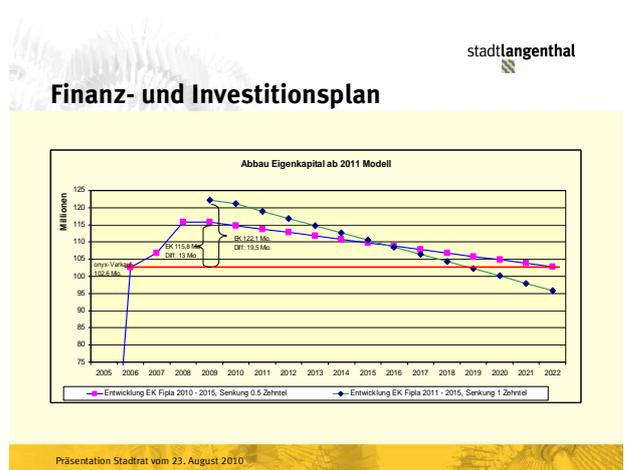
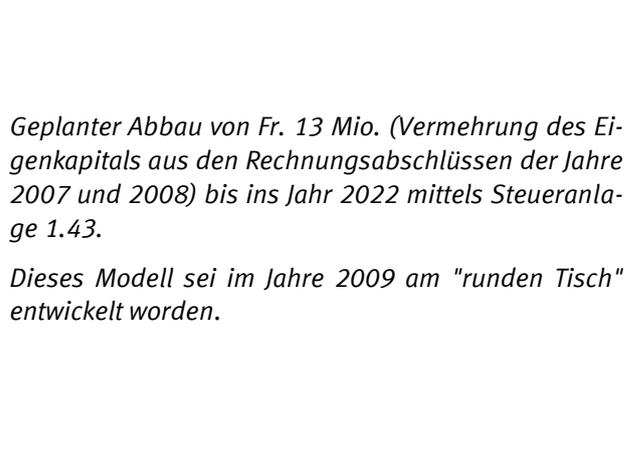
Im Voranschlag 2011 seien nur Investitionen mit einer 100%-igen Einschätzung enthalten.

Die Investitionen seien bewusst erhöht worden und entsprechen den in den Regierungsrichtlinien erwähnten Fr. 4,0 Mio.. Eine Zeit lang werde aufgrund des vorhandenen Eigenkapitals erhöht in die Werterhaltung investiert. Bei Betrachtung des Finanzplans lasse sich feststellen, dass am Ende der Investitionsperiode im Jahre 2015 - wenn die Stadt alles realisiere - immer noch ein Eigenkapital von rund Fr. 78 Mio. vorhanden sei.



Geplanter Abbau von mittlerweile Fr. 19,5 Mio. (Vermehrung des Eigenkapitals aus den Rechnungsabschlüssen der Jahre 2007, 2008 und 2009 [inkl. Eigenkapital Untersteckholz]) bis ins Jahr 2022 mittels einer weiteren Steuersenkung um einen halben Steuerzehntel (Steueranlage 1.38).

<sup>1</sup> Erklärung dazu: Stadtratsprotokoll vom 10. Mai 2010, Traktandum Nr. 9, "9.1 Methodische Anpassungen an die Investitionsplanung"





## Voranschlag 2011

### Grundsätze der Budgetierung

- Basis Voranschlag/Rechnung Vorjahr
- Vorgaben des Gemeinderates
- Festlegung Investitionsquote und Abschreibungsmethodik

## Voranschlag 2011

### Ergebnis Laufende Rechnung in TFr.

	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Voranschlag 2010	Voranschlag 2011
Aufwand ohne Abschr. VV	81'492	84'591	83'967	84'330
+ harmonisierte Abschr. 10%	3'336	3'482	4'709	5'330
+ übrige Abschreibungen	0	0	8'546	3'600
<b>Aufwand</b>	<b>84'828</b>	<b>88'073</b>	<b>97'222</b>	<b>93'260</b>
<b>Ertrag</b>	<b>93'888</b>	<b>92'459</b>	<b>87'508</b>	<b>87'000</b>
<b>Ertragsüberschuss</b>	<b>9'060</b>	<b>4'386</b>		
<b>Aufwandüberschuss</b>			<b>9'714</b>	<b>6'260</b>

## Schlussbemerkungen

- Wirtschaftliche Entwicklung
- Entlastung der Steuerpflichtigen
- Aufgabenerfüllung
- Investitionen

*Der Gemeinderat und die Finanzkommission haben sehr gut zusammengearbeitet. An zwei Sitzungen sei über das Budget bzw. den Budgetprozess gesprochen worden.*

*In Anbetracht der Investitionen, die im Bau und im Gewerbe in Langenthal künftig investiert werden und die sinkenden Arbeitslosenzahlen, erlaube die wirtschaftliche Entwicklung einen positiven Blick in die Zukunft.*

*Langenthal dürfe sich mit der Steueranlage 1.38 im Kanton zeigen. Die Aufgaben würden sich nach wie vor gut erfüllen lassen.*

## Antrag

- **Aufwendungen Fr. 93,260 Mio.**  
**Erträge Fr. 87,000 Mio.**  
**= Aufwandüberschuss Fr. 6,259 Mio.**
- **Steueranlage 1,38 (bisher 1.43)**
- **Liegenschaftssteuer 1,0 ‰ (unverändert)**
- **Hundetaxe Fr. 100.00 (unverändert)**



**Helena Morgenthaler, GPK-Präsidentin:**<sup>1</sup> Die Geschäftsprüfungskommission würdige und bestätige die formelle Richtigkeit der Vorlage "Finanz- und Investitionsplan 2011 - 2015" (vorliegendes Traktandum Nr. 2) und der Vorlage "Gemeindevoranschlag 2011" (Traktandum Nr. 3).

Die Geschäftsprüfungskommission danke allen - vor allem dem Finanzvorsteher René Hubacher, der Finanzkommission und allen Gemeinderäten - die während gut sechs Monaten an der Erarbeitung des Finanz- und Investitionsplans 2011 - 2015 und des Voranschlages 2011 beteiligt gewesen seien.

Gemeinderat Jürg Häusler habe die markantesten Punkte des Voranschlages und dessen Philosophie bereits erwähnt. Obwohl die Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission unterschiedlich Stellung nehmen werden, erscheine es der Geschäftsprüfungskommission wichtig zu erwähnen, dass gewisse Fehleinschätzungen der letzten Jahre mit dem neuen Abschreibungsmechanismus nun korrigiert werden, und, dass die ganze Vorlage aus der Warte der Mitbürgerinnen und Mitbürger zu deren Wohl und mit Aussicht auf Nachhaltigkeit geplant worden sei.

**Beat Sterchi, Mitglied der Finanzkommission:** Als Mitglied der vorberatenden Behörde Finanzkommission sei er beauftragt worden, zum Budget eine zusätzliche Stellungnahme abzugeben. Er danke und bestätige vorab die Ausführungen des Ressortvorstehers Finanzen, Gemeinderat Jürg Häusler, vollumfänglich und weise dabei auf 5 Punkte hin:

- Der Voranschlag 2011 bewege sich vollständig im Rahmen der Finanzstrategie gemäss den Regierungsrichtlinien. Über die Strategie sei im Stadtrat im letzten Jahr ausgiebig diskutiert worden und sie habe in der Budgetabstimmung ein klares Volksmehr gefunden. Dementsprechend werde ein Drittel des onyx-Verkaufs-Erlös für Investitionen eingesetzt und die zusätzlichen Steuereinnahmen, die zu einer Vermehrung des Eigenkapitals führen, werden für die Finanzierung von Steuersenkungen verwendet. Im Übrigen soll ein strukturelles Defizit im Budget langfristig vermieden werden.
- Die Einhaltung der Vorgaben sei von der Finanzkommission geprüft worden. Mittlerweile betrage das Eigenkapital Fr. 122,0 Mio., was einer Zunahme von Fr. 4,4 Mio. entspreche. Die Finanzkommission möchte diese Fr. 4,4 Mio. in gleicher Art und Weise verwenden, wie die Fr. 13,4 Mio., die schon letztes Jahr für eine Steuersenkung eingesetzt worden seien. Wenn der Berechnungsmodus des letzten Jahres angewendet werde, dann komme man (mit rund Fr. 19,0 bis Fr. 20,0 Mio. Besserstellung) zu einem neuen Steuersatz von 1,38.
- Die Verbesserung des Steuersatzes hänge klar nicht mit den nicht ausgeführten Investitionen, sondern ganz klar mit den zusätzlichen Steuererträgen der natürlichen Personen zusammen. Bei den Steuerpflichtigen sei doch eine beträchtliche Zunahme zu verzeichnen und auch in den nächsten Jahren sei mit weiteren Zunahmen zu rechnen. Zudem habe auch bei den juristischen Personen eine rechte Zunahme stattgefunden.

Die Finanzkommission habe sich gefragt, ob die Situation im Jahr 2009 einmalig sei, oder ob die Zunahme nachhaltig sei, und sei dabei zum Schluss gekommen - habe sich dies auch bestätigen lassen - dass das Bevölkerungswachstum in den nächsten Jahren nicht nur bei rund 50 Einwohnenden sondern bei rund 150 Einwohnenden liegen werde. Somit werde auch die Zahl der Steuerpflichtigen wesentlich mehr zunehmen, als dies im alten Finanzplan gerechnet worden sei. Aus diesem Grund sei für das Jahr 2011 auch mit einer leichten Erhöhung gerechnet worden.

<sup>1</sup> Anmerkung der Protokollführung: Die Stellungnahme der GPK-Präsidentin, Helena Morgenthaler, ist mit der im Traktandum Nr. 3 "Gemeindevoranschlag 2011" protokollierten identisch.



Die Finanzkommission habe auch einen Vergleich der Steuereingänge vorgenommen. Die aktuellen Zahlen der Finanzverwaltung zeigen, dass die Steuererträge am 30. Juni 2009 und am 30. Juni 2010 - trotz einer Steuersenkung von 1,48 auf 1,43 - fast gleich hoch seien. Die Steuersenkung sei somit bereits im ersten Halbjahr weitgehend kompensiert worden. Erstaunlicherweise seien auch im Jahr 2010 die Erträge der juristischen Personen gegenüber dem Jahr 2009, in welchem bereits eine rechte Steigerung zu verzeichnen gewesen sei, nochmals angestiegen. Obwohl man heute noch nicht wisse, wie die Situation am Ende des Jahres aussehen werde, sei dies wenigstens ein Indikator, dass man mit der Planung nicht total daneben liege.

- Die Finanzkommission habe auch geprüft, ob die neue Steueranlage die Auslösung neuer Investitionen gefährde. Das sei nicht der Fall, da die zusätzlichen Investitionen nicht aus dem Cashflow der ordentlichen Rechnung, sondern aus dem Erlös des onyx-Geldes bezahlt werden. Dieses Vorgehen sei bereits früher so vorgesehen gewesen und die Gelder dafür seien ja auch vorhanden. Deshalb werden die Investitionen nicht tangiert. Sie können plangemäss ausgeführt und mit Eigenkapital und unabhängig der Steueranlage finanziert werden.
- Das Jahr 2010 werde auch deutlich besser abschneiden, als budgetiert. Der Gemeinderat habe die steuerfinanzierten Investitionen neu auf einen realistischen Wert von Fr. 8,6 Mio. zurückgenommen. Daraus ergebe sich eine Rechnungsverbesserung von Fr. 4,3 Mio. Per 31. Juli 2010 seien nach Angaben der Finanzverwaltung von den ursprünglich budgetierten Nettoinvestitionen von Fr. 13,5 Mio. erst Fr. 1,25 Mio. verbucht worden.

Fazit:

- Die Finanzkommission erachte die Steuersenkung als eine logische Folge der festgelegten Finanzstrategie. Wer die Steuersenkung nicht wolle, müsste die Finanzstrategie ändern.
- Höhere Steuereinnahmen würden zu einer Zunahme des Eigenkapitals führen, woraus sich logischerweise die Steuersenkung auf 1,38 ergebe.
- Die Finanzierung der geplanten Investitionen sei nicht gefährdet.

Sechs Mitglieder der Finanzkommission empfehlen dem Stadtrat, das vorliegende Budget 2011, mit der Steueranlage 1,38, zu Händen der Volksabstimmung zu verabschieden.

## **B Allgemeine Beratung/Stellungnahmen (Fraktionen, Einzelsprechende)**

**Anna Aeberhard, SP/GL-Fraktion:** Im Namen der SP/GL-Fraktion **beantrage sie, die Steueranlage bei 1,43 zu belassen** und mit der Senkung der Steuern somit abzuwarten. Die SP/GL-Fraktion sei sich bewusst, dass dieser Antrag in den Augen manches Bürgers und mancher Bürgerin unpopulär erscheine.

Folgende Gründe hätten zum Antrag geführt: Jährlich wiederkehrende Kosten werden auf Langenthal zukommen, die im Budget 2011 nicht enthalten seien, aber in Kürze beschlossen werden. Dabei handle es sich beispielsweise um jährlich zusätzlich wiederkehrende Kosten für die Kunsteisbahn AG (KEB) von Fr. 522'000.00, worüber das Volk am 25./26. September 2010 abzustimmen habe. Zusätzlich befinde sich das Bildungsamt in der Pipeline, für welches in der Grössenordnung von Fr. 200'000.00 jährlich wiederkehrende Kosten vorgesehen seien. Auch die einmaligen Kosten für die 1150-Jahr-Feier seien im Budget 2011 nicht enthalten, wogegen dafür aber Fr. 750'000.00 in der Investitionsplanung eingestellt seien.

Nach Erachten der SP/GL-Fraktion sei der Betrag von Fr. 750'000.00 sofort und zwar zusätzlich zu den Fr. 4,0 Mio. (übrige Abschreibungen) abzuschreiben. Auf diese Weise würden sich Mehrausgaben gegenüber dem Budget von Fr. 1,4 Mio. ergeben. Die Mindereinnahme der Steuersenkung betrage, wie bereits erwähnt worden sei, rund Fr. 1 Mio. Die SP/GL-Fraktion vertrete die Ansicht, dass in Anbetracht der auf die Stadt zukommenden Kosten, die Steuern noch nicht gesenkt werden sollen.



Letztes Jahr sei die Senkung der Steuern von 1,48 auf 1,43 beschlossen worden. Damals sei gesagt worden, dass die rund Fr. 13,0 Mio. aus dem Überschuss der Rechnungsabschlüsse 2007 und 2008 an die Steuerzahlenden über einen Zeitraum von 13 Jahren zurückbezahlt werden sollen. Die erneute Steuersenkung zum heutigen Zeitpunkt sei nach Erachten der SP/GL-Fraktion zu früh, weil die grosse Gefahr bestehe, bereits nach 10 oder nach noch weniger Jahren von der Substanz des Eigenkapitals leben zu müssen. Eine Steuererhöhung wäre - solange noch Eigenkapital vorhanden sei - nicht durchsetzbar. Die SP/GL-Fraktion sei der Meinung, dass das vorhandene Eigenkapital aus den onyx-Geldern nur für dringend nötige Sanierungen und Infrastrukturprojekte verwendet werden sollte.

**Stadtratspräsident Christoph Kuert** stellt zu Händen des Protokolls fest, über den von Stadträtin Anna Aeberhard im Namen der SP/GL-Fraktion gestellten Antrag, die Steueranlage auf 1,43 zu belassen, im Detailberatungsteil " C Beratung der Steueranlage" abstimmen zu lassen.

Im Sinne der Protokollklarheit bittet Stadtratspräsident Christoph Kuert Stadträtin Anne Aeberhard um Klärung der Frage, ob die Äusserung zu den Abschreibungen in ihrer Stellungnahme als Antrag zur Änderung verstanden werden soll.

**Stefan Ryser, SP/GL-Fraktion:** Um die an Stadträtin Anna Aeberhard gestellte Frage in der Fraktion kurz zu klären, bittet er um ein Time-Out.

**Stadtratspräsident Christoph Kuert** bittet mittels der orangenen Stimmkarte zu zeigen, ob dem Ordnungsantrag von Stadtrat Stefan Ryser für ein Time-Out zugestimmt wird.

■ **Der Stadtrat lehnt den Ordnungsantrag von Stadtrat Stefan Ryser für ein Time-Out mit 19 Stimmen Nein gegen 13 Stimmen Ja (bei 6 Enthaltungen) ab.**

**Stefan Ryser, SP/GL-Fraktion:** Da das Time-Out nicht angenommen worden sei, die SP/GL-Fraktion aber angefragt worden sei, ein weiteres Votum zu ergreifen, **beantrage er das Abschreibungsmodell, wie es für den Voranschlag 2009 beschlossen worden sei, beizubehalten** (Fr. 4,0 Mio. harmonisierte Abschreibungen und was darüber hinaus gehe, unbeschränkt und direkt in der Laufenden Rechnung abzuschreiben). Die SP/GL-Fraktion wolle nicht, dass Abschreibungsbedarf ins Jahr 2016 und folgende einfach hinausgeschoben werde. Obwohl die Stadt Langenthal aufgrund ihres Eigenkapitals sich dies leisten könnte, wolle die SP/GL-Fraktion eine direkte Abschreibung, so dass die Eigenkapitalentwicklung transparent aufgezeigt werden könne.

**Daniel Rügger, EVP/glp-Fraktion:** In den Richtlinien der Regierungstätigkeit 2009 - 2012 gebe der Gemeinderat die Marschrichtung betreffend die Stadtfinanzen vor. Das Budget weise ein Defizit von rund Fr. 6,3 Mio. aus. Es stelle sich nun die Frage, was von diesem Budget zu halten sei. Der Grundsatz, nachdem die Laufende Rechnung ohne Zusatzinvestitionen ausgeglichen abschliessen soll, sei damit erfüllt.

In den letzten drei Jahren seien Ertragsüberschüsse von total Fr. 19,2 Mio. generiert worden. Dass die Ertragsüberschüsse zu einem grossen Teil - wobei man diesbezüglich wie Stadtrat Beat Sterchi anderer Meinung sein könne - dank nicht realisierten Investitionen bzw. mit damit verbundenen Abschreibungen zustande gekommen seien, liege für die EVP/glp-Fraktion jedoch auf der Hand. Es sei nicht das Ziel das Eigenkapital durch zusätzliche Gewinne zu erhöhen. Die Einwohnenden Langenthals haben bereits in den letzten Jahren durch Steuer- und Gebührenreduktionen aufgrund des onxy-Segens profitieren können.

Das heute vorliegende Budget für das kommende Jahr erscheine der EVP/glp-Fraktion insgesamt vernünftig. Über Einzelpositionen - unter Anderem beispielsweise über die Frage, ob die Steuererträge zu optimistisch eingesetzt worden seien - könne immer diskutiert werden. Die Diskussion in der EVP/glp-Fraktion habe sich primär um den zukünftigen Steuersatz gedreht. Dabei habe man sich mit der Frage auseinandergesetzt, ob es in der aktuellen Situation vernünftig sei, den Steuersatz noch einmal zu senken, oder ob dies zu blauäugig sei.



# Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 23. August 2010

- Für eine Steuersatzsenkung sprechen:
  - Die Ertragsüberschüsse, die den Steuerzahlenden zurückgegeben werden sollen.
  - Die Steuereinnahmen, die sich trotz der Wirtschaftskrise positiv entwickelt haben.
  - Die Nettozuwachsrate der Bevölkerung, wobei sich jedoch die Frage stelle, wie viele davon Steuerzahlende seien.
  - Die Investitionen, die auch in Zukunft kaum gemäss der Planung umgesetzt werden können, was sich wiederum auf die Abschreibungen auswirken werde.

Mit der nochmaligen Senkung des Steuersatzes um einen halben Steuerzehntel und somit rund Fr. 1 Mio. weniger Steuereinnahmen verfüge Langenthal, im Vergleich mit anderen Städten ähnlicher Grösse, über eine sehr gute Position.

Für die EVP/glp-Fraktion sei wichtig, dass sich die jährliche Diskussion um Festsetzung des Steuersatzes - vorbehalten unvorhersehbarer Ereignisse - in den kommenden Jahren nun erübrige, um bewusst für eine konstante Steuerhöhe zu sorgen.

- Aus der Optik der EVP/glp-Fraktion gegen eine Steuersenkung sprechen:
  - Die jährlich wiederkehrenden einmaligen Ausgaben werden steigen. Weitere Vorhaben bzw. Aufgaben der Stadt, die bereits vorliegen oder nächstens folgen, werden etwas kosten.
  - Das FILAG 2012 werde die Stadt finanziell treffen.
  - Die Strategie, Konsumausgaben durch Steuereinnahmen zu finanzieren, um einen ausgeglichenen Rechnungsabschluss zu erreichen, scheine mit dem reduzierten Steuersatz etwas schwierig einzuhalten. Anstatt den Steuersatz zu senken, könnte - wie dies in früheren Jahren bereits überlegt worden sei - beispielsweise die Liegenschaftssteuer gestrichen werden.

Weil die Entscheidung von der persönlichen Einschätzung bzw. von der Gewichtung der Pro- und Kontraargumente abhängt, habe die EVP/glp-Fraktion Stimmfreigabe für ihre Mitglieder beschlossen.

**Kurt Wyss, FDP/jll-Fraktion:** Der Voranschlag 2011 schliesse mit einem Aufwandüberschuss von über Fr. 6,2 Mio. ab und beinhalte eine weitere Senkung des Steuersatzes um 0,5 Steuereinheiten. Dass der Gemeinderat trotzdem nicht von seiner festgelegten Strategie, der ausgewogenen Finanzpolitik abweiche, sei einfach nachvollziehbar, da damit in erster Linie zurückgegeben werden könne, was sich aufgrund der positiven Abschlüsse in den Jahren 2007, 2008 und 2009 zusätzlich angehäuft habe. Mit dem neuen Steuersatz von 1,38 würden sich die Steuereinnahmen im Vergleich mit dem Jahr 2009 (1,48) um rund Fr. 2,5 Mio. verringern. Die Fr. 2,5 Mio. stehen aber im Verhältnis zu den über Fr. 17,0 Mio. aus den letzten drei Jahren. Dabei sei auch zu vermerken, dass die über Fr. 100,0 onyx-Mio. (auf diesem "unanständig" hohen Niveau) quasi unangetastet geblieben seien.

Der Voranschlag 2011 sei das Resultat einer vorsichtig zurückhaltenden und umsichtigen Finanzplanung. Der Budgetprozess sei von vielen gescheiterten und erfahrenen Köpfen in der Verwaltung, im Stadt- und Gemeinderat, in den Kommissionen und notabene auch in den Fraktionen mitgestaltet worden und basiere auf Erfahrungen vergangener Jahre sowie auf realistischen Einschätzungen der wirtschaftlichen Situation des nächsten und übernächsten Jahres. Mit der Annahme des Voranschlages 2011 setze der Stadtrat ein weiteres Zeichen gegenüber den Steuerzahlenden und dem politischen und wirtschaftlichen Umfeld.

Sich freuen können, und diese Freude auch mit anderen zu teilen, bedeute doppelte Freude. Diesbezüglich wünsche er sich, dass sich die Stimmbürger in zwei Jahren fragen werden - wenn es wieder um die Wahlen gehe - wer sich im Zusammenhang mit den Steuern mit ihnen habe freuen wollen.

Die FDP/jll-Fraktion stimme geschlossen für die Annahme des Voranschlages 2011.



**Stadtratspräsident Christoph Kuert** stellt zu Händen des Protokolls fest, dass Stadtrat Willi Lanz im Namen der SVP-Fraktion auf eine Wiederholung der Ausführungen verzichtet, die er im Traktandum Nr. 2 "Finanz- und Investitionsplanung 2011 - 2015" bereits abgegeben habe.<sup>1</sup>

**Willi Lanz, SVP-Fraktion:** Die SVP-Fraktion habe im positiven Sinn vom Finanz- und vom Investitionsplan 2011 - 2015 Kenntnis genommen. Die SVP-Fraktion werde auch den Voranschlag 2011 einstimmig unterstützen.

Folgende Gründe hätten zu diesem Entscheid geführt:

- Im Vorfeld der Finanz-, Investitions- und der Budgetplanung sei hart gearbeitet worden. Die Ergebnisse des "runden Tisches" aus dem Vorjahr aber auch die Eingaben und die Diskussionen aus der Finanzkommission und aus der SVP seien beim Gemeinderat nicht ungehört geblieben und hätten Eingang in die vorliegende Planung gefunden.
- Die SVP-Fraktion stelle fest, dass die Rechnungsüberschüsse der letzten Jahre effektiv für Steuersenkungen verwendet werden. Dem Vorsichtsprinzip folgend, habe die SVP-Fraktion bereits im Vorjahr für eine schrittweise Reduktion plädiert. Nach einem halben Steuerzehntel im Vorjahr und aufgrund weiterer Zunahmen des Eigenkapitals, unterstütze die SVP-Fraktion auch die Reduktion um einen weiteren halben Steuerzehntel. Dies einerseits für das Budget, als Folge aus der Finanzplanung, aber auch, dass dem Planwert entsprechend weitergefahren werde, so dass auch die Überschüsse - wie dies stipuliert worden sei - kontinuierlich abgebaut werden können.
- Für Zusatzinvestitionen werde Eigenkapital eingesetzt. Richtigerweise werde damit dem Werterhalt von Anlagen erste Priorität eingeräumt. Auch dass das Abschreibungsmodell geändert worden sei, werde von der SVP-Fraktion aus nachhaltiger Optik als äusserst wichtig erachtet.
- Die Finanzplanung basiere unter Anderem auf Prognosen von führenden Konjunkturforschungsinstitutionen. Sie gehe von einem wirtschaftlichen Wachstum aber auch von einem Zuwachs der Langenthaler Bevölkerung aus. Der SVP-Fraktion erscheine diese Berechnungsbasis absolut plausibel. Zum Einen weil sich die Steuereinnahmen in der schwierigen Wirtschaftssituation der letzten Jahre doch relativ krisenresistent gezeigt haben und zum Anderen, weil aus der Wirtschaft doch positive Signale kommen. Letzthin habe auch Medienberichten entnommen werden können, dass selbst Gewerkschaften jetzt Lohnerhöhungen bis zu 3% fordern.

Die SVP-Fraktion danke dem Gemeinderat für die gut verständlichen, schriftlichen Ausführungen, und, dass sich der Gemeinderat zur Neugestaltung der Planung, wie sie nun vorliege, durchgerungen habe. Die SVP-Fraktion sei davon überzeugt, dass damit der richtige Weg eingeschlagen worden sei.

Die Finanz- und Investitionsplanung sei im Budget 2011 wiederzuerkennen. Im Namen der SVP-Fraktion halte er deshalb bereits an dieser Stelle fest, dem Voranschlag 2011 geschlossen zuzustimmen und auf die Wortergreifung zum Voranschlag 2011 (Traktandum Nr. 3) zu verzichten.

**Samuel Köhli:** Wegen verschobener Investitionstätigkeiten schwarze Zahlen zu schreiben, verursache kein gutes Gefühl, zumal dies auch noch zum Anlass genommen werde die Steuern zu senken. Plötzlich könnte - genauere Prognosen könne niemand machen - alles auf einmal oder eben noch viel mehr auf die Stadt zukommen. Aus diesem Grund könne er dem Voranschlag 2011 nicht zustimmen.

<sup>1</sup> Anmerkung der Protokollführung: Im Sinne der Protokollvollständigkeit des vorliegenden Traktandums wird die Stellungnahme von Stadtrat Willi Lanz, SVP-Fraktion an dieser Stelle im Protokoll abgedruckt (kursiv dargestellt).



**Fritz Fiechter:** Es mache den Anschein, dass gewisse Leute mit der Steuersenkung ihre Wahlversprechen einlösen wollen...

Es gebe Investitionen, die nicht realisiert worden seien, weil der Gemeinderat es in zwei Jahren nicht geschafft habe, die versprochenen Investitionen auszulösen. Dementsprechend seien keine Abschreibungen vorgenommen und das Budget nicht belastet worden.

Die Fr. 750'000.00 für die 1150-Jahr-Feierlichkeiten würden seiner Meinung nach nicht in eine Investitionsrechnung, sondern in das ordentliche Budget und damit direkt abgeschrieben gehören, da nach den Anlässen kein Nutzen mehr daraus gezogen werden könne. Weiter sei er der Meinung, dass die jährlichen Ausgaben bis in Jahr 2012 so stark ansteigen werden, so dass eine Steuersenkung zum jetzigen Zeitpunkt fehl am Platz sei. Für ihn sei eine weitere Steuersenkung auch deshalb nicht nachvollziehbar, weil letztes Jahr davon gesprochen worden sei eine Basis zu schaffen, um mittelfristig gute Ergebnisse zu erzielen. Wenn überhaupt, sollten die Kantonssteuern gesenkt werden. Das müsste von unseren Grossräten angepackt werden und würde "einschenken".

**Daniel Steiner:** Der Grosse Rat habe tatsächlich den Entscheid getroffen, die Steuern zu senken. Als Grossrat habe er diesem Vorhaben aber nicht zugestimmt, weil eine Steuersenkung im Kanton noch x-mal unverantwortlicher sei als auf lokaler Ebene.

Im Zusammenhang mit dem Budget 2011 stellen sich ihm zwei wesentliche Fragen:

- Wo stehen wir knapp 5 Jahre nach der Sternstunde onyx?

Antwort: Auch 5 Jahre nach dem onyx-Geldsegen sehe der Bürger von Langenthal kaum etwas von der ausgezeichneten Finanzlage - ausser auf der Steuerabrechnung. Zugegebenermassen gehe auch ihm langsam die Geduld aus. Jahr für Jahr werde im Stadtrat über den Steuersatz und über Investitionen geredet, ohne Sichtbares zustande gebracht zu haben. Ein grosser Wurf, ein Projekt mit Ausstrahlung, ein Leuchtturm für Langenthal fehle nach wie vor. Auch werde es noch eine Weile dauern, bis der Bahnhof, die Marktgasse, das Mühelareal, das Markthalleareal etc. umgebaut/saniert werden. Dabei stelle sich die Frage, wie oft diese Projekte noch im Investitionsplan wie eine heisse Kartoffel nach hinten geschoben werden und ob die Stadträtinnen und Stadträte noch 2015 auf die Realisierung grosser Projekte warten müssen.

Ihm sei klar, dass der Gemeinderat zu Recht sage, dass politische Abläufe, Eigentumsverhältnisse oder Einsprachen die erwähnten Projekte verzögern. Das stimme sicher auch. Trotzdem zweifle er einfach manchmal am unbedingten Willen und am Biss der Regierung, aufgegleiste Projekte "gib, was d'hesch!" durchzuziehen.

Mit der vorgeschlagenen Abschreibungspraxis habe der Gemeinderat jetzt Forfait vor seinem eigenen Mut der letzten Jahre erklärt: Anstatt die Investitionstätigkeit zu forcieren, habe er mit der Plafonierung der direkten Abschreibungen den Weg für Steuersenkungen frei gemacht. Er sei der Meinung, dass es sinnvoller gewesen wäre, die Investitionen auf hohem Niveau zu belassen, konsequenterweise das Stadtbauamt aufzustocken und bei geeigneten Projekten Outsourcings zu prüfen.

- Was bringt dem Bürger diese Steuersenkung – sprich: dieses politische Zeichen?

Antwort: Seine eigenen Finanzen zeigen, was die vorgeschlagene Steuersenkung im Durchschnitt etwa bringe. Seine Familie (3 Kinder; Doppelverdienerhaushalt) habe ein steuerbares Einkommen von Fr. 58'700.00. Mit der Senkung der Steueranlage von 1.43 auf 1.38 würde seine Familie jährlich Fr. 103.05 Steuern sparen.

Er erachte es als fraglich, ob dies ein spürbares Zeichen gegenüber dem Bürger sei, oder ob ernsthaft daran geglaubt werde, mit einer derartigen Steuersenkung zusätzliche steuerkräftige Bürger nach Langenthal zu holen. Abgesehen davon sei die Stadt Langenthal in Sachen Steuersatz im Vergleich zu ähnlichen Berner Städten eigentlich schon sehr gut positioniert.



## Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 23. August 2010

Für den Einzelnen bedeute eine Steuersenkung wenig, für die Stadt Langenthal sei sie aber trotzdem nicht vernachlässigbar. Der halbe Steuerzehntel Steuersenkung entspreche einem Einnahmenverlust von ca. Fr. 1 Mio. Genau so viele wiederkehrende Ausgaben werden in den nächsten Wochen oder Monaten aber auf die Stadt zukommen (Fr. 60'000.00 für RKK-Beiträge + Fr. 530'000.00 für die KEB AG + Fr. 100'000.00 für den ÖV/Viertelstundentakt, der notabene von bürgerlicher Seite stamme + Fr. 200'000.00 für das Bildungsamt + Fr. 100'000.00 für Förderbeiträge für erneuerbare Energieträger = ziemlich genau Fr. 1 Mio. für wiederkehrende Beiträge und dies ohne die Kosten für das 1150-Jahr-Jubiläum zu erwähnen). Es sei deshalb nicht nachvollziehbar, unverantwortlich und unlogisch, die Steuern jetzt zu senken, da bekannt sei, dass schon bald regelmässige Mehrausgaben - notabene genau so viel, wie wir heute mit der Steuersenkung verlieren - auf die Stadt zukommen werden. Er höre schon heute die Stimmen, die die Kosten für Mehrleistungen in den Bereichen Schule, Verkehr, Sport und Kultur mit der Begründung ablehnen werden, dass das Budget ausgeglichen bleiben müsse. Es könnte durchaus zum Bumerang werden, dass mit der heutigen Steuersenkung zukünftige Ausgaben verhindert werden, die die Attraktivität der Stadt tatsächlich erhöhen würden.

Bezugnehmend auf die Signalwirkung der Steuersenkung frage er sich wirklich, wo eigentlich die Rufe nach einer Steuersenkung aus dem Volk hörbar seien. Er sei noch kein einziges Mal auf das Thema Steuern angesprochen worden. Wenn eine Steuersenkung ein so grosses Bedürfnis des Volkes wäre - wie immer wieder behauptet werde - wäre doch schon lange eine Volksinitiative in diese Richtung lanciert worden. Offenbar sei der Langenthaler Bürger etwas differenzierter und sich sehr wohl bewusst, dass die Attraktivität der Stadt nicht nur vom Steuersatz abhängt.

Er lehne den Voranschlag 2011 ab und unterstütze beide Anträge der SP/GL-Fraktion (Steueranlage bei 1,43 zu belassen und die Beibehaltung des Abschreibungsmodell 2009), weil er nicht nur eine schöne Zahl auf seiner Steuerrechnung lesen wolle, sondern wolle, dass auch seine Kinder in ein paar Jahren etwas von den onyx-Millionen sehen können.

**Beat Sterchi:** Es sei etwas schwierig die Stadt finanziell zuverlässig zu führen, wenn der Stadtrat die Strategie alle Jahre wieder wechsele ...

Der vorliegende Voranschlag 2011 entspreche genau der Strategie, die dem letzten Budget zugrunde gelegt worden sei. Wenn die Steuer- und Mehrerträge nicht vorhanden wären, wäre eine Steuersenkung auf 1,38 auch gar nicht möglich. Die Steuererträge hätten mit den Investitionen aber überhaupt nichts zu tun. Die Investitionen seien durch die onyx-Millionen finanziert, was der festgelegten Strategie entspreche, dass Investitionen über Fr. 3,6 Mio. durch die onyx-Millionen bezahlt werden.

Die erwirtschafteten Mehrerträge für die zusätzlich wiederkehrenden Ausgaben zu verwenden - wie dies von den Steuersenkungskritikern beabsichtigt werde - attraktiviere Langenthal aber in keiner Art und Weise. Wenn der Steuersatz nicht um einen halben Steuerzehntel reduziert werde, würde der Bürger - da diese Mittel meistens in die Bürokratie fliessen - für die gleiche Leistung schlicht mehr bezahlen müssen. Er weise zudem darauf hin, dass es weder bei der Kunsteisbahn noch beim Schulamt um zusätzliche Leistungen gehe, sondern, dass es sich dabei einfach um zusätzliche Ausgaben in etwas bereits Bestehendes handle. Persönlich habe er dagegen nichts einzuwenden, weise jedoch darauf hin, dass die Effizienz damit gesenkt werde. Und das entspreche ganz klar nicht der Meinung der Finanzkommission, deren wichtiges Ziel und Vorgabe darin bestehe, weiterhin ehrgeizig zu sein, wovon der Bürger am meisten profitiere.

Die 1150-Jahr-Feier erachte auch er als einen "Tolg im Reinheft" und stimme der Linken diesbezüglich absolut bei. Als aber am 28. Juni 2010 (Traktandum Nr. 4) darüber abgestimmt worden sei, habe niemand aus dem Stadtrat dagegen opponiert, womit der "Sauerei" mit lediglich einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen zugestimmt worden sei. Er empfinde es als "Sauerei" ein Stadtfest zu organisieren, die Kosten dafür aber nicht ins Budget zu nehmen, weil der erste Anlass schon im Januar stattfinde - dafür dann aber einen Rahmenkredit zu sprechen, der dann vom Gemeinderat ausgelöst werden könne.



Aber, obwohl dieses Vorgehen kein Ruhmesblatt darstelle, werde wegen diesen Fr. 700'000.00 minus weder das Budget umfallen, noch könne dadurch die Steuersenkung in Frage gestellt werden. Auch die Fr. 500'000.00 der KEB AG - sofern der Stimmbürger zustimmen werde - befinden sich in einem Streubereich von Mehrausgaben. Es sei jedoch belegbar, dass es auch einen Streubereich nach unten gebe, da es auch Bereiche mit weniger Ausgaben gebe, womit sich diese Punkte in etwa ausgleichen. Auch die Teuerung und was an Lohnerhöhungen gerechnet werde, sei darin enthalten. Er erachte die Finanzpolitik als nachhaltig und das Wachstum der Steuererträge als robust. Dieser Finanzpolitik und dem Vorschlag des Gemeinderates nicht zuzustimmen, würde eine strategische Änderung der Führung der Finanzen bedingen.

Letztes Jahr seien im Stadtrat die grossen Abweichungen bei den Abschreibungen kritisiert worden. Aus diesem Grund sei der Gemeinderat über die Bücher gegangen und habe das nun vorliegende Modell vorgeschlagen, welches in Kenntnis, dass bisher immer nur zwischen 50% und 70% der Investitionen realisiert worden seien - was im Übrigen auch ein Wert sei, der in anderen Gemeinden Gültigkeit habe - auch eine diesbezügliche Gewichtung enthalte. Im Jahr 2013 und 2014 werde das Abschreibungssystem geändert. Es sei seiner Ansicht nach falsch, heute übertriebene Abschreibungen vorzunehmen, wenn später ein betriebswirtschaftliches Abschreibungssystem zum Einsatz komme. Weil das momentan in der Vernehmlassung befindliche HRM2 vorsehe, dass die alten Investitionen noch traditionell, die neuen dagegen betriebswirtschaftlich abgeschrieben werden. Das heisse, dass Langenthal rund die Hälfte weniger Abschreibungsbeträge machen würde. Wie die Steuersätze in den Gemeinden aussehen werden - wenn das HRM2 eingeführt sei - sei interessant.

Er sei klar der Meinung und dies entspreche auch der Meinung der Finanzkommission und der bürgerlichen Seite, dass die vorgeschlagene Steuersenkung von den Bürgern und von natürlichen und juristischen Personen erarbeitet worden sei, die trotz schwieriger Umstände der Gemeinde und dem Kanton mehr abgeliefert haben. Es sei deshalb in Ordnung, das dadurch entstandene neue Eigenkapital zurückzugeben.

In Langenthal werde der Steuerertrag meistens von Rentnern und Arbeitnehmern generiert. Diese Personen werden ab dem 1. Januar 2011 von einem halben Prozent mehr Mehrwertsteuer betroffen sein. Auch die Arbeitslosenversicherung und verschiedene andere wiederkehrende Ausgaben werden erhöht, was jeden Steuerzahlenden betreffen werde.

Was die Entlastung betreffe, so halte er fest, dass die Steuern von ursprünglich 1,62 auf 1,38 gesenkt worden seien. Diese Senkung mache bei einem Einkommen, wie Stadtrat Daniel Steiner dargelegt habe, nicht nur Fr. 100.00 aus, sondern wirke sich bei einer Familien mehrfach und nachhaltig spürbar um ein Mehrfaches aus.

**Stefan Ryser:** In zwei, drei Punkten könne er Stadtrat Beat Sterchi Recht geben. Stadtrat Beat Sterchi habe Zahlen der eingegangenen Steuern (Stand 2010, Mitte des Jahres) präsentiert. Er persönlich kenne diese Zahlen nicht, wogegen das Finanzamt sicher besser darüber Bescheid wisse, wie viel von diesen Beträgen auf definitiven Schätzungen basieren. Er gehe davon aus, dass bei juristischen Personen noch keine einzige Steuererklärung 2009, vielleicht sogar auch nicht viele aus dem Jahr 2008 definitiv veranlagt seien. Dementsprechend stehe noch nicht fest, ob zu viel oder zu wenig Steuern bezahlt worden sind - in der Regel werde zu viel bezahlt. Bei den natürlichen Personen gehe er auch davon aus, dass längstens noch nicht alles gerechnet worden sei, so dass für das Jahr 2010 die Entwicklung auch in diesem Bereich noch nicht bekannt sei. Die Zahlen für das zur Diskussion stehende Jahr 2011 seien erst recht unbekannt.

Der Aussage von Stadtrat Beat Sterchi, dass die Fr. 500'000.00 für die KEB AG im Streubereich von Mehrausgabe liegen, stimme er zu. Wenn es davon aber fünf oder zehn gebe, die alle auf die gleiche Seite klaffen, dann seien diese nicht mehr als Streubereich, sondern als Tatsache zu bezeichnen, mehr zahlen zu müssen.



Im Zusammenhang mit wiederkehrenden Kosten sei das Bildungsamt angesprochen worden. Im Moment laufe eine Verwaltungs- und Regierungsreform, die ab 1. Januar 2011 (provisorisch) in Kraft treten werde. Der Gemeinderat habe zudem versichert weiter daran zu arbeiten. Es gebe somit weitere Regierungs- und Verwaltungsreformen. Darin überlege man sich auch, was im Hinblick auf das enorme Wachstum der Stadt in den letzten Jahrzehnte - in denen die Verwaltungsstrukturen nie entsprechend angepasst worden seien - getan werden kann. In diesem Bereich bestehe Nachholbedarf. Er sei darauf angesprochen worden, wozu Langenthal einen Bildungsbeauftragten brauche, wo es doch bis anhin auch ohne gegangen sei. Seiner Meinung nach brauche es eine oder einen Bildungsbeauftragten unbedingt, weil heute - gegenüber den letzten zehn bis fünfzehn Jahren - so viele grosse Projekte anstehen, die nicht einfach unter dem Tisch erledigt werden können, sondern die nach einer Fachkraft verlangen. Aufgrund dieser Überlegungen sei auch er nicht bereit, im jetzigen Zeitpunkt die Steuern zu senken.

Den Bedenken, die Stadtrat Beat Sterchi zu den Abschreibungen geäussert habe, halte er entgegen, dass wenn man heute schon wisse, dass im Jahr 2010 und wahrscheinlich im Jahr 2011 sowieso nicht so viel investiert werde wie geplant worden sei, man auch nicht befürchten müsse, dass gerade jetzt Fr. 30,0 Mio. Abschreibungen getätigt werden, die man später bedauern müsste. Auch er gehe nicht von einem Riesensbetrag aus, sondern ihm persönlich gehe es um das System.

**Markus Gfeller:** Stadtrat Fritz Fiechter habe die 1150-Jahr-Feier angesprochen und dabei erwähnt, nicht zu verstehen, weshalb es sich dabei um einen Investitionskredit anstatt um einen Budgetkredit handelt. Dazu halte er fest, dass er materiell gesehen mit dieser Aussage selbstverständlich einverstanden sei. Der Weg des Investitionskredits sei deshalb gewählt worden, um das Geschäft in Form eines Rahmenkredits abwickeln zu können. Damit erhalte man die Freiheit und somit einen zusätzlichen Kontrollmechanismus im Gemeinderat, jeden der fünf Teilanlässe separat zu bewilligen. Im Rahmen des Voranschlages wäre es auch möglich gewesen:

Variante a) In einem Betrag von Fr. 700'000.00, womit ein Kontrollinstrument fehlen würde

Variante b) Im Rahmen des Budgets den Kredit auf die fünf Teilanlässe aufzuteilen. In der betreffenden Budgetphase sei man in Bezug auf die Kostenkenntnisse aber noch nicht so weit gewesen.

Aufgrund dieser Überlegungen sei der Entscheid für den Rahmenkredit gefallen. Damit könne man nun in einer fortgeschritteneren und näher an den Projekten liegenden Budgetphase, die entsprechenden Kosten vom Gemeinderat noch einmal absegnen lassen.

Er habe am vergangenen Wochenende als geladener Gast Gelegenheit gehabt am Stadtfest Dresden teilzunehmen. Die Stadt Dresden habe dieses Fest, ohne ein so grosses Jubiläum feiern zu können, durchgeführt. Dieses Fest finde jährlich statt und koste die Stadt Dresden pro Einwohner wahrscheinlich jedes Jahr mehr, als die Stadt Langenthal pro Einwohner für die 1150-Jahr-Feier ausgabe. In wie fern oder ob die Wirkung des Stadtfestes in Dresden nachhaltiger sei oder nicht, sei ein anderes Thema.

Die noch nicht ausgelösten Investitionen werden mit dem onyx-Geld bezahlt, wogegen die zur Debatte stehende Steuersenkung mit den seither zusätzlich resultierenden Rechnungsüberschüssen bezahlt werde. Diesbezüglich sei nicht von Fr. 100,0 Mio. sondern von den zusätzlichen Fr. 20,0 Mio. die Rede.

Selbstverständlich und wie jedes Jahr basieren die Steuerzahlungen, die bisher eingegangen seien, zum Teil nur auf provisorischen Zahlen. Diese Diskussion sei seiner Meinung nach müssig zu führen, da sie jedes Jahr geführt werden könne. Ein Abwarten bis zum Vorliegen der definitiven Zahlen würde wahrscheinlich nicht nur dem Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) Probleme verursachen, weil der Rechnungsabschluss auch nicht rechtzeitig vorliegen würde.

Was das heute zur Diskussion stehende Abschreibungsmodell betreffe, unterstütze er die Aussagen von Stadtrat Beat Sterchi. Als ehemaliges Mitglied der Finanzkommission finde auch er persönlich das vorherige Modell besser. Aber es sei müssig darüber zu diskutieren, da die neue Finanzkommission sich mit dem Gemeinderat auf das neue Modell geeinigt habe und in zwei Jahren ohnehin vom Kanton vorgeschrieben werde, wie abzuschreiben sei.



Was die Äusserungen von Stadtrat Daniel Steiner betreffe, so halte er fest, dass es selbstverständlich sei, dass Steuersenkungen in kleinen Schritten zu passieren haben. Die FDP habe an und für sich im Jahr 2007 gesagt, dass die Steuern von 1,62 um rund drei Zehntel gesenkt werden können. Es habe halt nun etwas länger gedauert, als gewünscht. Aber schlussendlich zeige sich auch die Strategie, die der Gemeinderat diesbezüglich gefahren sei - man habe jedes Jahr über Steuersenkungen diskutieren können - im Nachhinein als gangbarer Weg.

Speziell gefreut habe ihn die Aussage von Stadtrat Daniel Steiner, dass dem Viertelstundentakt wegen den Bürgerlichen zugestimmt worden sei, womit er klar zum Ausdruck gebracht habe, wo die EVP stehe.

**Gemeinderat Jürg Häusler:** An der Stadtratssitzung vom 28. Juni 2010 (Traktandum Nr. 4) seien für die Finanzierung der 1150-Jahr-Feier Fr. 700'000.00 (Rahmenkredit) zulasten der Investitionsrechnung bewilligt worden. Gemäss Punkt 4. des Beschlusses vom 28. Juni 2010 werden die Nettoausgaben (Fr. 700'000.00/Rahmenkredit) über die Laufende Rechnung 2011 vollständig abgeschrieben werde. Das heisse, dass dies zulasten der Fr. 4,0 Mio., welche direkt mit dem Eigenkapital verrechnet werden, geschehe.

Dass der Gemeinderat das Investitionsvolumen zurückgenommen und einfach ein neues Abschreibungsmeccano eingeführt habe, sei nicht wahr. Das Investitionsvolumen sei immer noch gleich hoch wie in den anderen Jahren auch.

Die Hinweise dagegen, was an Ausgaben im Betrag von rund Fr. 1,4 Mio. noch kommen können und kommen werden, stimmen. Mit grosser Wahrscheinlichkeit werden diese Ausgaben oder ein Teil davon kommen. Aber wie Stadtrat Markus Gfeller vorhin bereits gesagt habe, werde ab dem Jahr 2013 das HRM2 eingeführt, womit nach betriebswirtschaftlichen Abschreibemodis abgeschrieben werden müsse, so dass sich die Situation noch einmal anders darstellen werde.

Im Namen des Gemeinderates wiederhole er den Antrag, dem Voranschlag 2011 zuzustimmen und den unternehmerischen Schritt in die richtige Richtung zu wagen.

## C Beratung der Steueranlage

**Stadtratspräsident Christoph Kuert** stellt zu Händen des Protokolls fest, dass keine Wortmeldungen gewünscht werden, und bittet um Abgabe der Stimme zum **Antrag von Stadträtin Anna Aeberhard, SP/GL-Fraktion** (die Steueranlage bei 1,43 zu belassen):

- **Der Antrag von Stadträtin Anna Aeberhard, SP/GL-Fraktion** (die Steueranlage bei 1,43 zu belassen) **wird mit 24 Stimmen Nein gegen 14 Stimmen Ja (bei 1 Enthaltung) abgelehnt.**

**Stadtratspräsident Christoph Kuert** bittet um Abgabe der Stimme zum **Antrag von Stadtrat Stefan Ryser, SP/GL-Fraktion** (das Abschreibungsmodell, wie es für den Voranschlag 2009 beschlossen worden sei, beizubehalten):

- **Der Antrag von Stadtrat Stefan Ryser, SP/GL-Fraktion** (das Abschreibungsmodell, wie es für den Voranschlag 2009 beschlossen worden sei, beizubehalten) **wird mit 24 Stimmen Nein gegen 15 Stimmen Ja (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.**



## **D Detailberatung des Voranschlags 2011 (seitenweise Durchsicht des Zahlenmaterials/einzelne Budgetpositionen)**

**Stadtratspräsident Christoph Kuert** gibt die seitenweise Beratung der Budgetzahlen (Heft Voranschlag 2011) frei. Er bittet allfällige Wortmeldungen nach entsprechendem Aufruf der jeweiligen Seite anzubringen.

### **Zur Seite 8 (Position 180.365.03/Schlittschuhclub Langenthal AG; Sponsoringbeitrag):**

**Stefan Ryser, SP/GL-Fraktion:** Seit Jahren werde auf ein Reglement, ein Konzept gewartet, das zum Inhalt haben sollte, wie die Vereine die Beiträge erhalten sollen, wie die Benutzungsregelung sei, wie die Benutzungsgebühren ausgestaltet seien etc. Bis heute liege leider immer noch nichts vor.

Unter der Rubrik der Vereinsbeiträge sei ersichtlich, dass unter der Position 166.365.33 für den SCL gegenüber dem Vorjahr mehr Aufwand für die Eismiete enthalten sei. Unter dem Stadtmarketing, in der Position 180.365.03 sei eine Beitragserhöhung von Fr. 25'000.00 für den Schlittschuhclub Langenthal eingestellt. Die SP/GL-Fraktion sei vollkommen damit einverstanden, dass Vereine, die nicht nur regional, sondern auch schweizweit bekannt seien, auch ein Aushängeschild von Langenthal darstellen. Darum sollen diese auch entsprechend honoriert und unterstützt werden. Der Betrag für den SCL im Stadtmarketing (180.365.03) werde - nachdem er in den Vereinsbeiträgen (166.365.33) schon ziemlich erhöht worden sei - aber noch einmal verdoppelt.

**Die SP/GL-Fraktion beantrage, im Stadtmarketing Konto 180.365.03 an Stelle der Fr. 50'000.00 Fr. 25'000.00 entsprechend dem Vorjahr einzustellen.**

Die SP/GL-Fraktion warte auf das erwähnte Konzept des Gemeinderates, in der Hoffnung, dass dieses sowie die Gebührenordnung so rasch komme, dass der Gemeinderat für das Jahr 2011 die Möglichkeit habe, die Fr. 25'000.00 in einem Nachtragskredit zu sprechen, damit auch der SCL nicht unter der momentan laufenden Voranschlagsdebatte leiden müsse. Die SP/GL-Fraktion warte gespannt darauf, dass der Gemeinderat in dieser Angelegenheit vorwärts mache, so dass auch der SCL später zu seinem Geld komme.

**Stadtratspräsident Christoph Kuert** bittet um Abgabe der Stimme zum **Antrag von Stadtrat Stefan Ryser, SP/GL-Fraktion** (im Konto 180.365.03 an Stelle der Fr. 50'000.00 Fr. 25'000.00 entsprechend dem Vorjahr einzustellen):

- **Dem Antrag von Stadtrat Stefan Ryser, SP/GL-Fraktion** (im Konto 180.365.03 an Stelle der Fr. 50'000.00 Fr. 25'000.00 entsprechend dem Vorjahr einzustellen) **wird mit 20 Stimmen Ja gegen 15 Stimmen Nein (bei 4 Enthaltungen) zugestimmt.**

**Stadtratspräsident Christoph Kuert** stellt zu Händen des Protokolls fest, dass keine weiteren Wortmeldungen zum Heft Voranschlag 2011 gewünscht werden.



### III Abstimmung:

#### E Abstimmung über den grau markierten Teil des Beschlussesentwurfs:

Der Stadtrat beschliesst mit 24 Stimmen Ja gegen 14 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung):

##### 1. Der Einwohnergemeinde Langenthal wird Zustimmung beantragt zu folgendem

###### Gemeindebeschluss:

Die Einwohnergemeinde Langenthal beschliesst, gestützt auf Art. 35 Ziff. 1 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 und nach Kenntnisnahme der Botschaft des Stadtrates vom 23. August 2010 - **unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderung in der Position 180.365.03:**

1. Der Voranschlag 2011 der Einwohnergemeinde, mit Aufwendungen von Fr. ~~93'259'703.00~~ **93'234'703.00** und Erträgen von Fr. 87'000'313.00, das heisst mit einem Aufwandüberschuss von Fr. ~~6'259'390.00~~ **6'234'390.00**, wird genehmigt.
2. Im Jahre 2011 sind folgende Gemeindesteuern zu erheben:
  - a) auf den Gegenständen der Staatssteuer (Einkommen, Gewinn, Vermögen, Kapital und Grundstücksgewinn/Sonderveranlagungen gemäss der kantonalen Steuergesetzgebung) das **1,38-fache (bisher 1.43-fache)** der gesetzlichen Einheitsansätze;
  - b) eine Liegenschaftssteuer von **1,0%** (unverändert) des amtlichen Wertes.
3. Die Hundetaxe wird auf **Fr. 100.00** (unverändert) je Hund und Jahr festgesetzt.
4. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

##### 2. Der Entwurf der Abstimmungsbotschaft wird genehmigt.

*(Separater Beschluss = Buchstabe F)*

##### 3. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

#### F Beratung und Abstimmung über den Inhalt der Abstimmungsbotschaft an die Stimmberechtigten

**Stadtratspräsident Christoph Kuert** gibt die Beratung zur Diskussion der Abstimmungsbotschaft an die Stimmberechtigten frei und bittet allfällige Voten nach Aufruf der entsprechenden Seitenzahl einzubringen.

**Daniel Steiner:** Wegen Punkt "6. Beratungen im Stadtrat", wozu der Text noch nicht existiere eine weitere Lesung zu verlangen, finde er übertrieben. **Er wünsche bzw. beantrage, den gestützt auf die heutige Beratung zu verfassenden Text den Fraktionspräsidien zum Gegenlesen und zur Kontrolle zuzustellen.**

**Stadtschreiber Daniel Steiner:** In Namen des Stadtratssekretariates danke er für diesen Antrag. Die Botschaft werde grundsätzlich vom Parlament erlassen. Das Parlament könne das Stadtratsbüro mit der definitiven redaktionellen Ausfertigung der Botschaft beauftragen. Die Stadtverfassung sehe vor, dass die Argumente der Minderheit in angemessener Form in die Botschaft integriert werden (in der Zusammenfassung vorne, sowie im vorliegenden Fall auf Seite 20 hinten). Es wäre der Sache dienlich, wenn das Stadtratsbüro beauftragt würde, die letztendliche Redaktion vorzunehmen. Dem Büro sei es möglich die Fraktionen in die Schlussredaktion einzubeziehen, womit allen Anliegen Rechnung getragen würde.



## Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 23. August 2010

**Beatrice Lüthi:** Etwas pingelig weise sie darauf hin, dass die Argumente und der Wortlaut der Minderheit auch schon im und vom Stadtrat angepasst worden seien. Ohne jemanden beschuldigen zu wollen oder an den Pranger zu stellen, glaube sie sich zu erinnern, dass dies von der EVP/glp-Fraktion verlangt worden sei.

Sie finde es nach wie vor falsch, wenn die Minderheitsargumente vom Parlament geändert werden. Aber hier und jetzt sei es wichtig, einen Grundsatzbeschluss zu fassen, dass es entweder immer so sei oder eben nicht. Wenn der Stadtrat die Botschaft verabschiede, sei es ihr als Mitglied des Stadtrates letztlich wichtig zu wissen, was in dieser Botschaft stehe.

**Sie stelle hiermit keinen Antrag in der Sache, aber einen formellen Antrag, dass es in diesem Sinne einen Grundsatzbeschluss gebe, der klarstelle, dass entweder ab sofort die Minderheitsvoten, Minderheitsanträge oder Minderheitshaltungen in der Abstimmungsbotschaft nicht mehr angepasst werden, oder, dass diese eben angepasst werden und die Abstimmungsbotschaft somit noch einmal vor den Stadtrat kommen müsse.**

**Stadtratspräsident Christoph Kuert** bittet Stadträtin Beatrice Lüthi im Sinne der Klarheit ihren Antrag näher auszuführen.

**Beatrice Lüthi** gibt zu Protokoll, ein Präjudiz zu wollen.

**Daniel Steiner:** Er gebe Beatrice Lüthi Recht, dass die EVP/glp-Fraktion letztes Jahr Antrag auf Abänderung der Abstimmungsbotschaft gestellt habe. Letztes Jahr sei für die Abstimmungsbotschaft eine 2. Lesung durchgeführt worden. Es wäre seiner Ansicht nach korrekt, wenn es auch dieses Jahr eine 2. Lesung geben würde. Er habe das Gefühl gehabt mit seinem Antrag einen für das Verwaltungsverfahren einfacheren Weg gewählt zu haben, **stelle aber nun doch den Antrag auf eine 2. Lesung der Abstimmungsbotschaft.**

**Stadtratspräsident Christoph Kuert** bittet um Abgabe der Stimme zum Antrag von Stadtrat Daniel Steiner, die Budgetbotschaft an die Stimmberechtigten in einer zweiten Lesung - unter Einbezug der Argumente der das Budget ablehnenden Minderheit - definitiv zu Händen der Volksabstimmung am 27./28. November 2010 zu verabschieden.

- **Dem Antrag von Stadtrat Daniel Steiner (2. Lesung der Abstimmungsbotschaft) wird mit 26 Stimmen Ja gegen 8 Stimmen Nein (bei 5 Enthaltungen) zugestimmt.**

**Rudolf Lanz, Mitglied der Finanzkommission:** Im Publikum sei heute der Vorsteher des Finanzamtes Herr René Hubacher anwesend. Herr René Hubacher habe seine Kündigung per Ende Jahr eingereicht, weil er frühzeitig in Pension gehen wolle. Er erlebe Herrn René Hubacher mittlerweile seit zwei Jahren als Mitglied der Finanzkommission. Herr René Hubacher sei immer voller Sachkenntnisse, dabei ruhig, überlegt und hilfsbereit. Herr René Hubacher werde seinem Nachfolger oder seiner Nachfolgerin eine grosse Aufgabe übertragen, so dass sie oder er das, was Herr René Hubacher erreicht habe, nur schwer auch nur werde parieren können. Er danke Herrn René Hubacher ganz herzlich für all die Dienste, die er für die Stadt Langenthal geleistet habe.

**Alle im Saal Anwesenden** schliessen sich dem Dank von Stadtrat Rudolf Lanz an Herrn René Hubacher mit Applaus an.

**Stadtratspräsident Christoph Kuert** unterbricht die Sitzung um **20.00 Uhr** für eine Verpflegungspause von 20 Minuten.



# Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 23. August 2010

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



#### 4. **Städtischer Werkhof; Ersatz des 13-jährigen Unimog UX 100 durch einen neuen Kommunalgeräteträger mit Winterdienstausrüstung; Bewilligung eines Investitionskredites**

##### **I Eintretensfrage:**

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

##### **II Detailberatung:**

**Stadtpräsident Thomas Rufener:** Obwohl im Sitzungssaal gegenwärtig eine Temperatur von ca. 30° Grad herrsche, versuche er das Parlament zu überzeugen, Fr. 160'000.00 zulasten der Investitionsrechnung für ein neues winterdiensttaugliches Fahrzeug zu bewilligen, um den 13-jährigen Unimog UX 100 ersetzen zu können. Der Unimog UX 100 stehe seit 13 Jahren im Einsatz und bilde einen wichtigen Teil der Winterdienstflotte des städtischen Werkhofs. Dass das Fahrzeug - obwohl erst 13 Jahre im Betrieb - bereits ersetzt werden müsse, sei ungewöhnlich. Die Situation sei aber leider so, dass sich für diesen Unimog kein verlässlicher Service- und Unterhaltsdienst mehr organisieren lasse, weil der Fahrzeugtyp seit mehr als 10 Jahren nicht mehr hergestellt werde, was zum Zeitpunkt der Anschaffung aber nicht voraussehbar gewesen sei. Auch die Beschaffung von Ersatzteilen sei heute nicht mehr gesichert, was in Bezug auf die Bereitschaft eines Fahrzeuges im Winterdienst aber entscheidend sei. Aus diesem Grund sei der sofortige Ersatz dieses Unimog UX 100 durch ein geeignetes kommunales Fahrzeug unabdinglich.

Zum Zweck der möglichst genauen Erfassung des zur Anschaffung notwendigen Kredits, sei bereits eine Submission unter geeigneten Anbietern durchgeführt worden. Dabei sei vorgängig auch die obligatorische Prüfung vorgenommen, ob auf dem Markt auch erdgasbetriebene Fahrzeuge erhältlich sind. Die Abklärung habe jedoch ergeben, dass keine geeigneten Fahrzeuge zur Verfügung stehen.

Der Stadtrat habe heute über den knapp über der Finanzierungskompetenzgrenze des Gemeinderates liegenden Kredit von Fr. 160'000.00 zu befinden. Der Gemeinderat beantrage den Zuschlag für das anzuschaffende Fahrzeug zu erteilen, womit das neue Fahrzeug rechtzeitig für die kommende Wintersaison zur Verfügung stehe.

Im Übrigen gelte es zu erwähnen, dass in den Submissionskriterien auch die Rücknahme des Unimog UX 100 eingeschlossen worden sei. Die Finanzkommission und die Bau- und Planungskommission habe dem Geschäft als vorberatende Kommissionen zugestimmt.

**Helena Morgenthaler, GPK-Präsidentin:** Aus Sicht der Geschäftsprüfungskommission liege ein unbestrittenes Geschäft vor, was von den vorberatenden Kommissionen und Instanzen bereits festgestellt worden sei. Im Namen der Geschäftsprüfungskommission, die nebst der formellen Richtigkeit auch positiv festgestellt habe, dass sogar die Beschaffung von einem gas- oder elektrobetriebenen Fahrzeug geprüft worden sei, würdige sie die Vorlage. Allerdings wünsche die Geschäftsprüfungskommission dem heutigen Gemeinderat bei der Auswahl des Fahrzeuges mehr Glück, als dies dem Gemeinderat vor 13 Jahren beschieden gewesen sei.

**Beatrice Greber, SP/GL-Fraktion:** Der Werkhof verrichte für die Stadt sehr wertvolle Arbeit, die oft einfach funktioniere und kaum, oder erst bewusst zur Kenntnis genommen werde, wenn der Einsatz einmal ausbleibe. Soweit dürfe es aber nicht kommen. Vor allem im Winter würde die Lage schnell einmal prekär oder gefährlich. Die SP/GL-Fraktion danke dem Werkhof für den stets grossen und wertvollen Einsatz - oft Tag und Nacht.

Die SP/GL-Fraktion stimme der Anschaffung des neuen Fahrzeuges einstimmig zu, weil der dringende Bedarf seriös abgeklärt worden sei und weil mit dem Ersatz nicht gewartet werden kann, bis es geeignete Fahrzeuge ohne Dieselantrieb gebe.



# Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 23. August 2010

**Helena Morgenthaler:** Ohne Fachfrau zu sein - aber in der Landwirtschaft aufgewachsen - stosse es ihr sauer auf, wenn sie sehe, dass an einem vor 13 Jahren von einem Weltkonzern beschafften Fahrzeug bereits nach 11 Jahren weder Reparaturen vorgenommen, noch Diagnosen gewährleistet werden können. Sie bitte den Gemeinderat auch einheimische Produkte zu prüfen, die in nächster Nähe (Kanton Bern und Zürich) hergestellt werden. In vielen Werkhöfen und Gemeinden würden bereits moderne Traktoren anstelle von teuren Kommunalfahrzeugen zum Einsatz kommen.

**Stadtpräsident Thomas Rufener:** Das Votum von Stadträtin Helena Morgenthaler bedürfe folgender Erläuterung: Wie bereits erwähnt, sei ein Submissionsverfahren im Einladungsverfahren durchgeführt worden, womit geeignete Anbieter - entsprechend dem Pflichtenheft, das die an das Fahrzeug gestellten Anforderungen beschreibe - zur Offerteneingabe aufgefordert worden seien. Dieses Vorgehen sei gewählt worden, um den Kredit definieren zu können und um Zeit zur zeitgerechten Fahrzeugbeschaffung zu gewinnen. Obwohl in diesem Sinne ein Rückkommen auf das bisherige Submissionsverfahren nicht mehr möglich sei, nehme er die Anregung von Stadträtin Helena Morgenthaler gerne entgegen.

### III Abstimmung:

**Der Stadtrat beschliesst mit 39 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):**

1. Dem Ersatz des 13-jährigen Unimog UX 100 durch einen Kommunalgeräteträger wird zugestimmt.
2. Der erforderliche Kredit von Fr. 160'000.00 wird zulasten der Investitionsrechnung, Konto Nr. 305.506.07 bewilligt.
3. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



# Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 23. August 2010

## 5. Wahl eines Mitglieds der Kommission für öffentliche Sicherheit (Ersatzwahl für die per 30. Juni 2010 demissionierte Aysel Güler-Kaya [SP])

### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

### II Detailberatung:

**Pierre Masson, SP/GL-Fraktion:** Die SP/GL-Fraktion schlägt Renato Baumgartner, Doktorand Biochemie (SP), als Ersatzmitglied zur Wahl in die Kommission für öffentliche Sicherheit vor.

### III Abstimmung:

**Der Stadtrat beschliesst mit 38 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung):**

**Baumgartner Renato, Doktorand Biochemie (SP), wird in offener Wahl für den Rest der bis zum 31. Dezember 2012 laufenden Amtsperiode als Mitglied der Kommission für öffentliche Sicherheit gewählt. Die Wahl entfaltet ihre Wirkung mit dem Eintritt der Rechtskraft dieses Stadtratsbeschlusses auf den 6. September 2010.**

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



# Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 23. August 2010

## 6. Wahl eines Mitglieds der Bau- und Planungskommission (Ersatzwahl für den per 30. Juni 2010 demissionierten Markus Zahnd [EVP])

### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

### II Detailberatung:

**Michèle Rentsch-Ryf, EVP/glp-Fraktion:** Die EVP/glp-Fraktion schlägt Manuel Alexander Ischi, dipl. Arch. FH STV (glp), als Ersatzmitglied zur Wahl in die Bau- und Planungskommission vor.

### III Abstimmung:

**Der Stadtrat beschliesst mit 38 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung):**

**Ischi Manuel Alexander, dipl. Arch. FH STV (glp), wird in offener Wahl für den Rest der bis zum 31. Dezember 2012 laufenden Amtsperiode als Mitglied der Bau- und Planungskommission gewählt. Die Wahl entfaltet ihre Wirkung mit dem Eintritt der Rechtskraft dieses Stadtratsbeschlusses auf den 6. September 2010.**

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



## 7. Motion Zurlinden Urs und Lüthi Beatrice (beide FDP) und Mitunterzeichnende vom 10. Mai 2010: Richtlinienmotion - für konstruktives Mitdenken; Stellungnahme

### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

### II Detailberatung:

**Stadtratspräsident Christoph Kuert:** Weil die Stellungnahme zum vorliegenden Vorstoss vom Büro des Stadtrates vorzunehmen sei, übernehme er als Stadtratspräsident die Berichterstattung selber.

Der Vorschlag im Parlament und somit als Instrument der Legislative, die Richtlinienmotion einzuführen, liege nun zum dritten Mal vor. Die Einführung der Richtlinienmotion sei erstmals von Stadtrat Steiner Reto (EVP) in Form eines Postulats am 2. Juni 2002 gefordert worden, welches in der Abstimmung vom 9. September 2002 mit 19 Stimmen Nein gegen 15 Stimmen Ja, bei einer Enthaltung, nicht erheblich erklärt worden sei. In Form eines Antrags von Stadträtin Masshardt Nadine (SP) sei der Vorschlag am 18. August 2008 das zweite Mal in den Stadtrat gekommen. Der Antrag sei am 15. Dezember 2008 mit 23 Stimmen Nein gegen 12 Stimmen Ja, bei einer Enthaltung, abgelehnt worden.

Aus dem Abstimmungsverhalten und auch aus dem Umstand, dass die Vorstösse aus verschiedenen politischen Richtungen stammen, sei zu schliessen, dass es viele Argumente für die Einführung der Richtlinienmotion, aber auch dagegen gebe. Die Abstimmung im Stadtratsbüro an der Sitzung vom 15. Juni 2010 habe mit 2 zu 2 Stimmen zu einem Unentschieden geführt. Im Büro des Stadtrates habe man sich in der folgenden Diskussion darauf geeinigt, den Abstimmungsantrag an den Stadtrat offen zu formulieren bzw. dem Stadtrat keinen vorgefertigten Abstimmungsantrag zu unterbreiten. Damit sei die Entscheidung jedem Stadtratsmitglied selber überlassen, ob es dieses Instrument zur Verfügung haben wolle oder nicht und welchen Nutzen es sich davon verspreche, Einfluss auf die Exekutive zu nehmen oder nicht.

In Art. 34 der Geschäftsordnung des Stadtrates seien die rechtlichen Bedingungen enthalten, die eine Motion zu erfüllen habe. Wenn eine Motion rechtsgültig erklärt überwiesen werde, dann habe sie für die Exekutive den Charakter einer Weisung, womit sie für den Gemeinderat in allen wesentlichen Teilen verbindlich sei und von ihm umgesetzt werden müsse.

Wie allen in guter Erinnerung sei, habe sich in der Vergangenheit häufig die Rechtsgültigkeit einer Motion als Streitpunkt zwischen dem Gemeinde- und dem Stadtrat erwiesen. Die Rechtsgültigkeit sei in Frage gestellt, wenn der Gemeinderat oder seine juristischen Berater der Ansicht seien, dass der Inhalt einer Motion in den Kompetenzbereich des Gemeinderates eingreife. Mit Art. 34 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Stadtrates (Stadtratsbeschluss vom 19. November 2007) habe sich der Stadtrat schliesslich die Kompetenz selber erteilt, über die Rechtsgültigkeit einer Motion bestimmen zu können.

Der Charakter einer Richtlinienmotion bedürfe der Klarstellung, dass sie für die Exekutive keine Weisung darstelle. Sie weise bloss in die Richtung, in die die Politik gehen soll. Sie schaffe eine Begründungspflicht für den Gemeinderat, wenn er von dieser politischen Richtlinie abweichen wolle. Sie stelle keine Beschränkung der Entscheidungskompetenz des Gemeinderates dar und vermindere auch seine Entscheidungsverantwortung nicht.

Wenn die Richtlinienmotion eingeführt würde, würde auch die Diskussion um die Rechtsgültigkeit einer Motion hinfällig. Denn sobald eine Motion in den Kompetenzbereich des Gemeinderates eingreife, würde sie zur Richtlinienmotion. Im Stadtrat würde es aber trotzdem noch Diskussionen im Zusammenhang mit Motionen geben. Nämlich dann, wenn der Gemeinderat zur Ansicht komme, dass eine bestimmte Motion nur als Richtlinienmotion zu betrachten sei, weil sie seinen Kompetenzbereich tangiere.



## Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 23. August 2010

Wenn die vorliegende Motion zur Einführung der Richtlinienmotion erheblich erklärt würde, hätte das Stadtratsbüro folgende Fragen zu klären:

- Wer entscheidet, ob der eingereichte Vorstoss eine Motion im klassischen Sinne oder nur eine Richtlinienmotion ist?
- In welcher Form die Exekutive Rechenschaft darüber abzulegen hat, wenn sie nicht bereit ist, einer überwiesenen Richtlinienmotion zu folgen?
- Hat die Exekutive in jedem Fall zu einer überwiesenen Richtlinienmotion Stellung zu nehmen, auch wenn sie diese befolgen will?
- Muss ein Zeitfenster für Stellungnahmen des Gemeinderates zu Richtlinienmotionen festgesetzt werden?

Die Antworten auf diese Fragen würde die Grundlage für die Reglementsanpassung in Art. 34 Geschäftsordnung des Stadtrates bilden. Die entsprechende Vorlage würde vom Stadtratsbüro zu Händen einer der nächsten Stadtratssitzungen ausgearbeitet

**Urs Zurlinden:** Es könne sein, dass einige unter den Anwesenden die Nase rümpfen, da schon wieder über die Einführung der Richtlinienmotion beraten werden müsse. Er habe Verständnis dafür, wenn wegen eines Geschäftes, das in den letzten 10 Jahren schon zweimal traktandiert gewesen sei und beide Male abgelehnt worden sei, der Kopf geschüttelt werde. Es sehe zugegebenermassen etwas nach Zwängerei und unbedingtem Willen aus, etwas durchbringen zu wollen, was offensichtlich nicht nötig sei. Aber erstens würden heute nicht mehr die gleichen Leute im Parlament sitzen wie damals und zweitens sollte doch auch ein Umdenken möglich sein, wenn entsprechende Einsichten gewonnen worden seien. Niemandem - auch den Politikern nicht - sei es verboten, gescheiter zu werden. Auch falle niemandem ein Stein aus der Krone, wenn heute ein Vorstoss unterstützt werde, der vorher aus einer anderen politischen Ecke gekommen sei.

In seiner beruflichen Laufbahn als Journalist habe er alle drei staatlichen Ebenen (Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene) kennengelernt. Jetzt wo er selber in einem Parlament sitze, sei ihm rasch aufgefallen, dass im Langenthaler Stadtrat deutlich weniger Möglichkeiten bestehen, Einfluss zu nehmen als auf Bundes- oder Kantonebene. Im Stadtrat können zwar Postulate für alles Mögliche und Unmögliches eingereicht werden, aber ein Postulat sei doch nichts anderes als eine unverbindliche Bitte an den Gemeinderat, ein Thema genauer anzuschauen. Weswegen Postulate auch sorgsam in einer Schublade verschwinden können. Mit Interpellationen könne Auskunft um etwas erbeten werden, was aber auch mit einem Telefon erledigt werden könnte. Mit einer Parlamentarischen Erklärung lassen sich grundsätzliche politische Hinweise abgeben. Einerseits sei eine Parlamentarische Erklärung aber wirklich nichts anderes als eine Erklärung und somit eine verbale Meinungsäusserung, die vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen werden könne und worauf er einmal antworten könne. Andererseits könne eine solche Erklärung nur von ständigen Kommissionen und von einer Fraktion, nicht aber von einem einzelnen Parlamentsmitglied eingereicht werden (Art. 39a Geschäftsordnung des Stadtrates). Zudem sei bei den bisher eingereichten Erklärungen sehr rasch ein grosser Mangel festgestellt worden: Der Stadtrat müsse die ganze Erklärung von A bis Z wortwörtlich annehmen oder ablehnen. Nur Teile daraus können nicht bewilligt werden. Da eine Parlamentarische Erklärung aber eben nichts als ein Statement, ein grundsätzlich Hinweis an den Gemeinderat sei und nicht mehr, sei das auch nicht so gravierend.

Eine Richtlinienmotion dagegen sei eine klare und verbindliche Aufforderung an die Exekutive etwas zu unternehmen wie etwa eine neue Rechtsordnung herzustellen, eine bestimmte Massnahme zu ergreifen, oder einen Bericht vorzulegen. Soweit sei eine Richtlinienmotion eben eine Motion. Wenn nun aber die Tätigkeit bzw. der Auftrag, der vom Gemeinderat ausgeführt werden soll, in die Kompetenz des Gemeinderates falle, dann sei es eben nur eine Richtlinie, an der sich der Gemeinderat orientieren sollte. Oder der Gemeinderat müsste erklären und vor allem begründen, weshalb er nicht entsprechend dem Verlangten vorgehen wolle oder weshalb er den Vorschlag nicht als gut erachte und was dagegen spreche. Damit werde ein Bedenken, dass vielleicht gegen das neue Parlamentarische Instrument angeführt werden könnte, widerlegt.



## Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 23. August 2010

An den heutigen Kompetenzen des Gemeinderates würde auch mit der Richtlinienmotion nicht gerüttelt. Wer diesbezüglich das Gegenteil behauptete, liege falsch.

Höchst erstaunlich sei der in den Unterlagen zitierte Entscheid des Regierungsrates vom Juli 1995. Es erstaune, wie sich die Kantonsregierung in die Gemeindeautonomie einmische und sich offenbar um das gute Funktionieren von kommunalen Abläufen Sorgen mache. Auch erstaune bei diesem Elaborat, dass die bernische Obrigkeit den Gemeinden nicht zugestehen wolle, was im Kantonsparlament bestens funktioniere. Das sei doch mehr als nur merkwürdig und nicht nachvollziehbar.

Auch der Stadtrat der Stadt Bern kenne die Richtlinienmotion. Und auch dort sei man offenbar zufrieden mit dem Instrument. Aus der Stellungnahme des stellvertretenden Ratssekretärs, eingeholt von Stadtrat Roland Christen, gehe hervor: *"Grundsätzlich hat sich das Instrument im parlamentarischen Alltag bewährt."* Die im gleichen Schreiben erwähnte Problematik, dass das Parlament nach einem Bericht des Gemeinderates zu einer Richtlinienmotion nichts mehr sagen könne, belege einerseits wieder, dass die Kompetenz der Exekutive eben nicht eingeschränkt werde, andererseits es doch sehr wohl möglich sein sollte, dass der Motionär nach dem Bericht des Gemeinderates noch etwas dazu sagen dürfe, wie dies bei einer Interpellation auch der Fall sei. Damit sei eine Richtlinienmotion doch deutlich mehr, als eine einfache Anfrage, wovon in Bern offenbar ausgegangen werde.

Weiter sei das Bedenken im Stadtratsbüro aufgekommen, dass die Arbeit der Verwaltung mit der Richtlinienmotion gebremst oder erschwert würde. Die Richtlinienmotion sei ein zusätzliches Instrument mit welchem die Position der Stadträte gestärkt würde. Es sei aber zu erwarten, dass weniger Postulate oder Interpellationen eingereicht würden, womit die Belastung der Verwaltung überhaupt nicht tangiert würde.

Für ihn sei die Richtlinienmotion ein Mittel um das zu erreichen, was er mit seinem politischem Engagement erreichen möchte. Er möchte mithelfen die Stadt weiter zu entwickeln. Er möchte dem Gemeinderat damit Inputs für Problemlösungen und Perspektiven geben. Er möchte Ideen liefern und motivieren, konstruktiv und zukunftsorientiert zu arbeiten. Er möchte nicht quängeln und dem Gemeinderat rechthaberisch dreinreden. Er bitte das Parlament die nötigen Rechtsgrundlagen für die Richtlinienmotion ausarbeiten zu lassen und diese in der Geschäftsordnung des Stadtrates aufzunehmen. Manchmal brauche eine gute Idee drei Anläufe, bis sie umgesetzt werde.

**Roland Christen, SVP-Fraktion:** Trotz "Kopfschräg-Halten" bekunde die SVP-Fraktion Mühe mit dem Vorstoss und werde nicht Ja dazu sagen. Stadtrat Urs Zurlinden habe es gesagt, dass in den Jahren 2002 und 2008 im Stadtrat bereits über die Richtlinienmotion diskutiert, darüber abgestimmt und diese schlussendlich abgelehnt worden sei. Im Jahre 2008 habe der damalige Stadtrat Richard Bobst (FDP) gesagt: *"Die Verantwortung des Gemeinderates werde weder mit noch ohne Richtlinienmotion geschmälert. Dementsprechend sei das Parlament mit den vorhandenen Instrumenten bestens ausgestattet, die es erst einmal alle zu Nutzen gelte."* Fast geschlossen habe die FDP/JLL-Fraktion den Vorstoss damals abgelehnt. Nur zwei Jahre später liege nun wieder ein solcher Vorstoss vor. Dem Parlament wolle nun glaubhaft gemacht werden, dass mit der Zustimmung zur Richtlinienmotion im Ratssaal noch mehr politisiert werde, was das gelbe vom Ei sei und, dass mit der Annahme der Motion Zurlinden Urs und Lüthi Beatrice alles offener, transparenter, aussagekräftiger, mitbestimmender und besser werde.

Die SVP-Fraktion lehne den Vorstoss wie bereits in den Jahren 2002 und 2008 einstimmig ab, weil mit der Annahme der Gemeinderat und die Verwaltung einmal mehr für nichts und wieder nichts beschäftigt würde. Das Parlament erhalte am Ende lediglich einen Bericht, zu dem es nicht einmal etwas sagen könnte, womit die Richtlinienmotion den Charakter einer einfachen Anfrage habe, die vom Gemeinderat mündlich beantwortet würde, was im Übrigen auch aus den Informationen der Stadt Bern herausgehe. In der Stadt Bern seien in den Jahren 2008 und 2009 insgesamt zwölf Begründungsberichte ohne eigentliche Beschlussfassung zur Kenntnis genommen worden, was den Sinn dieses Vorstosses in Frage stelle.



Bei einer Interpellation habe der Interpellant bzw. die Interpellantin die Möglichkeit, eine kurze Stellungnahme zur gemeinderätlichen Beantwortung abzugeben. Es bestehe sogar die Möglichkeit, im Rat eine Diskussion auszulösen. Das alles lasse die Beantwortung der Richtlinienmotion nicht zu, womit gegenüber der Interpellation ein Nachteil bestehe.

Es gelte vernünftig zu sein und nun halt auch zum dritten mal Nein zur Richtlinienmotion zu sagen.

**Michèle Rentsch-Ryf, EVP/glp-Fraktion:** Nach knapp zwei Jahren befinde der Stadtrat erneut über das Instrument der Richtlinienmotion. Die EVP/glp-Fraktion sei heute aus anderen Stadträtinnen und Stadträten - sogar mit einer anderen Partei zusammengesetzt als vor zwei Jahren. Zudem habe das Parlament mittlerweile mit der damals neu eingeführten Parlamentarischen Erklärung Erfahrungen sammeln können. Nicht zuletzt aus diesen beiden Gründen habe sich die EVP/glp-Fraktion natürlich eingehend mit der vorliegenden Motion befasst.

Die Presse habe die Katze bereits letzte Woche aus dem Sack gelassen. Trotz dieser veränderten Umstände sei die EVP/glp-Fraktion aber zum gleichen Schluss gekommen, wie vor zwei Jahren und lehne die Motion zur Einführung der Richtlinienmotion einstimmig ab. Die EVP/glp-Fraktion sei der Meinung, dass den Stadträtinnen und Stadträten mit den bereits bestehenden Instrumenten genügend Möglichkeiten für das Einreichen von Vorstössen zur Auswahl stehen und die Mitwirkungsmöglichkeiten auch bei einer Richtlinienmotion nur unerheblich verändert wären. Anstelle einer Richtlinienmotion könne ein Anliegen ebenso gut auch postuliert werden. Wenn der Gemeinderat ein Anliegen nach der Überweisung, der Prüfung und nach politischer Abwägung nicht umsetzen wolle, dann müsse er dies bei beiden Instrumenten nicht machen. Beim Postulat müsse der Gemeinderat den Prüfungsauftrag und das Resultat noch dokumentieren. Bei einer Richtlinienmotion müsste er allenfalls einen Schlussbericht verfassen, was in den Augen der EVP/glp-Fraktion sehr nahe beieinander liege. Ausserdem sei die EVP/glp-Fraktion der Ansicht, dass sich das System mit dem Stadtrat als Legislative und dem Gemeinderat als Exekutive gut bewähre und der Stadtrat damit über genügend Mitsprache- und Mitwirkungsmöglichkeiten verfüge. Die Exekutive der Stadt Langenthal funktioniere gut, weshalb die EVP/glp-Fraktion keinen Grund sehe, in die Kompetenzen des Gemeinderates einzugreifen. Aus diesen Überlegungen empfehle die EVP/glp-Fraktion die Ablehnung der Motion.

**Nadine Masshardt, SP/GL-Fraktion:** Die SP/GL-Fraktion stimme der Einführung der Richtlinienmotion auch in diesem Jahr gestützt auf folgende Argumente zu:

- Die SP/GL-Fraktion wolle für den Stadtrat mehr Gestaltungs- und Mitsprachemöglichkeiten. Mit der Option der Richtlinie könne das Parlament Richtungen vorgeben und gewisse Wegweiser setzen. Wie schon gehört, sei die Richtlinienmotion für den Gemeinderat nicht bindend. Falls dieser aber von der Richtlinie abweichen würde, müsste er dies begründen.
- Die SP/GL-Fraktion wolle in Zukunft ungültige Vorstösse vermeiden und Klarheit schaffen. Es dürfe auch nicht sein, dass Vorstösse aufgeblasen werden, nur um beispielsweise in die Kompetenz des Stadtrates zu fallen.
- Das Instrument der Richtlinienmotion habe sich in verschiedenen Parlamenten bewährt. Im Grossen Rat beispielsweise könne sie dies selber miterleben. Auch im Stadtrat Bern sei die Richtlinienmotion ein erfolgreiches Instrument. Die im Mail des stellvertretenden Stadtratssekretärs der Stadt Bern aufgeführten Schwierigkeiten würden sich nicht 1:1 auf die Stadt Langenthal übertragen lassen. Im Gegensatz zu Bern müsse der Langenthaler Gemeinderat heute nicht innerhalb eines Jahres einen schriftlichen Prüfungsbericht zu einem Postulat erstellen und diesen dem Stadtrat vorlegen.
- Dementsprechend wisse sie auch nicht, was mit ihrem Anfang 2008 einstimmig überwiesenen Postulat zum Bau eines Treppenlifts im Stadttheater im Moment los sei bzw. wo es sich im Moment befinde. Bei einer Richtlinienmotion müsste der Gemeinderat bei Nichterfüllung eines Auftrages begründen, wieso er die Forderung nicht ausführen wolle oder könne.



## Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 23. August 2010

Dass die Richtlinienmotion ein sinnvolles Instrument sei, sei auch jüngst dem Grossen Gemeinderat in Zollikofen bewusst worden. Dieser habe nämlich Ende Mai einen entsprechenden Vorstoss mit 27 zu 8 Stimmen überwiesen. Die Forderung zur Einführung der Richtlinienmotion in Zollikofen sei aber weder von der SP noch von der FDP sondern - man staune - von der SVP eingebracht worden. Dieses Beispiel zeige einmal mehr, dass es sich hier nicht um ein parteipolitisches, sondern ein demokratiepolitisches Anliegen handle.

Die SP/GL-Fraktion unterstütze aus den genannten Gründen die Einführung der Richtlinienmotion und somit den vorliegenden Vorstoss einstimmig und hoffe, dass der Stadtrat die Chance für mehr Mitgestaltung ergreife.

**Patric Opong, FDP/jll-Fraktion:** Auch die FDP/jll-Fraktion habe sich eingehend mit der Richtlinienmotion befasst. Aufgrund von Erfahrungen der letzten Jahre sei auffallend, dass dieses Instrument fehle. Die FDP/jll-Fraktion sei der Meinung, dass die Einflussmöglichkeiten der Stadratsmitglieder auf den Gemeinderat zu klein sei. Viel zu oft würden die in Postulate gewandelten Motionen in der Schublade verschwinden. Die FDP/jll-Fraktion stimme der Erheblicherklärung der Motion einstimmig zu, weil sie Diskussionen um die Gültigkeit von Motionen künftig vermeiden und dabei Zeit sparen wolle.

**Beatrice Lüthi:** Zuerst danke sie der SP/GL-Fraktion, die den Puck gesehen habe, ganz herzlich. Eigentlich gehe es darum, etwas dürfen zu wollen und darum, etwas sagen zu dürfen, so dass nicht die Zuständigkeit und die Kompetenzabgrenzung Gegenstand der Diskussion sei, sondern dass letztlich Sachpolitik betrieben werden könne. Nach dem Dafürhalten der FDP/jll-Fraktion habe der Leidensdruck diesbezüglich zugenommen. Sie erinnere an das konkrete Beispiel des KEB AG-Geschäfts anlässlich der Stadtratssitzung vom 28. Juni 2010, als darüber diskutiert worden sei, ob der Stadtrat kompetent sei dem Gemeinderat Aufträge zu erteilen, oder eben nicht, oder eben nur etwas oder wie's gerade so passt. Sie denke, dass diese Diskussionen mit der Einführung der Richtlinienmotion vermieden werden könnten. Stadtrat Roland Christen habe den ehemaligen FDP-Stadtrat Richard Bobst zitiert. Es möge ja sein, dass Stadtrat Richard Bobst sich dahingehend geäussert habe. Sie habe damals, als es um den Antrag von Stadträtin Nadine Masshardt gegangen sei, als Sprecherin des Büro des Stadtrates figuriert. Nach ihrem Dafürhalten sei vor zwei Jahren, der Leidensdruck auch noch nicht so gross gewesen.

Die Richtlinienmotion wäre ein Instrument und ein Werkzeug, das den Mitgliedern des Stadtrates zur Verfügung stehen würde und von diesen - ohne ein Problem darzustellen - verwendet und eingesetzt werden könnte. Was das Votum von Stadträtin Michèle Rentsch-Ryf betreffe, erscheine es ihr wichtig sich bewusst zu sein, dass niemand von der Richtlinienmotion Gebrauch machen müsse! Niemand müsse eine Richtlinienmotion einreichen, auch müsse diese nicht tel quel bis ins letzte Detail befolgt werden. Zudem würde damit auch nicht in bestehende Kompetenzen eingegriffen, was von Stadtrat Urs Zurlinden bereits schön langsam und deutlich gesagt worden sei.

Auch sie habe auf etwas mehreren Stufen Erfahrungen sammeln können. Heute habe sie Vorstösse auf dem Pult gehabt, die diese Woche in den Bundesrat gehen werden. Ohne an dieser Stelle allzu fest ins Detail gehen zu wollen, erwähne sie den Vorstoss, womit vom Bundesamt für Gurkenzucht verlangt werde, eine Wegleitung anzupassen, oder den Vorstoss, womit verlangt werde, dass in die Verordnung über die Gurkenzucht ein neuer Artikel aufgenommen werde. Der Bundesrat schreibe nun nicht im Sinne von: *"Nein, das geht dich nun aber so was von nichts an liebes Parlamentsmitglied!"*, sondern der Bundesrat nehme dazu materiell und politisch Stellung und stelle am Schluss einen Antrag. An und für sich lasse sich sagen, dass - ob nun etwas in der Verordnung oder im Reglement über die Gurkenzucht stehe - es eigentlich um die Sache gehe. Als Motionäre möchten sie gerne mit einer Richtlinienmotion die Sache wieder in den Vordergrund stellen, um nachher nicht wieder - anders als von ihr beim KEB AG-Geschäft am 28. Juni 2010 ausgedrückt - "semantisch laubsägen" zu müssen.



# Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 23. August 2010

## III Abstimmung:

**Der Stadtrat beschliesst mit 23 Stimmen Ja gegen 15 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung):**

- 1. Die Motion Zurlinden Urs und Lüthi Beatrice (beide FDP) und Mitunterzeichnende vom 10. Mai 2010: Richtlinienmotion - für konstruktives Mitdenken wird erheblich erklärt.**
- 2. Das Büro des Stadtrates wird beauftragt, im Sinne der Beratungen anlässlich der Stadtratssitzung vom 23. August 2010 eine Vorlage zur Änderung der Geschäftsordnung des Stadtrates auszuarbeiten und diese dem Stadtrat anlässlich einer nächsten Sitzung zur Beschlussfassung vorzulegen.**

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



**8. Postulat Lüthi Beatrice (FDP) und Freudiger Patrick (SVP) vom 10. Mai 2010: "Begegnungszone" Jurastrasse, Theatersträsschen, untere Marktgasse (Prüfung der Unterbreitung des Geschäftes an den Stadtrat zur Beratung und Beschlussfassung); Stellungnahme<sup>1</sup>**

**I Eintretensfrage:**

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

**II Detailberatung:**

**Stadtpräsident Thomas Rufener:** Im Grundsatz könne die Diskussion zum vorangegangene Traktandum eigentlich weitergeführt werden. Auch möchte er sich dafür entschuldigen, dass der Leidensdruck in der Stadtpolitik am steigen sei. Aber im vorangegangenen Traktandum sei ja nun ein Beschluss gefasst worden, mit dem dieser Problematik begegnet werden könne ...

Die Beratung des vorliegenden Postulats sei anlässlich der Stadtratssitzung am 28. Juni 2010 (Traktandum Nr. 8) aufgrund der damals vorgerückten Stunde mit dem Einverständnis der Postulanten von der Traktandenliste abgesetzt und auf die heutige Sitzung verschoben worden.

Es gehe um die Prüfung der freiwilligen Unterbreitung des Geschäftes (der Einführung einer Begegnungszone im Bereich Jurastrasse, untere Marktgasse und Theatersträsschen) und somit um die freiwillige Unterbreitung des Geschäftes zur Beratung und Beschlussfassung an den Stadtrat. In einem gewissen Sinne gehe es um ein Lehrstück, weil schon der Postulatstext darauf hin zeige, dass sich auch die Postulanten fast eines Tricks bedienen mussten, indem sie geschrieben haben, dass eine freiwillige Unterbreitung zu prüfen sei.

Auch hier komme er auf die Frage der Zuständigkeit und Kompetenz zurück. Der Gemeinderat gehe davon aus, dass er laut Stadtverfassung für die Geschäfte zuständig sei, die er eben zu erledigen habe. Der Gemeinderat gehe auch davon aus, dass er nicht nach einer freien Auswahl Geschäfte, für die er zuständig sei - und der Gemeinderat sei nach wie vor der Überzeugung für die Einführung von Verkehrsregimes zuständig zu sein, weil das in der Stadtverfassung keinem anderen kompetenten Organ zugewiesen sei - eine freiwillige Delegation vornehmen wolle und vornehmen soll.

Der Gemeinderat habe bekanntlich beschlossen, in der Jurastrasse (ab Einmündung Aarwangenstrasse bis zur Kurve vis-à-vis Coop) in der unteren Marktgasse und im Theatersträsschen das Verkehrsregime einer Begegnungszone einzuführen. Damit soll insbesondere dem heute zwar funktionierenden, im Stadtrat aber schon gelegentlich monierten Verkehrszustand im Übergang der unteren Marktgasse zum Wuhrplatz begegnet werden. Der Gemeinderat wolle diesem Zustand einen legalen Punkt versetzen, weil das heute bestehende Regime zwar feststellbar funktioniere, aber aufgrund fehlender Fussgängerstreifen nicht legal sei. Der Gemeinderat gehe auch davon aus, dass er - in Verbindung und Koexistenz aller Verkehrsteilnehmer und dabei auch in Bevorzugung der Fussgänger - eine funktionierende Lösung für die Verbindung zum Wuhrplatz anbieten könne.

Wie bereits erwähnt, liege die Anordnung des Verkehrsregimes im Kompetenzbereich des Gemeinderates und entspreche der Zuständigkeitsregelung der Stadtverfassung der Stadt Langenthal, die vom Stadtrat Langenthal - allerdings nicht in der heutigen Zusammensetzung - und vom Langenthaler Stimmvolk so eingesetzt worden sei. Gestützt darauf wolle der Gemeinderat keine Geschäfte freiwillig zurückdelegieren.

Der Gemeinderat gehe im Übrigen aber auch von der Tatsache aus, dass das geplante Strassenbauprojekt Jurastrasse sachlich keinen direkten Zusammenhang mit dem Verkehrsregime habe, weil einerseits das Projekt Verkehrsregime neutral ausgestaltet werde, und andererseits, weil der Perimeter dieser beiden Geschäfte nicht deckungsgleich sei. Der Umbau der Jurastrasse betreffe die Jurastrasse und beinhalte eigentlich die Wiederherstellung der Strasse nach den grossen baulichen Massnahmen im Raum untere Marktgasse. Das Verkehrsregime betreffe inklusive die untere Marktgasse auch das Theatersträsschen.

<sup>1</sup> Bereits an Stadtratssitzung vom 28. Juni 2010 traktandiert (Traktandum Nr. 8); Behandlung aufgeschoben



Der Gemeinderat gehe auch davon aus, dass - sollte mit dem in seiner Kompetenz eingeführten Regime unerwarteterweise schlechte Erfahrungen gemacht werden - er dieses auch wieder korrigieren könnte. Insbesondere aus der Tatsache heraus, dass die baulichen Massnahmen Verkehrsregime-neutral seien. Mehrfach sei Rücksprache mit dem Polizeiinspektorat genommen worden, welches versichert habe, dass es einzig darum gehe, die entsprechende Signalisierung vorzunehmen. Unter Signalisierung werde die Bezeichnung der Eingangsbereiche mit entsprechenden Signalen verstanden.

Aus diesen Gründen sehe sich der Gemeinderat veranlasst, dem Stadtrat das Postulat zur Ablehnung zu empfehlen. Materiell gehe es nicht um die Frage der Prüfung der Begegnungszone, sondern es gehe um die Frage der freiwilligen Delegation des Geschäftes an den Stadtrat. Die Prüfung der Begegnungszone sei vom Gemeinderat materiell bereits vorgenommen worden, wie aus dem entsprechend eingeholten Gutachten hervorgehe.

Er habe während der Pause am heutigen Abend vernommen, dass wahrscheinlich morgen in den Medien zu lesen sein werde, warum möglicherweise ein weiteres Mal - und dies im Gegensatz zu allen Wünschen, die zum Traktandum Nr. 2 (Finanz- und Investitionsplan 2011 - 2015) geäussert worden seien - eine geplante Investition nicht plangemäss zur Umsetzung kommen werde.

**Patrick Freudiger:** Die Stadtratssitzung eigne sich wahrscheinlich nicht, um juristische Diskussionen zu führen. Die anstehende juristische Diskussion werde aber, das könne er bereits verraten, vor dem Regierungsrat geführt. Heute seien Beschwerden beim Regierungsrat eingegangen. Es handle sich dabei einerseits um eine Beschwerde gegen den Kreditbeschluss des Gemeinderates zur Umgestaltung der Jurastrasse von Fr. 995'000.00, andererseits um eine Einsprache betreffend die baulichen Massnahmen und schliesslich auch um eine Beschwerde gegen die Signalisationsänderung, welche allerdings an den Gemeinderat gerichtet sei, weil diese vorerst erst in der Kommission beschlossen worden sei. Die Stadt Langenthal habe die Beschwerden, welche heute beim Regierungsrat eingereicht worden seien, ebenfalls heute Nachmittag zur Kenntnis erhalten. Der Gemeinderat müsse also nicht erst morgen aus der Presse von den Beschwerden erfahren, da sie bereits in der Stadtverwaltung abgegeben worden seien.

Er und seine Mitpostulantin seien der Ansicht, dass der Stadtrat für die Bewilligung des Kredites zuständig sei. Dem Gemeinderat werde damit gar nichts weggenommen, da der Gemeinderat diese Kompetenz gar nicht habe, weil es nicht allein um eine Ausgabe im Zusammenhang mit einer Basiserschliessungsanlage gehe, sondern, weil das Geschäft mit einer Änderung des Verkehrsregimes kombiniert sei, womit eine allgemeine Finanzkompetenz von Fr. 150'000.00 anwendbar sei. Weiter werde befürchtet, dass der budgetierte Kredit von Fr. 995'000.00 zu tief angesetzt sei. Zudem werde die Einführung einer Begegnungszone in der Jurastrasse als unverhältnismässig und als mit übergeordnetem Gemeinderecht nicht vereinbar erachtet.

Wie bereits erwähnt, wolle er an dieser Stelle keine juristische Diskussion führen. Es gehe ja um das Postulat und somit um eine politische Angelegenheit. Mit dem Postulat werde beabsichtigt, eine möglichst breite Einbindung von Parlamentariern (Volksvertretern) zu schaffen um diesen die Gelegenheit zum Mitreden zu ermöglichen. Für Stadtratsmitglieder habe diese Gelegenheit nicht bestanden.

Er verweise auf den urdemokratischen Grundsatz, dass vier Augen mehr sehen als zwei Augen und, dass die Einbindung vieler Leute letztlich der Qualität von Entscheidungen förderlich sei. Normalerweise werde dieses Prinzip in Langenthal auch eingehalten. Er erinnere an das Traktandum Nr. 4 der heutigen Sitzung, in welchem ein Unimog für Fr. 160'000.00 beschlossen worden sei. Jetzt werde über die Umgestaltung des Stadtzentrums geredet. Kostenpunkt mindestens Fr. 995'000.00 und dazu solle der Stadtrat nichts sagen können. Seiner Meinung nach stimmen da die Proportionen nicht, vor Allem wenn man sich vor Augen führe, dass es mit den baulichen Massnahmen und mit der Änderung des Verkehrsregimes um eine sehr weitreichende Umgestaltung des Stadtzentrums gehe.



## Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 23. August 2010

Jetzt gebe es allerdings ein Problem. Er und seine Mitpostulantin haben eine Diskussion bewirken und eine Einbindung schaffen wollen. Die Sachlage präsentiere sich nun aber wie folgt: Die Signalisation der Begegnungszone sowie die Bauvorhaben seien bereits publiziert. Wie er übrigens erst vor kurzem erfahren habe, sei der massgebliche Kredit für alle diese Massnahmen vom Gemeinderat auch bereits gesprochen worden. Er und seine Mitpostulantin stellen also fest, dass eine faire Diskussion, ohne Sachzwänge und ohne Scheuklappen unter den gegebenen Bedingungen nicht mehr möglich sei. Aufgrund des fragwürdigen Vorgehens der Stadt müsse ihres Erachtens zudem befürchtet werden, dass eine Abstimmung über das Postulat, dem Vorgehen eine falsche Legitimation verleihen könnte. Aus diesem Grund **ziehen er und Stadträtin Beatrice Lüthi das Postulat zurück**. Das Thema werde allerdings aktuell bleiben, da der Regierungstatthalter noch über die Beschwerden zu befinden habe. Vielleicht ergebe sich dadurch doch noch eine Möglichkeit, dass sich das wirklich zuständige Organ zu diesem Thema in diesem Saal noch äussern können.

### III Abstimmung:

Keine Abstimmung

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



9. **Postulat Wyss Kurt (FDP) und Mitunterzeichnende vom 10. Mai 2010: Sanierung der Markthalle Langenthal (Prüfung von Renovationsmassnahmen für die sanitären und elektrischen Vorrichtungen sowie für die Küchenanlagen, zur Befriedigung der heutigen Betriebsbedürfnisse); Stellungnahme**

**I Eintretensfrage:**

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

**II Detailberatung:**

**Stadtpräsident Thomas Rufener:** Der Gemeinderat sei klar der Auffassung, das Postulat gutzuheissen. Allerdings müsse man sich bewusst sein, dass die Markthalle eben eine Markthalle sei, worin Marktveranstaltungen durchgeführt worden seien. Die Markthalle befinde sich zonenrechtlich gesehen, auch in der Zone für öffentliche Nutzung.

Ausgehend von den heutigen Betriebsbedürfnissen - nicht zuletzt deswegen habe der Gemeinderat die Ausarbeitung eines Gesamtkonzeptes über das ganze Markthallenareal in Auftrag gegeben - bestehe die Situation - ähnlich wie beim Chrämerhuus bei der Jurastrasse - dass in dieser Halle, die eigentlich für andere Zwecke gebaut worden sei, Anlässe stattfinden. Für diese Anlässe seien die sanitären und elektrischen Einrichtungen nicht zweckmässig, weshalb für viele dieser Anlässe weitere Provisorien nötig werden (Beispiel: externe WC-Anlagen).

Obwohl die Ausarbeitung einer Gesamtkonzeption bereits laufe, finde der Gemeinderat die Prüfung des Anliegens zweckmässig. Allerdings gehe der Gemeinderat davon aus, dass Anpassungen im Rahmen der Langfristigkeit in Betracht gezogen werden können, um allfällige Veränderungen auf die Gesamtkonzeption abzustimmen. Es gehe also um die Prüfung und darum allenfalls das Nötigste zu machen. Aus der Markthalle in der heutigen Form werde jedoch keine Eventhalle entstehen, die à la Discretion gebraucht werden könne.

**Kurt Wyss:** Für die Bereitschaft sich mit dem Anliegen zu befassen, danke er dem Gemeinderat. Die Erheblicherklärung des Postulats würde heissen, dass man parat sei dieses Thema anzugehen. Dementsprechend sei er mit der Aussage des Stadtpräsidenten zufrieden.

**Markus Gfeller, FDP/jll-Fraktion:** Die FDP/jll-Fraktion habe den Vorstoss beraten und sehe es ähnlich wie der Gemeinderat, dass das Anliegen offene Türen einrenne. Das freue ihn als Fraktionspräsident aber auch persönlich, weil auch er hin und wieder an Anlässen in der Markthalle beteiligt sei. Das Stadtbauamt habe zum Postulat einen ausführlichen Bericht ausgearbeitet, worin stehe, dass es ein Entwicklungskonzept für das Markthallenareal gebe, welches vom Gemeinderat im kommenden Herbst beraten werden könne. Nebst dieser Angabe möchte er vom Stadtpräsidenten nun aber noch wissen, wie der Zeithorizont aussehe bzw. wann der Stadtrat mit entsprechenden Informationen rechnen könne.

**Luzia Bossard, SP/GL-Fraktion:** Auch die SP/GL-Fraktion sei damit einverstanden, die dringendsten und nötigsten Sanierungen in der Markthalle zu prüfen, wenn dies in dem Sinne geschehe, dass die weitere Entwicklung für eine zukünftige Gestaltung des Areals nicht blockiert werde.

**Stefan Grossenbacher, SVP-Fraktion:** Die SVP-Fraktion teile die Meinung, das Anliegen zu prüfen. Im Wissen das jede Überarbeitung und Ausarbeitung eines Plans über ein ganzes Areal viel Zeit brauche, erachte die SVP-Fraktion diesen Zwischenschritt als angebracht.

**Daniel Steiner, EVP/glp-Fraktion:** Das Postulat werde auch von der EVP/glp-Fraktion unterstützt, obwohl es nur eine punktuelle Sanierung und somit lediglich ein "Pflästerli" für die Märithalle darstelle. Der EVP/glp-Fraktion sei deshalb das Vorantreiben des Nutzungs- und Entwicklungskonzeptes wichtig, insbesondere natürlich die von der EVP lancierte Idee, allenfalls einen Saalbau auf diesem Areal anzusiedeln.



# Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 23. August 2010

**Stadtpräsident Thomas Rufener:** Beim Mühleareal habe sich der Gemeinderat konzeptionelle Gedanken gemacht, mit welchen er in einem weiteren Schritt an den Stadtrat herangetreten sei. Wie beim Markthallenareal vorgegangen werden soll, sei noch offen, weil der Gemeinderat - wie den Akten entnommen werden könne - das Markthallenarealkonzept noch nicht zur Kenntnis habe nehmen können. In diesem Sinne sei auch das weitere Vorgehen noch nicht definiert. Man könne aber davon ausgehen, dass wenn der Gemeinderat das Konzept zur Kenntnis bekommen habe, er nachher entsprechende weitere Schritte beschliessen werde, womit mindestens im kommunikativen Bereich auch der Stadtrat betroffen sein werde. Ein genauerer Zeithorizont könne zum jetzigen Zeitpunkt aber noch nicht definiert werden.

### III Abstimmung:

**Der Stadtrat beschliesst mit 39 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):**

- 1. Das Postulat Wyss Kurt (FDP) und Mitunterzeichnende vom 10. Mai 2010: Sanierung der Markthalle Langenthal (Prüfung von Renovationsmassnahmen für die sanitären und elektrischen Vorrichtungen sowie für die Küchenanlagen, zur Befriedigung der heutigen Betriebsbedürfnisse) wird erheblich erklärt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



## 10. Postulat Zurlinden Urs und Lanz Rudolf (beide FDP) und Mitunterzeichnende vom 10. Mai 2010: Alterszentrum Haslibrunnen (Prüfung geeigneter Rechtsformen und Trägerschaften, inklusive Darstellung der Vor- und Nachteile von öffentlichrechtlichen, privatrechtlichen und gemischtwirtschaftlichen Trägerschaften (Immobilien und/oder Betrieb); Stellungnahme

### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

### II Detailberatung:

**Gemeinderat Reto Müller:** Den Postulanten danke er für die Einreichung des Vorstosses herzlich, da der Gemeinderat damit die Gelegenheit erhalte, dem Stadtrat Informationen zur gesamten Altersversorgung abzugeben. Das Thema "Altersfrage" und "Altersvorsorge" werde früher oder später alle einmal betreffen. Um dem Thema die richtige Gewichtung zu geben, erlaube er sich, seine Ausführungen mittels der bereits am Altersgipfel der FDP am 8. März 2010 gezeigten Präsentation zu dokumentieren.

Die Form der Trägerschaft sei ein Teil des gesamten Konzepts, das vom Gemeinderat in Sachen Wohnen und Pflege im Alter erarbeitet worden sei. Es gehe heute darum transparent aufzuzeigen, welche Schritte geplant seien und wohin diese in Bezug auf die neue Pflegefinanzierung führen werden.

Informationen im Stadtrat  
Altersheime – öffentlich oder privat?

stadtlangenthal

Alterszentrum Haslibrunnen –  
ein Langenthaler Kompetenzzentrum für Seniorinnen und Senioren



### «Wohnen im Alter - Langenthal»

Mit welcher Situation sind wir heute konfrontiert?

stadtlangenthal

Pflegeplätze im Kanton Bern	15'500	Versorgungsgrad
Bevölkerung 80+ im Jahr 2009 im Kanton Bern	55'357	28 %
Bevölkerung 80+ im Jahr 2030 im Kanton Bern	88'103	17,6 %
<b>Zielgrösse:</b> Durchschnittlicher Versorgungsgrad 2030 (Kontingent/Anzahl 80+)		17,6 %
<b>Versorgungssituation im Oberaargau</b>		
Anzahl Gemeinden	52	
Bevölkerungszahl	77'185	
Bevölkerung 80+ im Jahr 2009	4'495	
Bevölkerung 80+ im Jahr 2030	7'152	
Anzahl Institutionen		
öffentliche Institutionen 11		
private Institutionen 12	Total 23	

In Bezug auf die im Postulat erwähnte Rechtsform verweise er auf die 23 im Moment im Oberaargau bestehenden Institutionen, wovon 11 öffentlich und 12 privat organisiert seien.

Im Kanton Bern gebe es 309 Pflege- und Altersheime. Rechtsform/Trägerschaft (Stand Mai 2010):

87 Aktiengesellschaften; 3 Burgergemeinden; 12 Gemeinden (wie Langenthal); 14 GmbH; 10 Genossenschaften; 28 Gemeindeverbände; 2 Kollektivgesellschaften; 38 in Privatbesitz; 61 Stiftungen und 54 Vereine.

Die Prüfung der Trägerschaft sei für den Gemeinderat sehr wichtig. Das Potpourri der Möglichkeiten in diesem Bereich zeige aber, dass nicht nur diese Frage der Klärung bedürfe.



stadtlangenthal

## «Wohnen im Alter - Langenthal» Mit welcher Situation sind wir heute konfrontiert?

Versorgungssituation in der Planungsregion Langenthal u.U.

Pflegeplätze	Versorgungsgrad	Bewilligte Plätze	Betriebene Betten	Belegte Betten
Soll 2009	28.0 %	445		
Ist 2009	18.9 %	300	275	270
Differenz	- 9.1 %	-145		
Soll 2030	17.6 %	478		

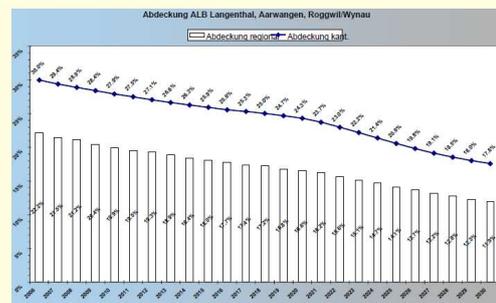
Gemäss den Kennzahlen des Kantons aus dem Jahre 2006 sollte die Abdeckung für die über 80-Jährigen ca. 30% betragen.

Die Planungsregion Langenthal und Umgebung, in der die Stadt Langenthal den Lead habe, befinde sich heute bei 22,2% und bewege sich auf der blauen Linie auf 17,6% zu. Mit der jetzigen Anzahl Pflegebetten könnten nur 11,9% abgedeckt werden. Diese Differenz gelte es aufzuholen.

Der Spielraum werde vom Kanton einerseits mit dem Sozialhilfegesetz und andererseits mit dem Altersleitbild vorgegeben.

stadtlangenthal

## «Wohnen im Alter - Langenthal» Mit welcher Situation sind wir heute konfrontiert?



stadtlangenthal

## «Wohnen im Alter - Langenthal» Die Stadt als Planerin, Gestalterin, Verantwortungsträgerin

### Sozialhilfegesetz des Kantons Bern vom 11. Juni 2001

Art. 58 **Institutionelle Leistungsangebote** (u.a. Pflege und Therapie)

Art. 59 **Bedarfserhebung und Planung** (auf der Basis der Grunddaten der Gemeinden)

Art. 68 **Angebote für pflege- und betreuungsbedürftige sowie ältere Menschen**

Die Gesundheits- und Fürsorgedirektion stellt in Zusammenarbeit mit den Gemeinden die erforderlichen Angebote für pflege- und betreuungsbedürftige sowie ältere Menschen bereit.

stadtlangenthal

## «Wohnen im Alter - Langenthal» Alterspolitik 2005

### ALTERSPOLITIK 2005: Ziele UND Wege ZUM ZIEL.



Zusammengefasst werde damit schon ausgedrückt, dass es verschiedene Rechtsformen (private wie auch öffentliche) gebe, die als Träger von solchen Institutionen zulässig seien.



# Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 23. August 2010

stadtlangenthal

## «Wohnen im Alter - Langenthal» Altersleitbild



- ✓ Neukonzeption des Tagesheims (TABEO)
- ✓ 24-Stunden-Angebot der Spitex
- ✓ Neues Betriebskonzept in den Alterswohnungen
- ✓ Ausbau des warmen Mahlzeitenangebots
- ✓ Verkehrsinstruktionen für Senioren
- ✓ Zentrale Informations- und Anlaufstelle
- ✓ Koordination unter den Dienstleistern im Altersbereich
- ✓ Hilfs- und Tauschbörse "Seniorebrügg"

Die Stadt Langenthal habe als eine von 300 Gemeinden (von insgesamt 390 Gemeinden) bereits im Jahr 2005 ein Altersleitbild erstellt.

Die erwähnten Punkte zeigen das bereits Umgesetzte.

Die Strategie des Gemeinderates leite sich aus dem Altersleitbild und den kantonalen Vorgaben ab.

stadtlangenthal

## «Wohnen im Alter - Langenthal» Strategie 2007 des Gemeinderates

**Unbeschwertes, unabhängiges Wohnen im eigenen Haus/in der eigenen Wohnung**  
Kein Kerngeschäft der öffentlichen Hand

**Unbeschwertes, unabhängiges Wohnen in Alterssiedlungen und Alterswohnungen**  
Die Stadt Langenthal ist nach dem Subsidiaritätsprinzip dort aktiv, wo nicht Dritte in Erscheinung treten

**Körperlich beschwertes, pflegeabhängiges Wohnen im eigenen Haus/in der eigenen Wohnung**  
Spitex-Angebote

stadtlangenthal

## «Wohnen im Alter - Langenthal» Strategie 2007 des Gemeinderates

**Körperlich beschwertes, pflegeabhängiges Wohnen in Alterssiedlungen und Alterswohnungen**  
Teilbetreuung der Senioren und Seniorinnen, verbunden Mittagstisch und Notrufsystem (erhöhter Sicherheitsbedarf) = Neukonzeption der bestehenden Alterssiedlungen

**Pflegebedürftiges Wohnen in einer stationären Einrichtung**  
Sanierung und Erweiterung des Alterszentrums Haslibrunnen

stadtlangenthal

## «Wohnen im Alter - Langenthal» Regionale Altersplanung – Arbeitsgruppe Altersfragen



Die Region Oberaargau ist in **5 Altersleitbildregionen** eingeteilt.

Aarwangen, Bannwil, Roggwil, Schwarzhäusern, Thunstetten und Wynau gehören zur Altersleitbildregion Langenthal.

Die Stadt Langenthal übernimmt darin den Lead.

Der Grund für die bestehende Unterdeckung in der Region sei der, dass die Alterszentren früher anders geplant worden seien. Beispielsweise sei ein oberaargauisches Pflegeheim mit über 300 Plätzen im Wiedlisbach gebaut worden. Von diesem Modell komme man heute weg. Die Leute wollen im Alter nicht im Jura wohnen. Der Gemeinderat sei deshalb überzeugt, dass wer in Langenthal lebe und gelebt habe, auch seinen Lebensabend in Langenthal verbringen dürfen sollte.

Langenthal sei nicht nur wegen den tiefen Steuern, sondern auch wegen dem bestehenden Pflege- und Betreuungsangebot ein attraktiver Ort. Langenthal verzeichne einen grossen Zuzug von Seniorinnen und Senioren aus der Region, weil sich in Langenthal ein Spital befinde und weil in Langenthal sehr stark daran gearbeitet werde, die hausärztliche Grundversorgung sicherzustellen.



# Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 23. August 2010

stadtlangenthal

## «Wohnen im Alter - Langenthal» Richtlinien zur Regierungstätigkeit



### Ziele 2009 - 2012

Sicherstellung eines gut ausgebauten stationären Pflege- und Betreuungsangebotes für Seniorinnen und Senioren

Überprüfung der Organisation der Beschäftigungsprogramme und der städtischen Heime (Kinderheim, Alterszentrum Haslibrunnen)

Die Überprüfung der Organisation städtischer Heime sei vom Gemeinderat in den Regierungsrichtlinien 2009 - 2012 bereits als Ziel definiert worden.

Das eingangs erwähnte, vom Gemeinderat in Sachen Wohnen und Pflege im Alter erarbeitete Gesamtkonzept enthalte:

stadtlangenthal

## «Wohnen im Alter - Langenthal» Integriertes Konzept

### Unbeschwertes, unabhängiges Wohnen in den eigenen 4 Wänden

Kein Kerngeschäft der Stadt. Sie ist indirekt aktiv (Mithilfe bei Standortsuche, Beratung in der Planungsphase, etc.).

### Unbeschwertes, unabhängiges Wohnen in den eigenen 4 Wänden

Gemäss dem Subsidiaritätsprinzip ergänzend zu Dritten:

- Projekt CoOpera (St. Urbanstrasse): **Verwaltung und Betrieb von Alterswohnungen**, gebaut für verschiedene Alterspflegestufen (keine bis mittlere Einschränkungen) durch das **Alterszentrum Haslibrunnen**
- Alterswohnungen Schützenstrasse 4: Kauf (Stadt), Verwaltung und Betrieb (keine bis mittlere Einschränkungen) durch das Alterszentrum Haslibrunnen
- Kooperationen mit der Stiftung für Alterswohnungen, mit dem "Lindenhof" (Erläss Darlehen), etc.

stadtlangenthal

## «Wohnen im Alter - Langenthal» Integriertes Konzept

### Pflegebedürftiges Wohnen in einer stationären Einrichtung

Sanierung und Erweiterung des Alterszentrums Haslibrunnen um mindestens 55 Plätze

Rückkauf des Restwertes des bestehenden Heimgebäudes sowie die Sanierung und Erweiterung des Alterszentrums Haslibrunnen nicht über Drittinvestoren, sondern aus eigenen Mitteln der Stadt

Schaffung einer neuen Rechtsform für das Alterszentrum Haslibrunnen Kooperationen

stadtlangenthal

## «Wohnen im Alter - Langenthal» Vision Alterszentrum Haslibrunnen 2013/2014



### AzH morgen

- Alterswohnungen Coopera
- Neubau AzH 55 Pl.
- Kauf der Baumann Liegenschaften

stadtlangenthal

## «Auswirkungen» auf die Stadt Langenthal und die Region



### Erfüllung des Leitsatzes Wohnen

Bei Neu- und Umbauten in der Stadt werden die Anliegen von älteren Menschen berücksichtigt.

Die Stadt Langenthal unterstützt Massnahmen, die es Seniorinnen und Senioren ermöglichen, so lange wie möglich in ihrem angestammten Quartier zu leben.

Die Stadt Langenthal fördert zeitgemässe, bedürfnisgerechte Alterswohnungen(-siedlungen).

Der Gemeinderat wolle die Rechtsform prüfen, und beantrage die Erheblicherklärung des Postulats.



**Urs Zurlinden:** Es sei doch schön, wenn sich der Gemeinderat für einen Vorstoss bedanke. Er bedanke sich seinerseits beim Gemeinderat dafür, dass dieser das Postulat entgegennehmen möchte.

Der Grund weshalb das Postulat überhaupt eingereicht worden sei, basiere auf der Idee, für das Alterszentrum Haslibrunnen möglicherweise eine neue Trägerschaft vorzuschlagen. Etwas halte er an dieser Stelle mit aller Deutlichkeit fest: Das städtische Altersheim Haslibrunnen sei sehr gut geführt. Es seien keinerlei Hinweise bekannt, dass in der heutigen Führung oder in der Organisation etwas geändert werden soll. Wogegen eine andere Trägerschaft oder eine andere Rechtsform aus folgenden Überlegungen möglich wäre:

- Unbestritten bleibe es eine öffentliche Aufgabe dafür zu sorgen, dass jede Generation die hier lebe, gut leben könne. Die äusseren Lebensbedingungen sollten eine gute Lebensqualität - auch im höheren Alter - nicht verunmöglichen. Dafür habe die Allgemeinheit in einem Gemeinwesen zu sorgen.
- Inzwischen sei die Versorgung der älteren Mitmenschen zu einer Aufgabe geworden, die auch von privaten Unternehmungen mittels eines Leistungsauftrags erledigt werden könne. Die Betreuung von alten Leuten sei ein Markt mit verschiedensten Mitwirkenden geworden. So habe beispielsweise im Mai dieses Jahres die Spitalregion Oberaargau (SRO) mit Abteilungen in Herzogenbuchsee, Niederbipp und Huttwil bekannt gegeben, dass sie ihre Alterspflege an den Privatverein Dahlia Oberaargau AG abtosses wolle. Damit werden auf das Jahr 2011 nicht weniger als 115 Stellen und 115 Betten von einer öffentlichen Institution in eine private Institution wechseln. Dass auch private Organisationen ein Alterszentrum leiten können und führen dürfen, sei bei einem überparteilichen Anlass im vergangenen März im Spital Langenthal klar zum Ausdruck gekommen. Alle Fachleute hätten bestätigt, dass sowohl eine private wie auch eine öffentliche Trägerschaft für ein Altersheim möglich sei.
- Im Alterszentrum Haslibrunnen bestehe heute folgende Konstellation: Das Altersheim selber sei nach wie vor eine rein städtische Institution. Die Liegenschaft mit Alterswohnungen an der Schützenstrasse 4, die demnächst auch zum Alterszentrum Haslibrunnen gehören sollte, sei jetzt noch in Privatbesitz. Und das neue Alterszentrum, das jetzt an der St. Urbanstrasse 38 gebaut werde, sei ein reines Privatprojekt. Dieses Durcheinander verhindere die Schaffung klarer Strukturen und erwünschter Synergien.

In Langenthal tue sich sowohl in der Altersversorgung als auch in der hausärztlichen Grundversorgung etwas. Alle hätten schon vom Ärztehaus gehört, dass es geben soll. Auch dort sei die Trägerschaft offenbar noch unklar und eine finanzielle Beteiligung der Stadt stehe zur Diskussion, was auch gut überlegt sein müsse.

Er und sein Mitpostulant bitte um Überweisung des Postulats. Mit diesem Beschluss liege noch keine definitive Entscheidung vor, welche Lösung die beste für das Alterszentrum Haslibrunnen sein könnte. Mit der Erheblicherklärung des Postulats könnte aber eine Grundlage erarbeitet werden, die einer definitiven Entscheidung dienen könnte.

**Bernhard Marti, SP/GL-Fraktion:** Das Alterszentrum Haslibrunnen werde aktuell als eine Verwaltungseinheit der Stadt Langenthal geführt. Das Alterszentrum Haslibrunnen sei ein stetig wachsendes Unternehmen mit grossen Zukunftsplänen. Dementsprechend und weil die heutige Rechtsform die Leitung des Alterszentrums zunehmend schwieriger und unflexibler mache, sei sie zu überdenken. Dass die jetzige Situation zu überdenken sei, lasse sich auch aus der Tatsache schliessen, dass gerade mal ein Bruchteil der Alters- und Pflegeeinrichtungen im Kanton Bern noch in der Rechtsform, wie sie in Langenthal vorliege, geführt werde. In diesem Sinne unterstütze die SP/GL-Fraktion das Postulat einstimmig.

**Albert Schaller, SVP-Fraktion:** Das Anliegen der Postulanten stosse bei der SVP-Fraktion auf offene Ohren. Wie aus den Akten entnommen werden könne, sei die Verwaltung diesbezüglich auch schon tätig geworden. Die SVP-Fraktion unterstütze das Postulat einstimmig.



## Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 23. August 2010

**Christoph Stäger, EVP/glp-Fraktion:** Die demografische Entwicklung führe zu einem deutlichen Mehrbedarf an Betreuungsplätzen für ältere Menschen. Daneben gelte ab nächstem Jahr ein vom Kanton vorgeschriebener neuer Finanzierungsmodus, der mehr unternehmerische Verantwortung fordere. Die Stadt habe auf diese Herausforderungen mit der Planung von grösseren Kapazitäten für das Alterszentrum Haslibrunnen bereits reagiert. Dass die aktuelle Rechtsform des Alterszentrums Haslibrunnen zur Bewältigung der Aufgaben nicht unbedingt optimal sei, sei unbestritten. Entsprechende Abklärungen in Bezug auf eine andere Trägerschaft seien auch bereits am Laufen. In diesem Sinne rennen die Postulanten mindestens zum Teil offene Türen ein. Auch die EVP/glp-Fraktion stehe hinter dem Postulat und unterstütze es einstimmig.

**Beatrice Lüthi, FDP/jll-Fraktion:** Das Alter sei ein aktuelles und wichtiges Thema. Alle hier Anwesenden seien auf dem besten Weg auch älter zu werden. Die Stadt habe das Thema bereits aufgegriffen und im Moment würden wichtige Weichen auf dieser in jeder Hinsicht grossen Baustelle gestellt. Die globale Sicht der Dinge, die durch das Postulat stattfinden könne, sei zu begrüßen, da damit die Flughöhe etwas höher geschraubt werden könne, um das Ganze zu betrachten. Die FDP/jll-Fraktion unterstütze den Vorstoss einstimmig.

**Rudolf Lanz:** Vorerst danke er Gemeinderat Reto Müller herzlich für die Ausführungen. Es sei das erste Mal, dass der Stadtrat über diese Frage so umfassend informiert worden sei. Betreffend die Trägerschaft hätten wahrscheinlich alle das Bedürfnis nach einer näheren Prüfung. Er empfehle eine Trägerschaft zu wählen, die es ermögliche für alle Kooperationen offen zu sein, da sich in diesem Markt in Zukunft noch sehr vieles ändern werde. Die Stadt Langenthal habe als öffentliche Institution in erster Linie hoheitliche Aufgaben zu bewältigen. Sie müsse den Bedarf und Anderes abklären. Was die Leistungserbringung betreffe, befinde sich die Stadt im Spannungsfeld zwischen öffentlichen Leistungserbringern und Privaten. Im Zweifelsfall sei es natürlich so, dass wo Private eine Aufgabe übernehmen können, diesen dieses Feld auch überlassen werden soll. Insbesondere sei das Subsidiaritätsprinzip zu begrüßen; aber nicht nur auf einer Stufe, sondern auch dort, wo es schwer pflegebedürftige Leute gebe, sollte den Privaten der Vorzug gegeben werden. Damit lasse sich das Gleiche erreichen und Finanzen sparen. Diesbezüglich rufe er die Verantwortlichen der Stadt auf, mit den Finanzen sorgsam umzugehen.

Heute verfüge die Stadt über flüssige Mittel von Fr. 58 Mio. wogegen Schulden von Fr. 21 Mio. bestehen, womit sich das Nettovermögen auf Fr. 37 Mio. belaufe. In den nächsten 5 Jahren seien aber Investitionen für Fr. 72,7 Mio. geplant, was in 5 Jahren zu einer Nettoverschuldung von Fr. 35 Mio. führen werde. Der Finanzvorsteher, Gemeinderat Jürg Häusler, habe heute zum Traktandum Nr. 2 (Finanz- und Investitionsplan 2011 - 2015) schon keine Aussagen machen können, welche Investitionen für das Altersheim effektiv geplant seien. In der Investitionsplanung 2010 - 2014 seien dafür Fr. 18,8 Mio. aufgeführt gewesen. Es komme also ein riesiger Finanzbedarf auf die Stadt Langenthal zu.

Die Stadt beabsichtige die Schützenstrasse 4 zu kaufen, wogegen sie im Rahmen des Projektes CoOpera einen Leistungsvertrag abschliessen wolle, womit das Eigentum in Privatbesitz bleibe. Für ihn sei dieses Vorgehen kein Thema. Wo es Private, die Renditen erzielen, gebe, so sollen diese Privaten dies weiterhin tun können. Und wenn die Erbgemeinschaft keinen Käufer finde, dann soll sie eben einen anderen suchen als die Stadt. Die Stadt habe hoheitliche Aufgaben zu erfüllen, die von Privaten nicht angeboten werden. Er rufe zu diesem Vorgehen auf. Im Übrigen danke er allen Parteien und dem Gemeinderat, dass das Postulat unterstützt werde.



## Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 23. August 2010

**Gemeinderat Reto Müller:** Die Alterspflege sei nicht à priori ein Geschäft. Ein Grund, dass die SRO die Alterspflege an den Privatverein Dahlia Oberaargau AG abgegeben habe bzw. eine Zusammenarbeitsform suche, sei der, dass die Alterspflege bzw. die Führung eines Alters- und Pflegeheims nicht zur Kernkompetenz eines heutigen Spitals gehöre. Nach der kantonalen Gesetzgebung liege die Verantwortung für die Gestaltung, Planung und Verantwortung in diesem Bereich bei der Gemeinde.

Mit der Aussage, dass profitable Aufgaben, Privaten überlassen werden sollen, wogegen Bereiche, in denen eine Profiterzielung schwierig sei, von der öffentlichen Hand übernommen werden sollen, sei er persönlich nicht ganz einverstanden. Natürlich gelte das Subsidiaritätsprinzip in der Vorstufe des gemeinderätlichen Konzepts, aber nachher sei es anders, weil die Pflegefinanzierung diesen Bereich ausserordentlich genau regle. Künftig sogar mit dem Infrastrukturbeitrag von Fr. 35.20 pro Bewohner und Tag - wie dies Gemeinderat Jürg Häusler bereits im Traktandum Nr. 3 (Voranschlag 2011) erwähnt habe. Andererseits werde damit auch die künftige Richtung aufgezeigt. Es sei ganz klar erwähnt worden, dass es in Richtung KMU gehe, womit eine offene Trägerschaft gesucht werde, so dass Kooperationen möglich seien.

Im ganzen Kanton bestehe ein Durcheinander von verschiedenen Trägern, weil die Trägerschaft eigentlich nur eine untergeordnete Rolle spiele, insofern dass das kleine Unternehmen funktioniere. Diesbezüglich sei er optimistisch und zuversichtlich, dass der Gemeinderat die beste Lösung finden werde.

### III Abstimmung:

**Der Stadtrat beschliesst mit 39 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):**

- 1. Das Postulat Zurlinden Urs und Lanz Rudolf (beide FDP) und Mitunterzeichnende vom 10. Mai 2010: Alterszentrum Haslibrunnen (Prüfung geeigneter Rechtsformen und Trägerschaften, inklusive Darstellung der Vor- und Nachteile von öffentlichrechtlichen, privatrechtlichen und gemischtwirtschaftlichen Trägerschaften (Immobilien und/oder Betrieb) wird erheblich erklärt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



## 11. Postulat Ischi Manuel (glp) vom 28. Juni 2010: Schaffung einer professionellen Kommunikationsstelle für die Stadt Langenthal; Stellungnahme

### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

### II Detailberatung:

**Stadtpräsident Thomas Rufener:** In Artikel 13 der Stadtverfassung sei die Kompetenz und die Zuständigkeit des Gemeinderates in Bezug auf das Informationswesen geregelt. Der Gemeinderat habe zweckmässig, rasch und in geeigneter Form über Beschlüsse und gefällte Entscheide zu informieren. In den Richtlinien über das Informationswesen der Stadt Langenthal seien die Details - wer für die Kommunikation zuständig sei und wie die Information abgewickelt werden soll - geregelt. Gegenüber den Medien sei der Stadtschreiber sowie er als Stadtpräsident als Ansprechpartner zuständig. Das Parlament treffe sich ja auch zum Zweck der Kommunikation. Heute sei viel kommuniziert worden. Es seien Meinungen kundgetan und gehört worden.

Er empfinde es als etwas starken Tabak zu lesen, dass die Stadt Langenthal unter einem für die Stadt nachteiligen Image leide, dass die Kommunikation in die Hände von Fachleuten gelegt werden müsse oder, dass in Langenthal die Linke nicht wisse, was die Rechte tue; dies als eine Anspielung auf eine mangelhafte Kommunikation im Zusammenhang mit der Erotikmesse.

Der Gemeinderat habe die Kommunikationsbereitschaft bereits massiv heraufgefahren, indem er den Kreis der zu Informierenden neu organisiert habe (spezielle und gleichzeitige Online-Information an alle Mitglieder des Stadtrates und an die Medien). Der Gemeinderat mache die Erfahrung, dass eigentlich wenig bis keine negativen Rückmeldungen über diese Art der Kommunikation zu verzeichnen seien. Auch die Kommunikation im Stadtrat habe Reaktionen zur Folge.

In Bezug auf das vom Postulanten aufgegriffene Beispiel, halte er fest, dass es manchmal Situationen gebe, in denen der Gemeinderat aus ganz bestimmten Gründen inhaltlich gar nicht alles kommunizieren wolle, obwohl es auf der anderen Seite vernommen werden oder in den Medien gelesen werden möchte. Häufig gebe es auch noch andere Beteiligte, die auch auf einer anderen Seite stehen und die auch kommunizieren. Dann gelte es die eigene Informationsstrategie abzuwägen. Daraus können sich Plattformen ergeben, die auch wieder zur Kommunikation führen. Dem Gemeinderat stelle sich nun die Frage, ob dieser Mechanismus mit der Einsetzung von Profis beeinflusst werden könnte, wobei die heute zuständigen Personen nicht einfach als Amateure bezeichnet werden können. Der Stadtschreiber sei bestens ausgewiesen, wortgewandt und habe entsprechende Medienkurse besucht. Das Einvernehmen der Stadt und der Medien bzw. die Zusammenarbeit mit den Medien klappe aus Sicht des Gemeinderates sehr gut.

Fraglich sei auch, ob die verständlichen Kommunikationsbedürfnisse und die Pflicht, die der Gemeinderat zu erfüllen habe, mit dem weiteren Punkt aus der Begründung des Postulats ("*Langenthals Resonanz in den regionalen und nationalen Medien ist häufig negativ: Stichworte ...wenn man sich als solcher outet.*") gedeckt werden können, da die erwähnte negative Resonanz, wohl kaum die Folge einer negativen Informationsleistung sein könne. Persönlich sei er bis anhin noch wenig bis nie so angesprochen worden, was aber daran liegen könnte, dass er sich dafür vielleicht nicht an den richtigen Orten aufhalte.

Der Gemeinderat habe sich mit dem Thema Kommunikation der Stadt Langenthal und somit mit der Frage auseinandergesetzt, ob die Kommunikation in andere Hände gelegt werden müsse. Der Gemeinderat sei der Auffassung, dass dies nicht der Fall sei. Der Gemeinderat sei auch der Auffassung, dass sich eine Stadt in der Grösse Langenthals eine solche Kommunikationsstelle kaum leisten könnte. Man müsse sich nämlich auch über den Umfang der postulierten Forderung bewusst sein. Im Postulat stehe weiter "*Kommunikationsfachleute dienen als «Übersetzer» behördlicher Vorgänge.*" Der Gemeinderat habe gewisse Erfahrung und wisse, was es heisse für Spezialisten (wobei auch die Medien angesprochen seien) behördliche Vorgänge zu übersetzen. Es sei oft und verständlicherweise nicht so einfach, dass auch verstanden werde, was man eigentlich kommuniziert haben möchte.



# Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 23. August 2010

Für die verwaltungsinterne Organisation würde das heissen, dass Informationen immer am Schluss einer Gemeinderatssitzung - ausgenommen die betreffende Stelle oder Person wäre 1:1 selber anwesend gewesen, womit sie den Hintergrund über die Informationsinhalte hätte - 1:1 an die entsprechende Stelle oder Person transportiert werden müssten, damit diese Person in der Lage wäre, im Sinne des Postulates zu kommunizieren. Der Gemeinderat ist nicht der Meinung, dass dies der richtige Weg sein könne. Der Gemeinderat sehe auch keinen Bedarf am heutigen System etwas ändern zu wollen, auch wenn absolut eigenkritisch immer gesagt werden kann, dass Verbesserungen möglich wären. Der Gemeinderat erachte seine Kommunikationshaltung als gut.

Auf diesen Überlegungen basiere der Beschluss des Gemeinderates, das Postulat abzulehnen. Im Namen des Gemeinderates bitte er die Stadtratsmitglieder, diesen Überlegungen zu folgen und das Postulat nicht erheblich zu erklären.

**Manuel Ischi:** Dass der Gemeinderat nicht einmal einer Prüfung für eine allfällige Kommunikationsstelle beipflichten wolle, sei schade. Im Postulat werde explizit darauf hingewiesen, dass die Stelle unter Umständen nicht nur für die ganze Verwaltung, sondern auch projektbezogen geschaffen werden könnte. Stadträtin Beatrice Lüthi könne sicher bestätigen, dass dieses Vorgehen auf Bundesebene, aber auch auf Kantonsebene schon lange praktiziert werde. In dieser Hinsicht wäre eine Kommunikationsstelle also auch auf der Gemeinde- oder Kommunalebene nichts völlig Neues. Die Stadt Bern, die Stadt Aarau, aber auch die kleinere Gemeinde Unterägeri verfüge bereits über eine Kommunikationsstelle. Andere Städte (beispielsweise Olten) würden zumindest über ein öffentlich einsehbares Kommunikationskonzept verfügen. Auch die Stadt Burgdorf habe eine Kommunikationsstelle. In Burgdorf sei diese Stelle dem Stadtmarketing unterstellt.

Heute sei schon deutlich erwähnt worden, dass die Verwaltungsstrukturen den Bedürfnissen der wachsenden Bevölkerung offenbar etwas hinten nach hinken. Dass die Imagepflege in Langenthal offenbar nicht so ernst genommen werde, gehe auch deutlich aus dem Voranschlag 2011 hervor. Unter dem Stadtmarketing (Punkt Repräsentationsausgaben) seien gerade einmal Fr. 4'000.00 eingestellt. Die Spesen, die für die Repräsentationsaufgaben und für das Stadtmarketing einberechnet seien, seien Fr. 500.00. Das Interesse an einer Imageverbesserung sei dementsprechend nicht sehr gross.

Mit Hilfe des Postulats hätte zumindest die Prüfung bzw. die Erstellung eines Kommunikationskonzeptes in Erwägung gezogen werden können, was seiner Meinung nach ein Minimalziel für Langenthal sein müsste. Der Gemeinderat hätte die Möglichkeit, eine Informationskommission oder einen Informationsstab zusammenzustellen, womit bei wichtigen und heiklen Themen der Informationsfluss und die gewünschte Wahrnehmung inhaltlich sichergestellt werden könnte.

Da weder der Gemeinderat noch die Fraktionen das Anliegen unterstützen können, **ziehe er den Vorstoss zurück.**

### III Abstimmung:

Keine Abstimmung

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---



**12. Interpellation Fiechter Fritz und Köhli Samuel (beide SP) vom 10. Mai 2010 betreffend die Ungleichbehandlung von Vereinen in Bezug auf Gebühren; Beantwortung**

**I Eintretensfrage:**

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

**II Detailberatung:**

**Fritz Fiechter:** Dem Gemeinderat werde an dieser Stelle für die schriftliche Beantwortung der Fragen gedankt. Aus den Antworten des Gemeinderates gehe hervor, dass seit Jahren am Gebührentarif gearbeitet werde. Er und sein Mitinterpellant hoffe, dass der Gebührentarif dem Stadtrat möglichst rasch vorgelegt werde, um die entsprechenden Massnahmen einzuleiten, so dass Geschäfte, wie das vorliegende Thema, künftig über den Tarif abgewickelt werden können.

In diesem Zusammenhang sollte auch die schon lange geforderte Sportstättenplanung an die Hand genommen werden, um nicht - wie es momentan den Anschein mache - nur das zu machen, was gerade anstehe.

Er bitte den Gemeinderat an die beiden Themen heranzutreten und um entsprechende Richtigstellung.

**III Abstimmung:**

**Der Stadtrat nimmt die schriftliche Beantwortung des Gemeinderates vom 7. Juni 2010 und die Ausführungen der Interpellanten zur Kenntnis.**

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---



# Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 23. August 2010

## 13. Mitteilungen des Gemeinderates

-

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



## 14 A. Eingereichte Motion Zurlinden Urs (FDP) und Mitunterzeichnende vom 23. August 2010: Mehrwertabschöpfung für eine dynamische Bauzonenpolitik

Motionstext:

### **"Mehrwertabschöpfung für eine dynamische Bauzonenpolitik**

*Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Stadtrat eine Ergänzung des Baureglements zu unterbreiten, um eine Mehrwertabschöpfung, bzw. eine Minderwertabgeltung bei Zonenplanänderungen zu ermöglichen. Gleichzeitig sind Richtlinien zu erlassen zum Ausgleich von Planungsvorteilen und -nachteilen.*

*Begründung:*

*Die an der Stadtratssitzung vom 28. Juni 2010 verabschiedete Überbauungsordnung Nr 37 «Oberhard» hat ein Problem offengelegt: Bei Einzonungen erwächst dem betroffenen Eigentümer ein deutlicher Mehrwert für das entsprechende Grundstück. Dieser durch den politischen Entscheid erzielte Mehrwert wird bisher mit einem Vertrag zwischen Grundeigentümer und Gemeinde abgegolten, der auf Freiwilligkeit basiert. Zudem ist nicht genau festgelegt, wozu die auf diese Art erzielte finanzielle Abgeltung verwendet wird.*

*Diese Praxis entspricht zwar den minimalen Vorgaben des kantonalen Baugesetzes (Art. 142), nicht aber dem Willen des Bundesgesetzgebers. Art. 5, Abs.1 des Bundesgesetzes über die Raumplanung (RPG) erteilt den Kantonen folgenden Rechtsetzungsauftrag: «Das kantonale Recht regelt einen angemessenen Ausgleich für erhebliche Vor- und Nachteile, die durch Planungen nach diesem Gesetz entstehen.»*

*Diesem vor 30 Jahren erlassenen Gesetzesauftrag sind bisher erst die Kantone Basel-Stadt und Neuenburg vollumfänglich nachgekommen. Damit entgehen den meisten Kantonen beträchtliche Einnahmen, welche insbesondere auch zur Abgeltung bei Rückzonungen verwendet werden könnten. Mit der Folge: Die Raumplanung ist in übergrossen Bauzonen erstarrt. Dringend nötige Rückzonungen werden nicht vorgenommen wegen teilweise berechtigter Bedenken vor den finanziellen Folgen. Laut Bundesgericht müssten aber überdimensionierte Bauzonen korrigiert werden.*

*Auch in der Gemeinde Langenthal sind die Bauzonen grosszügig dimensioniert. Gemäss Schätzungen ist zurzeit Bauland für rund 30'000 Einwohner eingezont - die aktuelle Bevölkerungszahl könnte sich also verdoppeln.*

*Mit einer gesetzlichen Regelung der Mehrwertabschöpfung ist eine deutliche Dynamisierung der Bauzonenpolitik zu erwarten. Das belegt unter anderem eine neuere Studie von Avenir Suisse. Insbesondere kann so auch die Minderwertabgeltung bei Rückzonungen finanziert werden.*

*Im Kanton Bern haben bereits diverse Gemeinden wie Burgdorf (2005) und Bolligen (2008) entsprechende Änderungen in ihren Baureglements vorgenommen. Andere Gemeinden begnügen sich mit verbindlichen Richtlinien, wie der Ausgleich von Planungsmassnahmen konkret umzusetzen sei. Selbst kleinere Gemeinden wie Heimenhausen planen zur Zeit, eine Mehrwertabschöpfung einzuführen.*

*Mit einer Ergänzung des Baureglements und dem Erlass von Ausführungsbestimmungen in Form von Richtlinien wird der Ausgleich für planerische Vor- und Nachteile auf eine saubere rechtliche Grundlage gestellt und politisch breit abgestützt. So, wie es das Bundesgesetz vorsieht"*

*Urs Zurlinden und Mitunterzeichnende*

---

Die Beantwortung der Motion erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

---



# Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 23. August 2010

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



## 14 B. Eingereichte Motion Steiner Daniel (EVP) und Mitunterzeichnende vom 23. August 2010: Mehrwertabschöpfung

Motionstext:

### **"Mehrwertabschöpfung**

*Der Gemeinderat wird beauftragt, die erforderlichen rechtlichen Grundlagen für eine zweckgebundene Mehrwertabschöpfung von Gewinnen durch planerische Massnahmen zu schaffen.*

*Begründung:*

*Den Grundsatz der Mehrwertabschöpfung regelt das Schweizer Raumplanungsgesetz (RPG) vom 22. Juni 1979: Wird ein Grundstück durch eine planerische Massnahme, etwa eine Auszonung, entwertet, so muss der Staat den Grundeigentümer entschädigen. Gewinnt umgekehrt ein Grundstück durch eine Planungsmassnahme (etwa eine Ein- oder Umzonung) an Wert, so soll der Staat einen Teil jenes Mehrwerts abschöpfen können, den der Grundeigentümer ja ohne eigenes Zutun erhalten hat. Derartige Situationen treten in der Stadt Langenthal regelmässig ein. Erst kürzlich entstand durch den Erlass der Überbauungsordnung Nr. 37 «Oberhard» ein erheblicher Mehrwert, dessen Abgeltung im Infrastruktur- und Erschliessungsvertrag zwischen der Stadt Langenthal und der Grundeigentümerschaft geregelt wurde.*

*Im Kanton Bern ist die Rechtslage im Bereich der Mehrwertabschöpfung unübersichtlich. Bern überlässt es - so wie einige andere Kantone auch - den Gemeinden, ob sie Planungsmehrwerte abschöpfen wollen. Gemäss Artikel 142 des kantonalen Baugesetzes (BauG) können sich Grundeigentümer vertraglich verpflichten, einen «angemessenen Anteil des Planungsmehrwertes für bestimmte öffentliche Zwecke zur Verfügung zu stellen». Laut Auskunft des kantonalen Amtes für Gemeinden und Raumordnung (AGR) schöpfen mehr als die Hälfte der Berner Gemeinden Planungsmehrwerte ab, schwerpunktmässig in der Agglomeration Bern und im Mittelland. Weniger verbreitet ist die Abschöpfung im Oberland.*

*In der kommunalen Abschöpfungspraxis herrscht grosse Vielfalt: Einige Gemeinden folgen gemeinderätlichen Richtlinien oder haben ein Reglement erlassen, andere schliessen ihre Verträge nach ungeschriebener oder gar keiner Praxis ab. In der Stadt Langenthal fehlen sowohl reglementarische Grundlagen wie auch gemeinderätliche Richtlinien für die Mehrwertabschöpfung. Dies wurde übrigens auch in der stadträtlichen Debatte vom 28. Juni 2010 moniert (Traktandum 5: Erlass der Überbauungsordnung Nr. 37 «Oberhard»).*

*Unterschiedlich sind in den Berner Gemeinden auch die Berechnung des Mehrwerts, der Zeitpunkt der Abschöpfung und die Abgabesätze: Die Stadt Bern beispielsweise schöpft 40% des Mehrwerts ab, Thun 30 bis 40%, Bolligen und Urtenen-Schönbühl einen Drittel, Muri 30%, Langnau und Utzenstorf 20%. Die Gelder werden zweckgebunden verwendet, für den Bau von Infrastrukturanlagen, für Strassenbau, den Bau von Grünanlagen oder für Platzgestaltungen. Einzelne Gemeinden kennen auch Spezialfinanzierungen. Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang, dass die erwähnten Abgabesätze eher tief angesetzt sind: Das Bundesgericht toleriert Mehrwertabschöpfungen von bis zu 60%.*

*Damit in der Stadt Langenthal alle Grundeigentümer gleich behandelt werden und eine transparente Abschöpfungspraxis herrscht, müsste für die Mehrwertabgeltung eine verbindliche kommunale Rechtsgrundlage ausgearbeitet werden. Diese soll grundsätzlich den Abgeltungssatz und die zweckgebundene Verwendung der Abgaben (z.B. Bau von Infrastrukturanlagen, Aufwertung von Spielplätzen und öffentlichen Anlagen) festlegen, gleichzeitig aber begründete Ausnahmen (z.B. bei im öffentlichen Interesse liegenden Planungen oder Wirtschaftsförderungsmassnahmen) zulassen. Schliesslich soll aufgrund der langjährigen, bewährten Praxis weiterhin gewährleistet sein, dass Detailerschliessungsanlagen für alle Flächen der Bauzone von der Grundeigentümerschaft getragen werden."*

Daniel Steiner und Mitunterzeichnende



# Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 23. August 2010

---

Die Beantwortung der Motion erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

---

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



# Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 23. August 2010

## 15. In eigener Sache

### ■ Rücktritt von Stadträtin Nadine Masshardt (SP) aus dem Stadtrat per 31. August 2010

EINGEGANGEN

20. AUG. 2010

Nadine Masshardt  
Lindenstrasse 23  
4900 Langenthal  
079 312 79 80  
kontakt@nadinemasshardt.ch

Gemeinderat Langenthal  
z.H. Stadtschreiber Daniel Steiner  
Jurastrasse 22  
4900 Langenthal

Langenthal, 18. August 2010

#### Rücktritt aus dem Stadtrat Langenthal per Ende August 2010

Sehr geehrte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte  
Sehr geehrter Herr Stadtschreiber

Ich teile Ihnen hiermit meinen Rücktritt per Ende August 2010 aus dem Langenthaler Stadtrat mit. Dieser erfolgt aus beruflichen und privaten Gründen, da ich mit meinem Partner in der Stadt Bern zusammenziehen und somit auch meinen Wohnsitz wechseln werde.

Damit geht für mich eine interessante Zeit politischer Arbeit zu Ende, die ich nicht missen möchte. Ich blicke auf fast sechs Jahre im Stadtrat Langenthal zurück. Ich werde sie in guter Erinnerung behalten. Diese fast anderthalb Legislaturen waren und sind auch prägend für mein weiteres politisches Engagement als Grossrätin.

Ich danke an dieser Stelle insbesondere der Verwaltung, aber auch den Mitgliedern des Stadt- und Gemeinderates, mit denen ich gut zusammengearbeitet habe. Ganz speziell danke ich meiner Fraktion. Der Austausch, die Diskussionen und gemeinsamen Sitzungen werde ich in guter Erinnerung behalten. Ein besonders herzliches Dankeschön von meiner Seite geht an die Adresse der Einwohnerinnen und Einwohner Langenthals, die mir stets grosses Vertrauen entgegenbrachten. Die zahlreichen bereichernden Begegnungen mit den unterschiedlichsten Menschen in unserer Stadt werde ich nie vergessen.

Ich bin in Langenthal aufgewachsen und habe fast ein Vierteljahrhundert hier gelebt, die Schulen besucht, Freundschaften gepflegt und politisiert. Das hat mich geprägt und wird mich weiter begleiten. Meine Freundschaften in Langenthal und mein Interesse an dieser Region werden nicht enden. Ich werde in diesem Sinne immer Langenthalerin bleiben.

Ich wünsche Ihnen weiterhin viel Freude bei Ihrem wichtigen Engagement für Langenthal und die hier lebenden Menschen. Ich wünsche Ihnen eine konstruktive Diskussionskultur bei möglichst allen Auseinandersetzungen und Debatten, denn davon lebt unsere Demokratie. Und ich wünsche Ihnen stets die nötige Weitsicht.

Freundliche Grüsse

Nadine Masshardt

Stadtratspräsident Christoph Kuert verliest

Abschnitt 1

(Abschnitt 2)

und Abschnitt 3

des Demissionsschreibens von Stadträtin Nadine Masshardt und bedankt sich im Namen des Stadtrates mit einem Blumenstraus für ihre sehr aktive Ratsmitarbeit seit dem 1. Januar 2005 sowie für ihr grosses Engagement als Mitglied der Kulturkommission und der Arbeitsgruppe Mobilität.

**Nadine Masshardt** nimmt den Strauss Blumen unter Applaus entgegen und verweist auf die Dankeszeilen (Abschnitt 2) in ihrem Rücktrittsschreiben mit der Bemerkung hin: *"Danke, äs het gfägt!"*

---

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

---